

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **16. und 17. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2013/2014 vom 16. Dezember 2013

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis Uhr 23.25 Uhr

Vorsitz:	Ch. Benz-Meier (SP)
Protokoll:	K. Lang
Entschuldigt	Beide Sitzungen: U. Hofer (FDP), Ch. Ingold (EVP), U. Obrist (SVP), A. Hofer (Grüne)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel
1.*	13/091	Voranschlag 2014 und Festsetzung des Steuerfusses – Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2015-2017 (IAFP) und Nachtrag zum Voranschlag 2014 «Novemberbrief»
2.*	11/102	Projekt Nr. 19152 «Realisierung eines zweiten Rechenzentrums»: Investitionskredit von Fr. 870'000.-- und jährlich wiederkehrender Kredit für Betriebskosten von Fr. 770'000.-- zu Lasten der Laufenden Rechnung
3.*	13/107	Interimistische Verlängerung der Subventionsverträge mit 17 kulturellen Institutionen

(* an dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier begrüsst zur 16. und 17. Sitzung im Amtsjahr 2013/2014. Das ist die dritte Sitzung zum Budget. Es ist im Interesse aller, dass der Gemeinderat heute zu einem Abschluss kommt. Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder, die Voten kurz und zum Thema zu halten.

Mitteilungen

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: TeleTop wird wieder Aufnahmen machen und der Landbote hat die Erlaubnis zu fotografieren.

Fraktionserklärungen

Offener Brief an den Stadtrat von Winterthur

D. Oswald (SVP): Im Namen der SVP, FDP, CVP und GLP verliest D. Oswald die Fraktionserklärung, die auch als offener Brief an den Stadtrat formuliert wurde. Die spezielle Situation hat die Fraktionen dazu bewogen, diesen offenen Brief zu schreiben. Sachliche Informationen des Parlaments und der Öffentlichkeit sowie einen fairen Umgang mit den politischen Partnern in Winterthur, das fordern die Fraktionen der SVP, FDP, CVP und GLP von allem im Rat – speziell was die Empfehlungen betreffend Abfallentsorgung in die Briefkästen der Sparallianz anbelangt. Der Stadt Winterthur fehlen bekanntlich 62 Millionen. Im Oktober 2013 hat der Stadtrat ein Budget für das Jahr 2014 vorgelegt, in welchem der bereinigte Aufwand um lediglich 0,24 Millionen tiefer ist als im Budget 2013. Vor diesem Hintergrund haben die Fraktionen der SVP, FDP, CVP und GLP nach zusätzlichen Einsparungsmöglichkeiten gesucht. In der Rechnung 2011 gab die Stadt Winterthur 11'307 Franken pro Einwohner aus. Das ist eine wichtige Zielgrösse, weil diese Zahl den effektiven Ausgaben im Jahr 2011 entspricht.

Verschiedene Stadträte betreiben gezielte Desinformation der Bevölkerung, indem sie Falschaussagen über die Aufgabenteilung zwischen Stadt- und Gemeinderat verbreiten. Oder es werden so absurde Umsetzungsvorschläge schon vor der Debatte in Umlauf gebracht, dass es einer Nötigung des Parlaments gleichkommt. Dies begann bereits nach der Budgetdebatte 2013. Im Sozialdepartement mussten, auf einem Ausgabeniveau von 408 Millionen, 650'000 Franken eingespart werden. Dies führt zu Leistungskürzungen in den Alterszentren. D. Oswald weist darauf hin, dass das Budget 2013 im Sozialdepartement 10 Millionen höher war, als die Ausgaben 2011. Auch bezüglich der Einnahmen werden Falschinformationen verbreitet. So sind die Steuereinnahmen von 325 Millionen im Jahr 2008 auf 387 Millionen im Jahr 2012 angestiegen. Solche Veränderungen dürfen im Rahmen einer konstruktiven Debatte nicht verschwiegen werden.

Zu den Einnahmen liegen noch weitere interessante Fakten vor. Herr Stefanini hat der Stadt Winterthur vorgeschlagen, die Mieteinnahmen vollumfänglich der Winterthurer Kunst und Kultur zugutekommen zu lassen, wenn die Stadtverwaltung ins Sulzerhochhaus einzieht. Man hat das verschwiegen und ist nicht darauf eingegangen. Es handelte sich um einen siebenstelligen Betrag, den die Stadt jedes Jahr für Kunst und Kultur hätte einsetzen können. Einige Interessenten wollten in der Eishalle Werbung machen. Das wurde abgelehnt. Die Stadt wollte das Geld nicht. Diese Entscheide wurden von den gleichen Mehrheiten gefällt, die jetzt zu geringe Einnahmen beklagen. Aufgrund des Globalbudgets bestimmt der Grosse Gemeinderat weder über die Einnahmen noch über die Ausgaben. Gemäss der rechtlichen Aufgabenteilung ist der Grosse Gemeinderat für die strategische Führung verantwortlich und der Stadtrat für die Umsetzung der strategischen Vorgaben und für die operative Führung. Deshalb entscheidet der Grosse Gemeinderat nicht über die Einnahmen und Ausgaben, sondern über den Saldo einer Produktgruppe. Die Umsetzung liegt in der operativen Verantwortung.

CVP, FDP, GLP und SVP danken dem Stadtrat, dass er im Rahmen von «effort 14+» sehr viele zusätzliche Forderungen nicht bewilligt hat. Das war keine leichte Aufgabe und die Fraktionen anerkennen den Einsatz des Stadtrates. Sie fordern den Stadtrat aber auch auf, auf die Nötigung des Parlaments zu verzichten, die Bevölkerung sachlich und umfassend zu informieren und auf Polemik zu verzichten. SVP, FDP, CVP und GLP würden es auch sehr begrüssen wenn sich der Stadtrat Regeln im Umgang mit Social Media auferlegen würde, um unangebrachte Einträge im Facebook über Entscheidungen des Parlaments, wie sie der Vorsteher des Sozialdepartements letzten Montag gepostet hat, zu verhindern, bevor der Ruf der Behörde Schaden nimmt.

N. Gugger (EVP): Einmal mehr wird heute Abend versucht werden auf dem Buckel der Jugend und der alten Menschen zu sparen. D. Oswald hat ein Beispiel genannt. Herr Stefanini hat gespendet, das ist in Ordnung. Als Herr Stefanini das Angebot gemacht hat, waren sowohl Vertreter der FDP wie auch der SP im Stadtrat. Heute Abend diskutiert der Gemeinderat aber nicht über Herrn Stefanini, sondern über Menschen, die direkt von den Sparmass-

nahmen betroffen sind. In diesem Sinne kann es für die EVP-Fraktion nicht angehen, dass man bei den Alterszentren und bei den Jugendlichen Geld einspart. Dieses Vorgehen verurteilt die EVP. Wenn man noch ein wenig Advent will, muss eine Gegengeschichte beginnen, indem versucht wird, einander die Hand zu reichen und nicht stur mit dem Sparkurs weiterzufahren.

Persönliche Erklärung

M. Wenger (FDP): Im Nachgang zur Budgetdebatte von letzter Woche ist M. Wenger vom VPOD angegriffen worden. Der Antrag, den Personalaufwand in der Produktegruppe Städtische Allgemeinkosten/Erlöse um 4 Millionen zu reduzieren, der vom Gemeinderat angenommen worden ist, wurde kritisiert. M. Wenger hat folgenden Antrag in der AK gestellt: „Reduktion der Personalkosten durch einen Abbau der Saldos bei den Ferien und Überzeitguthaben von 4 Millionen.“ Dieser Antrag ist am 18. November 2013 von der AK erfasst und protokolliert worden. Die AK hat dem Antrag zugestimmt, damit wurde er zum Kommissionsantrag. Worum geht es: Die Personalkosten können reduziert werden. Es wird niemand entlassen. Die geleisteten Überzeiten werden nicht gekürzt oder gestrichen. Es wird niemand aufgefordert, das Gesetz oder das Personalstatut zu verletzen, wie das vom Stadtrat und vom VPOD behauptet worden ist. Mit diesem Antrag sollen die Mitarbeitenden ihre Ferien Guthaben und Überzeiten einziehen. Dieser Vorgang ist in der Privatwirtschaft völlig normal und eine gute Möglichkeit die Personalkosten zu reduzieren, ohne Mitarbeitende abbauen zu müssen. Im Drehbuch wurde dieser Antrag nach eigenem Gutdünken umformuliert. Dort steht folgendes: „Reduktion der Rückstellungen für noch nicht bezogene Dienstaltersgeschenke, Ferien und noch nicht kompensierte Überstunden beziehungsweise Mehrstunden um 4 Millionen.“ Diesen Antrag hat M. Wenger aus dem Drehbuch vorgelesen. Die Korrektur hat er nicht bemerkt. Er fragt sich aber, warum der Kommissionsantrag verändert wurde. Er hätte wörtlich übernommen werden müssen. Sind noch andere Anträge verändert worden? Wenn ja, welche? Dieser Vorfall ist keine Lappalie. Wenn weitere Anträge verändert worden sind, muss die Aufsichtskommission oder eine parlamentarische Untersuchungskommission darüber befinden. M. Wenger hat diese Fragen Stadträtin Y. Beutler zukommen lassen, damit sie sauber abgeklärt werden können.

Stadträtin Y. Beutler: Auf Wunsch des Gemeinderates nimmt seit rund 10 Jahren in jeder Sachkommission jemand aus dem Finanzamt an den jeweiligen Budgetdiskussionen teil. Es war der Wunsch des Parlaments, dass innerhalb von 24 Stunden die gestellten Anträge im Extranet aufgeführt werden, damit der Gemeinderat sich laufend informieren kann und weiss, welche Anträge in welcher Kommission gestellt wurden. Damit ist ein Gesamtüberblick über das Budget möglich. Das bedeutet, dass diese Anträge nicht exakt den Wortlaut wiedergeben, der im Protokoll vermerkt ist, weil das Protokoll viel später vorgelegt wird. Es kann deshalb sein, dass sich der Wortlaut unterscheidet. Das ist keine böse Absicht. Die Protokolle der Sachkommissionen sind zum Teil nicht sehr genau, was die Anträge anbelangt. Diese werden in eine korrekte Form gebracht, ohne den Inhalt zu verändern. In diesem konkreten Fall sind in der AK Rückstellungen von 11 Millionen diskutiert worden, die jeweils Ende Jahr erfolgen. Seit zwei Jahren werden diese Abgrenzungen vorgenommen. Auch im letzten Jahr betrug die Rückstellung 11 Millionen. Wie hoch sie Ende 2013 sein wird, ist noch nicht bekannt. Sie wird nicht sehr stark zunehmen. Stadträtin Y. Beutler zeigt die Guthaben auf. Es handelt sich um eine virtuelle Transaktion, weil die Guthaben letztlich nicht ausgezahlt werden. Es wird lediglich eine Rückstellung gemacht, diese beinhaltet nicht nur Mehrzeiten und Ferien, sondern auch die Dienstaltersgeschenke. Wie hoch diese Abgrenzung ausfällt, wird vom Personalstatut bestimmt und wird kontrolliert. Wenn Überzeiten, Dienstaltersgeschenke und Ferienguthaben angefallen sind, besteht ein Anspruch darauf, dass sie übernommen werden. Der Stadtrat kann darauf hinwirken, dass diese Guthaben abgebaut werden. Er kann den Abbau aber nicht einfach durchsetzen. Der Stadtrat weiss nicht genau, wie hoch die Rückstellung Ende 2013 sein wird. Vielleicht sind Überzeiten abgebaut worden, vielleicht haben sie zugenommen. Zu diesem Zeitpunkt ist auch nicht bekannt, ob es sich mehrheitlich

um Ferien, um Überzeiten oder um Dienstaltersgeschenke handelt. Es steht keine böse Absicht hinter dieser Änderung. Das ist auch der Grund, warum das Parlament das Drehbuch bereits am Freitag vor der Budgetdebatte erhält. Die GLP hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht und hat beantragt, dass bei allen Anträgen der GLP das Wort pauschal gestrichen wird. Das wurde gemacht. Der Antrag wurde finanzrechtlich korrekt gestellt.

M. Wenger (FDP) hat die Antwort heute Mittag erhalten. Die Erklärung hat M. Wenger verstanden und kann sie nachvollziehen, wie das passiert ist. Eine Entschuldigung hat er nicht gehört. Er hat auch keine Einsicht gespürt, dass etwas falsch gelaufen ist. M. Wenger sieht die Sachlage anders und erwartet, dass die Anträge richtig abgebildet und ohne Manipulationen übernommen werden. M. Wenger bittet alle Ratskolleginnen und Kollegen, ihre Budgetanträge zu überprüfen und Veränderungen der Ratsleitung und M. Wenger mitzuteilen.

A. Steiner (GLP/PP): Auch die GLP musste eine Korrektur anbringen und zwar musste nicht nur ein Wort geändert werden, sondern es wurde ein Reizwort verwendet, nämlich das Wort pauschal. Die GLP hat bewusst keine pauschale Kürzung beantragt. Es ist unerhört, dass Worte in den Anträgen, die von den Gemeinderäten und Gemeinderätinnen gestellt werden, verändert werden. Das ist keine Bagatelle.

Stadträtin Y. Beutler: Das Drehbuch ist eine Dienstleistung, die das Finanzamt zugunsten des Gemeinderates erbringt. Wenn das nicht mehr gewünscht ist, kann die Stadträtin vorschlagen, dass jeweils ein Kommissionsmitglied am nächsten Tag die entsprechenden Wortlaute dem Finanzamt übermittelt. Dann kann das so ins Drehbuch eingetragen werden. Das ist ein Angebot, das Stadträtin Y. Beutler dem Gemeinderat machen kann.

M. Zeugin (GLP): Die Anträge der GLP wurden schriftlich per Mail eingereicht. Dieser Sachverhalt entspricht dem Vorschlag der Stadträtin.

S. Stierli (SP): Es wird jetzt bereits sehr lange über eine Lappalie diskutiert – Zeit ist Geld. Der Gemeinderat kann über diese Dienstleistung des Finanzamtes froh sein. Die Leute, die während der Kommissionssitzung die Anträge notieren müssen, sind nicht zu beneiden. Es ist für die Protokollführerinnen und Protokollführer sehr schwer nach stundenlangen Sitzungen ein korrektes Protokoll zu verfassen. Es werden spontan Anträge gestellt, die wieder geändert werden. Man diskutiert die Anträge und letztendlich ist es schwierig festzuhalten wie der Antrag genau lautet. Das Drehbuch ist nicht gesetzlich vorgeschrieben. Es handelt sich um eine Dienstleistung und muss sehr schnell verfasst werden. Wenn es kleine Abweichungen gibt, ist das nicht so schlimm. Wenn der Kommissionssprecher im Rat einen Antrag stellt, erwartet S. Stierli, dass er prüft, ob der Antrag wirklich korrekt im Drehbuch steht.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier bittet die Ratsmitglieder für den Rest der Debatte die Anträge genau zu prüfen. Aus diesem Grund möchte die Ratspräsidentin, dass die Anträge jeweils mündlich formuliert werden.

514000 Volksschule: Rückkommensantrag

A. Steiner (GLP/PP): In der vergangenen Woche konnte man sogar noch im Bündnerland in den Medien lesen, dass die GLP Schulreisen und Klassenlager streichen wolle. A. Steiner will klarstellen, dass die GLP nie eine Streichung der Schulreisen und Klassenlager beantragt hat. Die Kürzungsaufträge der GLP legen den Fokus auf die Kostenstellen Mobilien, Betriebs- und Verbrauchsmaterial, Dienstleistungen Dritter sowie Informatikkosten. Schulreisen sind nicht in diesen Kostenstellen enthalten. Der Stadtrat ist aber frei, die beantragten Kürzungen innerhalb der Produktgruppe zu verteilen. Das Parlament kann lediglich das Globalbudget festlegen. Es war der Stadtrat, nicht die GLP, der entschieden hat, den vorgegebenen Betrag bei den Schureisen zu kürzen. Es ist ganz wichtig, dass das präzisiert wird. Die GLP hatte nie die Absicht, Schulreisen und Klassenlager zu streichen. Um das klar zu bekräftigen, stellt die GLP einen Rückkommensantrag zur Produktgruppe Volksschule: Der

Globalkredit soll um 500'000 Franken weniger gekürzt werden. Die GLP will klar festlegen, dass Schulreisen und Klassenlager nicht gestrichen werden sollen. A. Steiner stellt eine allgemeine Belustigung fest. Sie findet die Situation nicht lustig. Die GLP formuliert den Antrag neu: Kürzung des Globalkredits, des Bruttoaufwands um 791'800 Franken.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Damit erneut über den Antrag abgestimmt werden kann müssen zwei Drittel der Ratsmitglieder dem Rückkommensantrag zustimmen.

M. Wackerlin (GLP/PP) dankt seiner Fraktionskollegin. Er hat relativ spät von diesem Antrag erfahren. M. Wackerlin hat sich einen ähnlichen Antrag überlegt und wollte ebenfalls vorschlagen die Kürzung um 500'000 Franken zu reduzieren. Er wird den Antrag unterstützen. Es braucht hier keine ideologischen Grabenkämpfe. Diesen Antrag können sicher alle unterstützen. Hier wurde etwas über das Ziel hinausgeschossen. Genauer ausgedrückt, der Sparantrag ist nicht so aufgenommen worden, wie er ausgesendet worden ist. Es handelt sich um ein Kommunikationsproblem. Das hat man im Rat bereits einige Male erfahren. Es gibt einen Sender und einen Empfänger. Wenn das nicht ganz zusammenpasst, muss man erneut über die Bücher gehen und klarstellen, was gemeint war. Es geht nicht um Schulreisen oder Klassenlager.

N. Gugger (EVP): Anscheinend soll es doch Weihnachten werden. Die EVP wird diesen Antrag unterstützen. N. Gugger ist aber zutiefst irritiert und enttäuscht. Zuerst braucht es an drei Sitzungen sogenanntes „Gejammer“, weil man bei den Schwächsten spart, unter anderem bei den Kindern. Jetzt beginnt man zu handeln. Die GLP sieht offenbar ein, dass der Schuss nach hinten losgegangen ist. Jetzt bietet sie einen Mittelweg an und reduziert die Kürzung um fast die Hälfte. Die EVP wird die Reduktion der Kürzung um 500'000 Franken unterstützen. N. Gugger weist aber darauf hin, dass die EVP während drei Sitzungen die rechte Ratsseite angefleht hat, sich die Kürzungsanträge gut zu überleben. Jetzt hat es sich die GLP offenbar überlegt und bietet eine Reduktion der Kürzung um 500'000 Franken an. Die EVP nimmt dieses Angebot an – für die Kinder. Aber die gleiche Reduktion der Kürzung wäre auch im Departement Soziales nötig, zum Beispiel bei älteren Menschen. Hier wird über die Sachkosten das Budget gekürzt, obwohl bereits vorher gestrichen wurde. Heute Abend wird über die Stadtgärtnerei diskutiert und über andere Kürzungen von denen Menschen betroffen sein werden. N. Gugger dankt der GLP für diesen Antrag und bittet Fraktion keine unsäglichen Kürzungen mehr zu beantragen. Wenn jetzt eine Mehrheit der Reduktion der Kürzung zustimmt, zeigt es sich, dass die GLP das Zünglein an der Waage ist.

Ch. Baumann (SP) zeigt die Pauschalkürzungsanträge auf, die gestellt worden sind. Er gratuliert den Mitgliedern der GLP, weil sie den Dreisatz geschafft haben und diesen Antrag vorlegen. Ursprünglich sollte pauschal das gesamtstädtische Budget gekürzt werden. Das wäre nicht rechtens gewesen. Das hat nicht der Stadtrat gesagt, sondern der Bezirksrat. In der Folge wurde eine Pauschalkürzung, Ch. Baumann nennt diese Kürzung weiterhin pauschal, über die Produktgruppen gelegt. Im Budget der Volksschule bezieht sich der Kürzungsschlüsse auf die total effektiven Kosten. Das sind 184'118'468 Franken. In diesen effektiven Kosten sind gebundene Ausgaben und rechtlich verpflichtende Ausgaben enthalten. Die GLP hat pauschal vom Gesamtkredit der Produktgruppe Volksschule gekürzt. Diese Kürzung soll in den genannten Kontenarten eingespart werden. Das ist nichts anderes als eine pauschale Kürzung. Ch. Baumann ist aber froh, dass die GLP bei diesem Thema doch noch zur Raison gekommen ist und gemerkt hat, dass das nicht geht. Niemand will diesen Abbau. Die Pauschalkürzungsanträge wurden in der Replik zu diesen Anträgen oft kritisiert. SVP, FDP, CVP und GLP haben immer wieder erklärt, dass die Ratsmitglieder zu wenige Detailkenntnisse haben, um zu sehen, was in den Konten konkret vorhanden ist. In der Replik konnte aufgezeigt werden, dass die Ratsmitglieder wissen, was in den Sachkosten eingestellt ist und es ist bekannt, dass in den Konten Anschaffung Mobilien, Dienstleistungen Dritter und Betriebs- und Verbrauchsmaterial nicht so viel Geld vorhanden ist, wie notwendig wäre, um die pauschale Kürzung vorzunehmen. Die GLP ist der Meinung, dass der Stadtrat diese Kürzung auch an einem anderen Ort vornehmen kann und übergibt damit die Verantwortung dem Stadtrat. Das ist eine Politik, die Ch. Baumann nicht versteht. Es ist nicht im

Interesse des Gemeinderates, wenn er die Budgethoheit aus der Hand gibt. Ch. Baumann ist froh, dass die GLP Einsicht gezeigt hat und übergibt der GLP einen Flyer, den die SP bereitgestellt hat. Darauf sind alle Kürzungen aufgelistet. Er hofft, dass die GLP in anderen Produktgruppen ebenfalls zur Raison kommt und Kürzungsanträge rückgängig macht. Den Rückkommensantrag unterstützt die SP und hofft, dass die Stadt lebenswert bleibt.

J. Altwegg (Grüne/AL): Es ist fair und im Interesse der Schülerinnen und Schüler, die vor dem Rathaus eine kleine Demonstration abgehalten haben, wenn der Gemeinderat diesen Antrag unterstützt. Diese Kinder sind die zukünftigen Politikerinnen und Politiker. Das ist eine Form, wie Heranwachsende politisiert werden können. Sie setzen sich für etwas ein und können dadurch etwas erreichen. Allein das ist Grund genug für die Grüne/AL-Fraktion, dem Antrag zuzustimmen. Dieser Antrag ist aber auch seltsam. Stadtrat St. Fritschi hat letzten Montag aufgezeigt, dass die Stadt für Schulreisen und Klassenlager eine ganze Million benötigt, nicht eine halbe. Das heisst, dass vielleicht noch halb so viele Schulreisen durchgeführt werden können. Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt den Antrag.

Ch. Magnusson (FDP): Die FDP steht hinter diesem Antrag. Mit den Einsparungen von heute Abend kann eine Steuererhöhung vermieden werden. Das Ziel dürfte damit erreicht sein. Die FDP will aber nicht auf Vorrat sparen. Der Stadtratskredit, der bereits in der letzten und vorletzten Sitzung immer wieder erwähnt wurde, soll erhöht werden. Die FDP will aber sicher gehen, dass diese Erhöhung wie gewünscht eingesetzt wird, nämlich bei der Schule, für Schulreisen und Klassenlager. Dementsprechend ist es wichtig, dass diese Entscheidung nicht dem Stadtrat überlassen wird, weil dort die Mehrheitsverhältnisse anders sind als im Rat. Es ist nicht gewährleistet, dass die Schulreisen tatsächlich stattfinden können. Dementsprechend muss diese Entscheidung vorweggenommen werden. Der wichtigste Punkt muss klargestellt werden, indem bestimmt wird, wo das Geld eingesetzt werden soll. Dementsprechend bittet Ch. Magnusson alle Fraktionen den Rückkommensantrag und entsprechend auch den neuen Antrag zu unterstützen. Niemand will die Verantwortung tragen, wenn es doch zu wenig Geld haben sollte für Schulreisen.

N. Gugger (EVP): Ch. Magnusson ist anscheinend der Meinung, dass es der Stadtrat nicht im Griff hat, diese halbe Million richtig einzusetzen. Die FDP traut dem eigenen Stadtrat offenbar nicht viel zu. Das ist fast ein Affront gegenüber Stadtrat St. Fritschi.

Ch. Ulrich (SP) ist sehr überrascht. Auf der einen Seite erklärt Ch. Magnusson, dass nicht auf Vorrat gespart werden soll und auf der anderen Seite muss man das Korrektiv des Stadtratskredits ins Spiel bringen. Jetzt soll er auch noch zweckgebunden eingesetzt werden. Die bürgerliche Ratsseite muss sich zuerst überlegen wo gespart werden soll, damit das transparent ist für die Bevölkerung und nicht im Nachhinein ein Pflaster drauf kleben.

Stadtrat St. Fritschi: Es war keine böse Absicht des Stadtrates als er erklärt hat, dass die Schulreisen darunter leiden müssen, wenn die Volksschule 1,3 Millionen sparen muss. Der Stadtrat hat die Kostenarten aufgeführt, die im offiziellen Antrag der GLP enthalten sind. Stadtrat St. Fritschi hat die Beträge in diesen Kostenarten zusammengezählt. Im Jahr 2012 waren es 4,35 Millionen und im Jahr 2013 waren es 3,87 Millionen. Im Budget 2014 sind 3,34 Millionen eingestellt. Es ist nicht möglich davon fast 1,3 Millionen einzusparen. Deshalb hat Stadtrat St. Fritschi aufgezeigt, wo trotzdem gespart werden kann. In den Konten Anschaffung Mobilien, Dienstleistungen Dritter und Betriebs- und Verbrauchsmaterial sind Einsparungen in der Höhe von 1,29 Millionen nicht möglich. Die GLP ist inkonsequent, indem sie erklärt hat, dass bei den Energiekosten gespart werden kann. Diese Kosten gehören nicht in die genannten Konten. Stadtrat St. Fritschi geht davon aus, dass die GLP gesamthaft bei den Kosten der Volksschule 1,3 Millionen sparen will. Die Schulleitungen, die Zentralschulpflege und der Stadtrat haben gemeinsam nach Einsparmöglichkeiten und nach einem Spielraum gesucht. Die Veranstaltungen sind eine Möglichkeit. Für Schulreisen und Klassenlager gibt die Stadt 1 Million aus. Wenn die GLP jetzt eine halbe Million weniger sparen will, dann ist das für die Schulen eine grosse Erleichterung, aber grosse Sprünge sind trotzdem nicht möglich. Es liegt in der Kompetenz der einzelnen Schulen diesen Schulkredit einzusetzen.

zen. Der Stadtrat kann nicht befahlen, wo jeder Franken eingesetzt werden muss. Wenn beim Schulkredit gespart werden muss, wird es merkliche Veränderungen geben. Das wird zur Folge haben, dass man sich in Zukunft einschränken muss. Stadtrat St. Fritschi ist den Ratsmitgliedern dankbar, wenn sie trotz parteistategischer Überlegungen dem Rückkommensantrag zustimmen. Er hat heute zum ersten Mal von diesem Antrag gehört. Es ist im Interesse der Kinder, die vor dem Rathaus waren aber auch im Interesse aller Kinder, wenn der Rat dem Rückkommensantrag zustimmt.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Rückkommensantrag abstimmen. Zwei Drittel des Rates müssen dem Antrag zustimmen. 54 Ratsmitglieder sind anwesend, es braucht 36 Stimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

A. Steiner (GLP/PP): Die neue Kürzungssumme beträgt 791'800 Franken.

Z. Dähler (EDU): Die letzten zwei Montage hat Z. Dähler den Antrag der GLP nicht unterstützt und wird das auch heute Abend weiterhin so handhaben. Aus diesem Grund wird er diesen Antrag, auch wenn er gekürzt wurde, nicht unterstützen.

M. Wäckerlin (GLP/PP) stellt den Antrag auf die Kürzung ganz zu verzichten.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Es wurden zwei Anträge gestellt: 1. Verzicht auf die Kürzung. 2. Eine Kürzung um 791'800 Franken.

Ch. Ulrich (SP): Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass eine Kürzung um 791'800 Franken nach wie vor zu viel ist. Stadtrat St. Fritschi hat es klar aufgezeigt: Im Bereich Volksschule gibt es verschiedene Kosten. Schulreisen und Klassenlager kosten mehr als die 500'000 Franken, von denen jetzt die Rede ist. Zudem müssen diverse Kosten reduziert werden, was einen Leistungsabbau an der Volksschule bedeutet. Die SP ist klar der Meinung, dass am falschen Ort gespart wird. Die jungen Leute sind unsere Zukunft. Die SP will hier investieren. Insofern lehnt die SP auch eine reduzierte Kürzung ab.

R. Diener (Grüne/AL) ist erschüttert über die schräge und verantwortungslose Politik, die im Gemeinderat betrieben wird. Unüberlegte Sparanträge werden gestellt. Das hat man jetzt während zwei Sitzungen erlebt. Im Nachhinein wird jetzt versucht die Weste wieder rein zu waschen, indem der Kürzungsantrag reduziert wird. R. Diener stellt den Antrag, dass die Kürzung von 1'291'800 Franken komplett gestrichen wird.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Dieser Antrag wurde von M. Wäckerlin bereits gestellt.

Ch. Baumann (SP): Mit dem Rückkommensantrag ist die Kürzung von 1,291 Millionen zurückgenommen worden. Deshalb bleibt es dabei, die SP steht zu einer starken Volksschule und wird der Kürzung nicht zustimmen, auch wenn nur ein Teil des ursprünglichen Betrags gekürzt werden soll.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Mit dem Rückkommensantrag wurde der Entscheid vom letzten Montag aufgehoben. Der Status quo ist, dass keine Kürzung um 0,6631 % vorgenommen worden ist. Es wurden zwei Anträge gestellt: 1. Kürzung des Globalkredits um 791'800 Franken. 2. Der Kürzungsantrag wird ganz abgelehnt.

Stadtrat St. Fritschi: Der Stadtrat würde es sehr schätzen, wenn keine Kürzungen vorgenommen würden. Die Sachkosten an der Volksschule sind gesunken, obwohl die Schülerzahl ansteigt. Im Jahr 2012 besuchten 9'731 Schülerinnen und Schüler die Volksschule, in der Zwischenzeit sind es 10'100. Das zeigt, dass die Effizienz gesteigert werden konnte. Das sollte Grund genug sein, dass der Kredit für die Volksschule nicht noch mehr gekürzt wird.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits des Bruttoaufwands um 791'800 Franken. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektiven Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag mit 29 zu 24 Stimmen an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit beträgt 183'326'668 Franken.

1. Traktandum

GGR-Nr. 2013/091: Voranschlag 2014 und Festsetzung des Steuerfusses – Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2015-2017 (IAFP) und Nachtrag zum Voranschlag 2014 «Novemberbrief»

Departement Soziales

628000 Individuelle Unterstützung

F. Helg (FDP): Die Leistungen in der Sozialhilfe dürfen kein Tabu sein. Auch hier gibt es durchaus einen gewissen Spielraum. Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, in dieser Produktgruppe den Globalkredit um 800'000 Franken zu reduzieren. Dieser Antrag wurde in der SSK diskutiert und hat zwei Protokollseiten produziert. Das heisst, es wurde eingehend über diesen Antrag diskutiert. Klar ist, dass die Ansätze vom Kanton vorgegeben werden. Er verweist dabei verbindlich auf die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Auch ein Austritt aus der SKOS, wie das heute diskutiert wird, würde an der Verbindlichkeit dieser SKOS-Richtlinien nichts ändern. In verschiedener Hinsicht geben die SKOS-Richtlinien keinen genauen Frankenbetrag vor, sondern eine Spannbreite. Die momentane finanzielle Lage zwingt dazu, diesen Rahmen nicht gegen oben auszuschöpfen, sondern nach unten zu verschieben. Ein Beispiel sind die Integrationszulagen: Es gibt gemäss SKOS-Richtlinien eine Zulage für Personen, die sich besonders um die soziale oder berufliche Integration bemühen. Der Rahmen bewegt sich von 100 Franken bis 300 Franken pro Person und Monat. Der Rahmen beinhaltet, ausgehend vom Minimum, eine Spannbreite von 200 % oder 200 Franken. Das ist nur ein Beispiel aus den SKOS-Richtlinien. Es gibt verschiedene Bereiche im Kapitel der situationsbedingten Leistungen und Zulagen. Mit dem Antrag der FDP werden die Vorgaben der SKOS-Richtlinien eingehalten. Nicht angetastet wird die materielle Grundsicherung, Wohnkosten, medizinische Grundversorgung und der Grundbedarf für den Lebensunterhalt. F. Helg zeigt anhand einer Säulendarstellung die Herleitung dieses Betrages auf: Die Nettokosten in der Sozialhilfe belaufen sich auf 44,7 Millionen. Davon sind ca. 6 % für situationsbedingte und integrative Leistungen gedacht. Das sind, auf der Basis von 44,7 Millionen, ca. 2,7 Millionen. Diese 2,7 Millionen sollen um 30 % reduziert werden, das heisst um rund 800'000 Franken. Diese Reduktion ist für die Betroffenen verkraftbar, bedeutet aber einen weiteren Beitrag für die Stadtfinanzen. F. Helg bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

B. Helbling (SP): In dieser Produktgruppe geht es um die gesetzlich festgelegten individuellen Unterstützungsbeiträge. In der Sozialhilfe werden diese Ansätze kantonal festgelegt. Es besteht kein grosser Handlungsspielraum. Dieser wird in der Kompetenzordnung der Fürsorgebehörde, beziehungsweise der Sozialhilfebehörde, wie sie nach der Abstimmung neu heissen wird, festgelegt. Bei den situationsbedingten Leistungen, die mit diesem Antrag gekürzt werden sollen, geht es nicht nur um Integrationszulagen, sondern auch um krankheits- oder behinderungsbedingte Kosten, um Betreuungskosten für Kinder, um Erwerbsnebenkosten, um Auslagen für Schulen oder um Kosten für die Teilnahme an Integrationsprogram-

men. Von den Sozialhilfebezüglern wird auch etwas gefordert. Der grösste Teil dieser Kosten umfasst verbindliche Leistungen. Ein Teil dieser Leistungen wird nur dann ausgerichtet, wenn sie zu einer entscheidenden Verbesserung der Situation der Bezüger führen. Es werden aber auch Zulagen ausgezahlt. Auf diese zielt diese Kürzung ab. Die Zulagen werden ausgerichtet, wenn Integrationsbemühungen geleistet werden, das heisst wenn jemand freiwillige Arbeit leistet oder intensiv eine Arbeit sucht etc. Das kantonale Sozialamt setzt einen Mindestbetrag und einen Maximalbetrag fest. Die Ausrichtung dieser Leistungen muss aufgrund dieser gesetzlichen Vorgaben erfolgen. Es ist möglich, aber sicher nicht zielführend, in diesem Rahmen eine Kürzung vorzunehmen – vor allem nicht in dieser Höhe, weil die Zulagen nur einen Teil des Betrages ausmachen, der eingespart werden soll. Die SP wird den Antrag ablehnen.

M. Thurnherr (SVP): Die SVP unterstützt den Antrag der FDP. Die Kürzung des Globalkredits um 800'000 Franken, mit dem Ziel die situationsbedingten Leistungen zurückzufahren. Laut der Stadt Winterthur wächst der Globalkredit jährlich um 3 %. Wenn das stimmt, wird das Globalbudget im Jahr 2020 122 Millionen betragen. Das sind 10 Millionen mehr als heute. Einen Teil der 800'000 Franken kann bei den Integrationszulagen eingespart werden. Es ist falsch, dass die Sozialhilfeempfänger mit Geld belohnt werden, wenn sie ein Arztzeugnis abgeben. Man müsste nicht diejenigen belohnen, die ein Arztzeugnis bringen, sondern diejenigen bestrafen, die kein Arztzeugnis abgeben. Im Artikel 6 der Bundesverfassung steht: „Jede Person nimmt Verantwortung für sich selbst wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft bei“ Grosse Probleme sieht die SVP in der Zukunft. Irgendwann kann sich der Staat diese Sozialhilfe nicht mehr leisten. Das Ziel der SVP ist es, den Problemen mit gezielten Sparmassnahmen bereits jetzt vorzubeugen. Wenn das bereits vor einigen Jahren umgesetzt worden wäre, müssten keine so grossen Sparübungen durchgeführt werden. M. Thurnherr dankt für die Unterstützung.

K. Cometta (GLP/PP): In der Kommission wurde lange über diesen Antrag diskutiert. Das Ergebnis war aber klar. Der Antrag wurde in der Kommission abgelehnt. In dieser Produktgruppe fallen keine Verwaltungskosten an. Es handelt sich ausschliesslich um Leistungen. Die Sozialhilfe ist durch übergeordnetes Recht geregelt. Es handelt sich also um einklagbare Rechte. Für eine Kürzung gibt es zu wenig Spielraum. Unabhängig von den juristischen Argumenten, soll nicht auf dem Buckel der Schwächsten gespart werden.

D. Berger (Grüne/AL): Dieser Sparantrag hat zwei Nachteile, einerseits ist er rechtlich schwierig. Es ist fraglich, ob der Betrag, über den die Stadt selber bestimmen kann, 800'000 Franken ausmacht. Andererseits ist dieser Antrag asozial. Es handelt sich nicht einfach um Bonuszahlungen. Die situationsbedingten Leistungen werden zielführend eingesetzt. Wenn ein Kind ein Klassenlager besuchen soll und die Eltern das nicht bezahlen können, besteht die Möglichkeit, die Ausgaben aus dieser Kasse zu bezahlen. Der Gemeinderat hat heute beschlossen, dass es weniger Klassenlager geben soll, damit sinken die Ausgaben. Aber es sind wichtige Präventionsmassnahmen, die den Leuten helfen, aus der Sozialhilfe heraus zu kommen. Damit kann man der Gefahr vorbeugen, dass die nächste Generation in der Sozialhilfe stecken bleibt. Das muss schlussendlich das Ziel sein. Das Wachstum dieser Produktgruppe kann nicht einfach vom Gemeinderat verhindert werden. Die Ausgaben werden auf einer anderen Ebene bestimmt. Die Stadt ist einfach Zahlmeisterin. Das kann man der SVP auch in den nächsten Jahren wieder erklären. Die Fraktionsmitglieder begreifen das offensichtlich nicht.

B. Günthard Fitze (EVP): In der Kommission wurde dieser Antrag ausgiebig diskutiert. Für die EVP ist es klar, es handelt sich um gesetzliche Verpflichtungen, die auf einer übergeordneten Ebene geregelt werden. Die Integrationszulagen, die erwähnt worden sind, sind eine wichtige Motivationshilfe für die Menschen in der Sozialhilfe. Die EVP wird diesen Antrag nicht unterstützen.

R. Diener (Grüne/AL) hat eine dieser Rechnung kurz überschlagen. Für diejenigen, die Steuern bezahlen, bedeutet diese finanzielle Unterstützung für die sozial Schwächsten eine

Belastung von ca. 7 Franken. Es ist offenbar nicht möglich, dass die FDP und ihre Anhängerschaft diese 7 Franken bezahlen. Das ist bedenklich. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Stadtrat N. Galladé: In der Kommission wurde der Antrag vertieft diskutiert. Die Frage, was in dieser Produktgruppe beeinflussbar ist und was nicht, ist seit längerem ein Thema. Auch wenn es vielen nicht passt, viele Ausgaben sind nicht beeinflussbar. Die Kommission ist mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass dieser Antrag nicht unterstützt werden kann. Was in den situationsbedingten Leistungen und den Zulagen enthalten ist, wurde bereits aufgezählt. Ein kleiner Teil der Zulagen betrifft die sogenannten Integrationszulagen für Nichterwerbstätige. Der grösste Teil betrifft situationsbedingte Leistungen, die je nach Situation ausgezahlt werden. Für Kinder kann zum Beispiel ein gewisser Betrag ausgezahlt werden. Diese Ausgaben sind aber begrenzt und es muss eine Quittung vorgelegt werden. Das ist ein Teil des Sozialsystems. M. Thurnherr hat das Leistungs- und Gegenleistungsprinzip angesprochen. Das entspricht dem Grundsatz der Verfassung und dem Grundsatz der SKOS-Richtlinien. Die SKOS-Richtlinien sind auf kantonaler Ebene für verbindlich erklärt worden. Auf der einen Seite werden Anreize geschaffen und auf der anderen Seite können auch Leistungen eingefordert werden. Eigentlich werden die Leistungen in der Sozialhilfe nicht über das Budget gesteuert. Es geht um eine Summe von Einzelfällen, die auch einzeln beurteilt werden müssen und einzeln rekursfähig sind. Winterthur ist nicht übermässig grosszügig. Die Stadt verfolgt eine pragmatische, teilweise auch harte Linie im Einzelfall, die in der Regel auch gestützt wird. Der Bezirksrat sagt, dass die Sozialhilfe bei einer sehr hohen Arbeitsbelastung sehr gut arbeitet, sodass nur wenige Rekurse eingereicht werden. Das soll auch in Zukunft so weitergeführt werden, unabhängig davon, ob das Budget verändert wird. Stadtrat N. Galladé möchte beliebt machen, diesen Antrag abzulehnen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der FDP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 800'000, mit dem Ziel die situationsbedingten Leistungen zurückzuführen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

638000 Spitex

M. Thurnherr (SVP) stellt folgenden Kommissionsantrag: Kürzung des Globalkredits um CHF 70'000 mit dem Ziel die maximal zulässigen Kosten bei Produkt Hilfe bei der Alltagsbewältigung zu verrechnen.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt den Antrag 113'400 Franken in den folgenden Bereichen einzusparen. Weniger Anschaffung Mobilen, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

N. Gugger (EVP) spricht stellvertretend für die Vizepräsidentin B. Günthard Fitze, die Mitglied in der Sachkommission Soziales und Sicherheit ist. Die Spitex hat in der ersten Sparrunde von «effort 14+» einen Beitrag von 516'000 Franken geleistet. Die Kürzung um 70'000 Franken und damit verbunden die zusätzliche Erhöhung der Hauswirtschaftstarife wird zu einer Verlagerung der Kosten führen. Wenn das Einkommen unter den minimalen Level liegt, werden diese Ausgaben über die Ergänzungsleistungen finanziert, das heisst unter dem Strich gibt es nicht mehr Einkünfte. Auch wird man durch zusätzliche Tarifierhöhungen der hauswirtschaftlichen Schwarzarbeit Vorschub leisten, was nicht im Sinne der bürgerlichen Mehrheit ist. Die von der GLP beantragte Kürzung um 113'400 wird zu noch mehr Ungerechtigkeit führen, in einem vorwiegenden Frauenbetrieb. Zum Sachaufwand gehören 15 Autos und 50 Velos für 6 Spitex-Zentren und die notwendige Leistungserfassungssoftware, mit welcher langfristig Effizienzgewinne erzielt werden können. Sollen die Mitarbeiterinnen zu

Fuss die Leute aufsuchen, wenn Autos und Velos ersetzt werden müssten? Soll die notwendige Software durch Papierfassung ersetzt werden? Das Unterwegssein für diese Arbeit führt immer wieder zu nicht vorhersehbaren Verzögerungen, dabei spielt auch das Wetter eine Rolle, die den Klienten nicht verrechnet werden können. Es handelt sich zudem um übergeordnete gesetzliche Vorgaben. Diese Einsparungen sind schlecht durchdacht und illusorisch. N. Gugger dankt für die Ablehnung dieses Antrags.

B. Baltensberger (SP): Die Spitex hat bereits massive Kürzungen in Kauf nehmen müssen in der ersten und zweiten Runde von «effort 14+». Die SP lehnt jede weitere Kürzung mit Überzeugung ab. Auf der einen Seite will man mehr Geld hereinholen. Der Stadtrat geht mit der Erhöhung der Ansätze bereits an die Grenzen. Diese Mehrkosten müssen zum Teil durch eine andere Kasse bezahlt werden. Wenn die Tarife über 40 Franken pro Stunde hinaus erhöht werden, ist das rechtlich heikel, weil das Gemeinwesen 50 % der Kosten übernehmen muss. Zudem ist eine solche Erhöhung unanständig. Die sozial Schwachen können sich kaum wehren und sind auf Hilfe angewiesen. Diese so hart zu strafen und auszuplündern kann nicht angehen. Der Antrag der GLP, die Kürzung um 113'400 Franken, ist nicht realisierbar. Für Büromaterial sind 3'181 Franken im Budget eingestellt, das ist sehr bescheiden, das trifft auch für Betriebseinrichtungen zu, die sich auf 12'544 Franken belaufen. Ein Spitex-Zentrum muss funktionieren können. Es braucht Büromöbel und kaputte Sachen müssen repariert oder ersetzt werden können. Post- und Bankgebühren sind die grössten Posten. Hier kann nicht gespart werden. Niemand will Post erhalten, die nicht frankiert ist. Das sagt der gesunde Menschenverstand. Diese Kürzungsanträge schaden der Glaubwürdigkeit und dem Ansehen des Parlaments. Die SP lehnt die Anträge ab.

D. Berger (Grüne/AL): Auch die Grüne/AL-Fraktion lehnt die beiden Anträge ab. Der Antrag über 70'000 Franken betrifft die Anpassung der Kosten für die Alltagsbewältigung. Hier besteht das Problem, dass laut Taxordnung zwei verschiedene Tarife vorhanden sind. Deshalb sind diese Einsparungen nicht umsetzbar. Kürzung um 0,6631 %, 113'400 Franken: Für das Medizinische Material sind 55'000 Franken vorgesehen und für die Anschaffung von Fahrzeugen 34'000 Franken. Gerade bei einer Stelle, die so viel Velos benötigt, braucht es einen gewissen Betrag. Die Software ist Pflicht. Der Rest umfasst Porti, Telefon oder Betriebsmaterialien, die notwendig sind, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Einmal mehr zeigt sich, dass auch in diesem Bereich nicht klar ist, wo das Geld eingespart werden soll.

K. Cometta (GLP/PP): Das kantonale Recht sieht vor, dass Haushalthilfeleistungen der Spitex von der Stadt Winterthur zu 50 % subventioniert werden müssen. Die Stadt Winterthur subventioniert mehr. Obwohl die Gebührenordnung revidiert wurde und Verbesserungen vorgenommen worden sind, subventioniert die Stadt noch immer mehr als sie nach kantonalem Recht müsste. Das ist nicht richtig. Es handelt sich um eine Subvention nach dem Giesskannenprinzip. Es geht nicht nur um die Ärmsten, jeder und jede, auch der 70jährige Millionär, erhält diese Leistung. Deshalb sollen die Subventionen auf die vorgeschriebenen 50 % reduziert werden. So steht es auch im Antrag: Mit dem Ziel die maximal zulässigen Kosten beim Produkt Hilfe bei der Alltagsbewältigung zu verrechnen. Wenn jetzt ins Feld geführt wird, dass damit die Schwarzarbeit gefördert werde, muss K. Cometta das entschieden zurückweisen. Es geht darum, dass staatlich verordnetes Lohndumping betrieben wird. Welche Putzfrau kann für 40 Franken, das ist der höchste Tarif, pro Stunde arbeiten, wenn man alles einrechnet. Das ist nicht richtig.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion wird beiden Anträgen zustimmen. Der Kommissionsantrag wurde von K. Cometta ausführlich erläutert.

Ch. Baumann (SP): Die GLP hat gut begründet, wieso sie die Kürzung um 70'000 Franken unterstützt. Sie will die Kosten reduzieren. Es wurde aber nicht begründet, wie 113'400 Franken eingespart werden sollen. In den Sachkosten sind die Ausgaben für Velos, Autos, Büro- und Verbrauchsmaterial enthalten. Welcher Teil soll gekürzt werden? Soll man den Mitarbeiterinnen der Spitex die Velos wegnehmen, das Büromaterial oder das Verbrauchs-

material für die Pflege? Die GLP soll endlich erklären, wo die Pauschalkürzungen erfolgen sollen.

Stadtrat N. Galladé: Es sind zwei verschiedene Anträge gestellt worden. Der eine Antrag ist einfach und klar begründet. Aufgrund der Kürzung des Globalkredits um 70'000 Franken sollen die Subventionen für die Haushalthilfe auf 50 % reduziert werden. Das ist umsetzbar. In den ersten zwei Sparrunden hat der Stadtrat bereits einen Beitrag geleistet. Die Kommission hat diese Ausgaben genauer geprüft und festgestellt, dass der Stadtrat die Haushalthilfe mit 52 % subventionieren will. Eine Kommissionsmehrheit hat den Wunsch geäußert, dass die Betroffenen das Maximum, nämlich 50 % selber bezahlen sollen. Der Stadtrat steht diesem Antrag skeptisch gegenüber. Es handelt sich aber um einen klaren Auftrag. Wenn der Stadtrat die Verordnung ändert, wird er den Antrag auf der vom Parlament gewünschten Basis umsetzen. Weniger klar ist die pauschale Kürzung von 0,6631 %, beziehungsweise 113'400 Franken. Was bedeutet das für die Spitex genau? Stadtrat N. Galladé soll in den genannten Kostenarten sparen. Wenn die Einsparungen in der einen oder anderen Produktgruppe keinen Sinn machten oder wenn es nicht möglich ist in diesen Kontengruppen den geforderten Betrag einzusparen, muss der Stadtrat prüfen, ob das an einem anderen Ort möglich ist. Das führt jeweils zur Aussage, dass das so nicht gemeint ist. Bei der Spitex sind die Erfassungssysteme und die Fahrzeuge betriebsnotwendig. Sie sind auch notwendig um die Effizienz zu steigern. In der Kommission wurde auch über eine mögliche Optimierung der Arbeit diskutiert. Zwischen den einzelnen Klientinnen müssen gewisse Distanzen bewältigt werden. Das geht schneller mit einem Velo. Es sind gewisse Erfahrungswerte vorhanden. Letztlich kürzt das Parlament einen Globalkredit, der bereits im Rahmen der Sparmassnahmen gekürzt worden ist. Die Spitex soll jetzt weitere 113'400 Franken einsparen. Irgendwann wird es schwierig, die geforderten Leistungen zu erbringen. Der Stadtrat nimmt den Antrag zur Kenntnis.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 70'000 mit dem Ziel die maximal zulässigen Kosten bei Produkt Hilfe bei der Alltagsbewältigung zu verrechnen.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 113'400. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit der Spitex wurde um 183'400 Franken auf 8'589'345 Franken.

640000 Alterszentren

M. Thurnherr (SVP) stellt folgenden Kommissionsantrag: Kürzung des Globalkredits um CHF 300'000 mit dem Ziel Kaderstellen zu überprüfen.

B. Baltensberger (SP) stellt den Antrag auf Abstimmung mit Namensaufruf.

B. Günthard Fitze (EVP): Die EVP hat bereits in der Kommission die Reduktion des Globalkredits um 300'000 Franken nicht unterstützt. Die Alterszentren haben in der ersten Sparrunde bereits einen Betrag von über 2 Millionen geleistet. Diese Einsparungen betreffen die Personal- und die Sachkosten. Der Stadtrat hat darüber informiert. Diese Sparmassnahmen

haben den Betrieb der Altersheime bereits empfindlich getroffen. Mit weiteren Einsparungen von 300'000 Franken schiesst der Gemeinderat über das Ziel hinaus. Im Bericht des letzten Jahres kann nachgelesen werden, dass bereits verschiedene Personen ihre Stelle verlassen haben und nicht mehr ersetzt wurden. Wenn jetzt weitere 300'000 Franken einspart werden, ist das für den Betrieb sehr schwierig umzusetzen. Der Personalbestand muss reduziert werden. Die Pflege von betagten Menschen benötigt viel Zeit und grosse Sorgfalt. Deshalb sind Stellenkürzungen eine fragwürdige Sache, auch wenn die Einsparungen beim Kader erfolgen sollen.

B. Baltensberger (SP): Die SP lehnt den Antrag ab. Die Alterszentren haben ihre Hausaufgaben punkto Sparen mehr als gut gemacht. In zwei Sparrunden wurden total 2'355'000 Franken eingespart. Dabei wurden auch Stellen abgebaut, auch das Fachpersonal ist vom Abbau betroffen. Den Abbau von Kaderstellen lehnt die SP auch deshalb ab, weil in der Kommission und auch im Gemeinderat mehrmals gefordert wurde, dass bei den Alterszentren genau hingeschaut werden muss. Man hat gefunden, dass die Alterszentren gestärkt werden müssen. Die Kommissionsmitglieder wollen die Organisation genauer anschauen. Dass man jetzt einfach das Geld kürzen will, ist nicht richtig. Man muss zuerst den Betrieb genau prüfen, damit ein gutes Preis-/Leistungsverhältnis erzielt werden kann. Gute Qualität ist nicht gratis zu haben. Das Vertrauen muss wieder hergestellt werden. Zuerst will die SP wissen, wie eine Organisation in Zukunft aussehen könnte, danach können die Kosten überprüft werden.

D. Berger (Grüne/AL): Für die Grüne/AL-Fraktion kommt dieser Kürzungsantrag zu früh. Die neue Leitung der Alterszentren hat an einer Kommissionssitzung teilgenommen. Sie hat sehr sportliche Vorgaben gemacht, wie sie den Betrieb analysieren will. Es ist bekannt, dass in letzter Zeit in Bezug auf die Alterszentren viel Geschirr zerschlagen wurde. Zudem ist viel Misstrauen vorhanden. Es wird vermutet, dass etwas nicht ganz kosher ist. Jetzt soll die Reorganisation abgewartet und nicht vorgegriffen werden, indem das Budget um 300'000 Franken gekürzt wird. Änderungen müssen sauber aufgegleist werden, damit wieder Ruhe einkehrt in den Alterszentren. Die Grüne/AL-Fraktion erhofft sich ebenfalls Einsparungen. Es wäre aber ein falsches Signal bereits jetzt 300'000 Franken zu kürzen ohne genau zu wissen, wie das Resultat aussehen wird. Deshalb lehnt die Grüne/AL-Fraktion den Antrag ab.

N. Gugger (EVP): Es ist bekannt, dass 2006 eine Reorganisation in den Alters- und Pflegezentren stattgefunden hat. Die Heimleitungen wurden zusammengelegt. Das hat für einen riesen Aufschrei gesorgt. Im Jahr 2012 hat Stadtrat N. Galladé eine externe Untersuchung in Auftrag gegeben. Man hat herausgefunden, dass die Zentralisierung keine gute Idee war. Von allen Seiten war daraufhin zu hören, dass wieder viel mehr Heimleitungen vor Ort eingesetzt werden müssen. Das kostet aber Geld. Mit einer stumpfen Säge kann man nicht arbeiten. Wenn man jetzt sauber arbeiten will, muss man innehalten. Man kann nicht einfach weitermachen und erklären, dass weiter gesägt werden muss. Die Produktgruppe Alterszentren hat bereits sehr viel Geld eingespart. Die Altersarmut ist eine Tatsache. In Winterthur gibt es sowohl Jugendarmut als auch Altersarmut. Immer mehr Leute müssen in den Altersheimen betreut werden. Jetzt sollen bei den Kaderstellen 300'000 Franken eingespart werden. Es ist heikel, gerade jetzt zu sparen. Die EVP wird das nicht unterstützen. 2006 hat man begonnen zusammenzulegen und zu sparen. Jetzt soll noch viel gröber gespart werden. Im Altersbereich werden noch hohe Kosten auf die Stadt zukommen. Heute soll erneut auf dem Buckel der Schwächsten, der Jugend und der älteren Menschen gespart werden. Die EVP lehnt den Antrag ab.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt diesen Kommissionsantrag. Von verschiedenen Rednerinnen und Rednern wurde eingewendet, dass der Antrag zu früh kommt. Das denkt F. Helg nicht. Die externe Analyse von Andreas Werren hat klar und deutlich aufgezeigt, dass der Überbau im Bereich Altersheime und Alterszentren überdimensioniert ist und dass es zu viele Hierarchiestufen gibt. Deshalb ist es auch ein klares politisches Zeichen, wenn man dem Antrag zustimmt. Man muss den Finger auf diese Stelle legen und Korrekturen anbringen. Es ist jetzt der richtige Moment dazu.

R. Diener (Grüne/AL): Ein politisches Zeichen soll das sein? Die bürgerliche Ratsseite will 300'000 Franken einsparen. Das ist kein politisches Zeichen. Es soll etwas abgebaut werden. Der Globalkredit soll gekürzt werden mit dem Ziel Kaderstellen zu überprüfen. Scheinheiliger kann man einen Antrag nicht mehr stellen. Wenn Stellen abgeschafft werden sollen, dann soll das auch so formuliert werden.

K. Cometta (GLP/PP): Im Antrag steht: Pflege statt Verwaltung. So wurde er schriftlich eingereicht. Wie bereits erwähnt, wurde ein externes Gutachten erstellt. Das wurde im Mai vorgestellt. Man hat festgestellt, dass es zu viele Hierarchiestufen gibt. Das Verhältnis von Overhead und Leistung am Bett ist in den Alterszentren von Winterthur sehr schlecht. Die GLP hofft, dass mit der neuen Leitung Alter und Pflege etwas geändert wird. Es ist Zeit für Daten. Jetzt wird behauptet, dass die Kürzung zu früh vorgenommen wird. Mit der Arbeit soll bereits im Januar 2014 begonnen werden. K. Cometta hofft, dass es nicht 12 Monate dauern wird, bis die erste Resultate sichtbar werden, sondern dass im Laufe des nächsten Jahres im Kader Veränderungen vorgenommen werden. Das erwartet K. Cometta vom Stadtrat und von der neuen Leitung Alter und Pflege. Es geht um ein politisches Signal. Der Gemeinderat kann jetzt klar signalisieren, dass er die Mitarbeitenden nicht im Kaderbereich, in der Verwaltung und in den Stabsstellen will, sondern in der Pflege. Es geht nicht um Altersarmut.

M. Zeugin (GLP/PP): Es ist frappierend, wie die Massnahmen mit unterschiedlichen Ellen gemessen werden. Dadurch entsteht eine gewisse Doppelmoral. Der GLP wird vorgeworfen, dass sie Anträge stellt, ohne genau zu sagen, wo eingespart werden kann. M. Zeugin erinnert an den Bereich Zivilschutz. Wie ein Teil der Massnahmen, die der Stadtrat vorgeschlagen hat, umgesetzt werden kann, ist auch nicht auf den Franken genau klar. Der Betrag wurde pauschal eingestellt. Diese Doppelmoral ist leicht aufzudecken. Wenn man in der Geschichte zurückblickt, zeigt sich, dass der Gemeinderat bereits zwei Mal im Rat entschieden hat, dass die Parkplätze der städtischen Mitarbeitenden verrechnet werden sollen. Jetzt ist die Verrechnung als «effort 14+» Massnahme eingeführt worden. Auch hier sieht man, dass es sich um Entscheide handelt, die bereits seit langem hätten umgesetzt werden müssen. Jetzt zählt man sie zu «effort 14+».

B. Baltensberger (SP): Es ist richtig, dass der Überbau im Bereich Altersheime und Alterszentren überdimensioniert ist. Das ist keine gute Entwicklung. Diese Fehlentwicklung wurde erkannt. Seit Ende Jahr arbeitet die neue Bereichsleitung, die jetzt ein Konzept erarbeiten muss. Es ist wichtig, dass man sich einig wird. Man hat erkannt, dass die Betriebe vor Ort gestärkt werden müssen. Das ist nicht gratis zu haben. Man kann nicht einfach erklären, dass die Kosten für die Verwaltung reduziert werden müssen, ohne mit einzurechnen, dass vor Ort Verstärkung notwendig ist. Diese Kosten müssen aufgerechnet werden. Deshalb ist dieser Kürzungsantrag verfrüht. B. Baltensberger hofft ebenfalls, dass Einsparungen möglich sein werden. Man darf aber nicht bei dieser Produktgruppe, die seit Jahren unter Unruhen zu leiden hat, jetzt eins drauf geben. Das ist keine Lösung. Aufgrund der Informationen in der Kommission ist B. Baltensberger der Ansicht, dass der Gemeinderat mitwirken und helfen sollte einen Konsens zu finden. Sie ist der Meinung, dass das überparteilich möglich sein sollte. Jetzt einfach eine Sache herauszugreifen, ist falsch.

K. Cometta (GLP/PP) hofft ebenfalls, dass ein Konsens gefunden werden kann. Es war aber immer klar, dass es in jedem Alterszentrum eine Ansprechperson und eine stärkere Leitung braucht. So wie K. Cometta den Konsens verstanden hat, geht es nicht darum, einfach 5 zusätzliche Verwaltungsstellen zu schaffen, sondern darum den Wasserkopf kleiner zu machen.

Ch. Ulrich (SP) weist darauf hin, dass die Produktgruppe bereits 2,355 Millionen gespart hat. Das heisst sie leistet bereits unglaublich viel im Rahmen von «effort 14+». Für die neue Bereichsleitung wird es eine grosse Herausforderung sein, diesen Sparbetrag zu realisieren. Jetzt soll der Globalkredit um weitere 300'000 Franken gekürzt und weitere Stellen sollen abgebaut werden. Ch. Ulrich bittet die rechte Ratsseite keine Stellen mehr abzubauen. Zu

Beginn der Debatte wurde gesagt, dass keine Stellen abgebaut werden sollen. Dieser Kürzungsantrag ist ein Stellenkürzungsantrag. Man muss an die Leute denken, die in den Alterszentren arbeiten, an die Leute, die in den Alterszentren wohnen und an die Angehörigen. Es ist wichtig, dass die Alterszentren nicht noch mehr geschwächt werden.

D. Oswald (SVP): In den Voten wird stark auf die Tränendrüsen gedrückt. Die Behandlung früherer Geschäfte hat gezeigt, dass es auf dem Platz Winterthur privat geführte Alterszentren gibt, deren Gebühren tiefer sind, als die Gebühren in den städtischen Alterszentren. Es stellt sich die Frage, ob bei einem Globalkredit von 9,2 Millionen nicht von einer unzulässigen Quersubventionierung ausgegangen werden muss. Es ist nicht so, dass hier das Sparpotential bereits ausgeschöpft ist. Es hat noch wesentlich mehr Fleisch am Knochen, als die 300'000 Franken.

F. Helg (FDP): Ch. Ulrich hat von den Leistungen vor Ort gesprochen. Der Antrag bezieht sich aber klar auf die Kaderstellen, auf die Organisation und nicht auf die Leistung am Bett.

Stadtrat N. Galladé: Die Anträge werden meist so garniert, dass sie nicht schmerzhaft klingen. Mit diesem Kürzungsantrag wird das Ziel verbunden, die Anzahl Kaderstellen zu prüfen. Das würde Stadtrat N. Galladé auch so machen, insbesondere vor den Wahlen. Man kann einfach erklären, die 300'000 Franken seien verkraftbar. Die Produktgruppe muss aber bereits über 2,3 Millionen einsparen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Jetzt sollen weitere 300'000 Franken gekürzt werden. Eine genaue Analyse zeigt folgendes: Einige Stellen wurden bereits gekürzt und ein Teil der Massnahmen wurden bereits im Jahr 2013 umgesetzt. Damit konnten 2013 ca. 650'000 Franken eingespart werden. Auf ein ganzes Jahr gerechnet, wird die Verbesserung 1,3 Millionen ausmachen. Das spürt man aber im Betrieb. Wenn Stadtrat N. Galladé die Alterszentren besucht, wird ganz klar, dass in den Wohngruppen die Belastung der Mitarbeitenden zugenommen hat. Man kann nicht sparen, ohne dass man das merkt. Auch in den Gesprächen mit den Bewohnenden ist das immer wieder ein Thema. Die neue Bereichsleiterin ist seit 1. November 2013 im Amt. Das Ziel ist ganz klar. Im Bereich Alter und Pflege soll eine Stabilisierung erreicht werden. Die «effort 14+» Massnahmen müssen umgesetzt werden und zwar so, dass möglichst wenig am Bett zu spüren ist. Darin sind sich sicher alle einig. Die Frage ist, welche Mittel sollen zur Verfügung stehen und wie viel muss noch eingespart werden. Im Weiteren soll die Entwicklung der Organisation geprüft werden. Das soll im ersten Quartal 2014 angegangen werden. Von den 2,3 Millionen, die eingespart werden sollen, werden 1,35 Millionen durch die reduzierten Pflegestellen eingespart. Die restliche Million kann nicht auch noch am Bett eingespart werden. Die Bewohner sollen möglichst nicht tangiert werden.

Die Materialkosten konnten optimiert werden, weil sie neu ausgeschrieben werden. Das bringt Einsparungen von 300'000 bis 400'000 Franken. Das Departement konnte beim Rechnungswesen eine Kaderstelle einsparen. Diese Massnahmen wird der Stadtrat vollziehen. Er kann aber nicht die gleiche Stelle zweimal einsparen. Bei allen personellen Veränderungen, hat der Stadtrat immer geprüft, ob angesichts der einen oder anderen Justierung der Organisation eine Stelle besetzt werden soll oder ob organisatorische Anpassungen möglich sind. Der Stadtrat prüft immer wieder, ob Einsparungen oder Optimierungen möglich sind, ohne dass es im Kerngeschäft spürbar wird. Der Gemeinderat beantragt eine weitere Kürzung von 300'000 Franken. Damit wird die Umsetzung noch ambitionierter. Es wurden bereits einschneidende Übungen durchgezogen. Aber man muss darauf achten, dass die Sparvorgaben realistisch bleiben. Die 300'000 Franken sind auf der Kippe und man muss sich fragen, was das für die Stabilität der Organisation bedeutet und für die nächsten Schritte. Das Ziel ist klar. Der Absenkpfad muss aber realistisch sein. Es wurde von Doppelmoral gesprochen. Das würde Stadtrat N. Galladé so nicht sagen. Er möchte aber gewisse Erinnerungen wachrufen. Eine der ersten Massnahmen im letzten Frühjahr waren Stellenkürzungen in der Pflege. Der Landbote hat damals geschrieben: „Der SVP Gemeinderat Rolando Keller moniert, dass der Abbau in der Pflege jene treffe, die das am wenigsten verdient haben, die Betagten, die über Jahrzehnte Steuerzahler von Winterthur waren.“ Er sagt, dass an einem anderen Ort gespart werden soll. D. Oswald hat damals etwa das Gleiche gesagt, wie heute: Der Stadtrat habe extra Abstriche bei den Alten gemacht, um das Volk gegen das Sparen

aufzubringen. Jetzt geht der Gemeinderat einiges über die Sparmassnahmen des Stadtrates hinaus.

Stadtrat N. Galladé ist oft im Internet unterwegs. Er hat allerdings am letzten Montag keinen Beitrag gepostet. Auf Smartvote kann jetzt abgestimmt werden. Dort heisst es: „Im Rahmen des Sanierungspaketes «effort 14+» muss der Bereich Alter und Pflege bei den Alterszentren unter anderem eine Anzahl Stellen pro Wohngruppe kürzen.“ Man kann die Frage, ob diese Kürzung befürwortet wird mit ja, eher ja, eher nein oder nein beantworten. Stadtrat N. Galladé hat diese Frage mit ja beantwortet. Das hat in seinem sozialen Profil zwar eine Beule gegeben, damit muss er aber leben. Er befürwortet diese Massnahmen, die bereits im vorliegenden Budget enthalten ist. Die Gemeinderäte, die wieder kandidieren und namentlich die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP und der FDP beantworten diese Frage zur Hälfte mit eher nein oder nein. Man kann jetzt erklären, dass die Kaderstellen gemeint sind. Aber je mehr Sparmassnahmen ergriffen werden, desto mehr werden diese auch für die Bewohnenden spürbar. Die GLP steht zu ihrer Haltung. Der Stadtrat gibt sich Mühe die ambitionierten Sparziele zu erreichen. Die Betagten sollen davon möglichst nichts spüren. Wenn jetzt immer noch mehr gekürzt wird und zu den 2,3 Millionen nochmals 300'000 Franken hinzukommen, wird es schwierig. Die Kürzung steht in einer Diskrepanz zu dem was im Wahlforum steht. Stadtrat N. Galladé bittet die Ratsmitglieder, den Kürzungsantrag abzulehnen. Er hat zur Kenntnis genommen, dass der Antrag der GLP, die Kürzung um 0,6631 %, nicht gestellt worden ist. Das ist eine Erleichterung, dafür dankt Stadtrat N. Galladé.

K. Cometta (GLP/PP): Das ist genau der Punkt. Der GLP geht es darum, dass nicht die Leistungen am Bett gekürzt werden, sondern dass die Verwaltung optimiert wird. Die Kaderstellen und Stabsstellen sollen überprüft werden – der ganze überflüssige Karsumpel. Bei den älteren Leuten soll man nicht sparen.

Stadtrat N. Galladé: Darum geht es auch dem Stadtrat. Dafür braucht es realistische Vorgaben und Ziele. Inhaltlich ist man gleicher Meinung, wenn auch bei den Zahlen noch Divergenzen bestehen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag auf Namensaufruf abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 300'000 mit dem Ziel Kaderstellen zu überprüfen.

		Ja	Nein			Ja	Nein
	B. Baltensberger (SP)		X		St. Feer (FDP)	X	
	Ch. Baumann (SP)		X		F. Helg (FDP)	X	
	Ch. Benz – Meier (SP)				U. Hofer (FDP)	--	--
	K. Bopp (SP)		X		Th. Leemann (FDP)	X	
	B. Helbling-Wehrli (SP)		X		Ch. Magnusson (FDP)	X	
	R. Kappeler (SP)		X		D. Schneider (FDP)	X	
	R. Keller (SP)		X		M. Wenger (FDP)	X	
	B. Konyo Schwerzmann (SP)		X		K. Cometta-Müller (GLP)	X	
	F. Künzler (SP)		X		S. Gyga-Matter (GLP)	X	
	F. Landolt (SP)		X		B. Meier (GLP)	X	
	S. Madianos-Hämmerle (SP)		X		A. Steiner (GLP)	X	

U. Meier (SP)		X		M. Zehnder (GLP)	X	
S. Näf (SP)		X		M. Zeugin (GLP)	X	
S. Stierli (SP)		X		M. Wäckerlin (PP)	X	
Ch. Ulrich (SP)		X		J. Altwegg (Grüne)		X
E. Wettstein (SP)		X		R. Diener (Grüne)		X
N. Albl (SVP)	X			Ch. Griesser (Grüne)		X
G. Gisler-Burri (SVP)	X			A. Hofer (Grüne)	--	--
H. Keller (SVP)	X			D. Schraft (Grüne)		X
R. Keller (SVP)	X			D. Berger (AL)		X
Ch. Kern (SVP)	X			L. Banholzer (EVP)		X
W. Langhard (SVP)	X			N. Gugger (EVP)		X
Ch. Leupi (SVP)	X			B. Günthard Fitze (EVP)		X
J. Lisibach (SVP)	X			Ch. Ingold (EVP)	--	--
U. Obrist (SVP)	--	--		F. Albanese (CVP)	X	
D. Oswald (SVP)	X			M. Baumberger (CVP)	X	
P. Rütsche (SVP)	X			K. Brand (CVP)	X	
W. Steiner (SVP)	X			R. Harlacher (CVP)	X	
M. Thurnherr (SVP)	X			W. Schurter (CVP)	X	
M. Stutz (SD)	X					
Z. Dähler(EDU)		X				

Der Rat nimmt den Antrag mit 31 zu 24 Stimmen an.

B. Baltensberger (SP), persönliche Erklärung: Am Wochenende sind die Wahlunterlagen eingetroffen. Grundsätzlich gilt folgendes: An den Taten sollte ihr sie messen. Diese Redewendung kennen sicher alle. Im Portrait der CVP steht, dass man sich besonders für den Altersbereich einsetzt und keine Sparübungen machen will. Die CVP soll daran denken, dass bald Wahlen sind. Es ist wichtig zu prüfen, was versprochen und wie gehandelt wird. Diese Abstimmung ist ein gutes Lehrbeispiel für inkonsequentes Verhalten.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 300'000 Franken auf 10'357'019 Franken.

645000 Beiträge an Organisationen

F. Helg (FDP): Die Kommission beantragt die Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken. Die Einsparungen sollen bei den Beiträgen erfolgen, die beeinflussbar sind. In dieser Produktgruppe sind insgesamt Nettokosten von 21 Millionen eingestellt. Davon ist ein grosser Anteil nicht direkt beeinflussbar, wie die Ausgaben für die Pflegefinanzierung oder die Kostenbeteiligung an der kantonalen Jugendhilfe. Das sind in der Summe ca. 17 Millionen. Es bleiben aber rund 4 Millionen kleinere Beiträge, die beeinflussbar sind. Hier können 100'000 Franken zusätzlich eingespart werden. Damit kann ein Beitrag an die Verbesserung

der Rechnung geleistet werden. Der Antrag wurde in der Kommission angenommen. Die FDP unterstützt diesen Antrag.

B. Helbling (SP): In dieser Produktgruppen werden durch «effort 14+» Massnahmen bereits 350'000 Franken eingespart. Die 150'000 Franken, die in der zweiten Runde eingespart wurden, sind im Budget noch nicht sichtbar. Wie F. Helg bereits erklärt hat, sind in dieser Produktgruppe rund 4 Millionen beeinflussbar. Alle anderen Kosten sind gebunden. Von diesen 4 Millionen sind 2 Millionen Beiträge an die Pro Senectute und an den Läbesruum, das heisst es handelt sich um Beiträge, die mit einer Leistungsvereinbarung verbunden sind. In dieser Produktgruppe sind auch die Beiträge an MOJAWI und SUBITA enthalten, über die der Gemeinderat vor kurzem abgestimmt hat. In der SSK wurde darüber informiert, dass es schwierig ist, die 350'000 Franken einzusparen. Diese Sparmassnahmen sollen aber umgesetzt werden. Weitere Einsparungen von 100'000 Franken sind nur schwer möglich. Hier wird am falschen Ort gespart. Die SP lehnt den Antrag ab.

Stadtrat N. Galladé: Eine Runde nach der anderen – es muss immer noch mehr gespart werden. Vom Volumen her handelt es sich um eine grosse Produktgruppe. Die Ausgaben sind gestiegen. Diese Steigerung hat aber mit neuen Aufgaben zu tun, mit der Pflegefinanzierung und den Kosten im Jugendhilfebereich. Die Stadt ist Zahlerin wie alle anderen Gemeinden auch. Diese Ausgaben können nicht direkt beeinflusst werden. Der Gesamtbetrag von gut 20 Millionen ist sehr hoch. Wenn man aber die beeinflussbaren Kosten herausnimmt, dann bleiben noch 3,9 Millionen. Mit «effort 14+» müssen in dieser Produktgruppe bereits 350'000 Franken eingespart werden. Das sind fast 10 % der beeinflussbaren Ausgaben. Das wird schwierig. Wenn man weiss, dass in diesen 3,9 Millionen, die beeinflussbar sind, auch Kredite enthalten sind, die vom Gemeinderat gesprochen und teilweise an Volksabstimmungen gutgeheissen worden sind. Die Ausgaben für den Läbesruum und die Pro Senectute betragen zusammen fast die Hälfte der 3,9 Millionen. Damit ist die Rede von ca. 2 Millionen. Auch hier sind viele längerfristige Beiträge enthalten, zum Beispiel die mobile Jugendarbeit, MOJAWI und SUBITA. Damit wird es sehr schwierig 350'000 Franken einzusparen. Wenn jetzt noch 100'000 Franken hinzukommen, bekommen das die Institutionen, die unterstützt werden, zu spüren. Es handelt sich um kleine Beiträge an verschiedene Institutionen zum Beispiel an den Verein Shalom, die Frauenzentrale, die Rechtsauskunft, die Fachstelle Arbeitslosigkeit der Landeskirchen etc. Diese Beiträge können nicht von einem Jahr auf das andere gestrichen werden. Das würde keinen Sinn machen, weil es private Organisationen sind, die einen kleinen Beitrag von der Stadt erhalten. Sie bilden eine gute Ergänzung im sozialen Netz der Stadt. Wenn der Stadtrat die Kürzungen nicht realisieren kann, hat das nichts mit schlechtem Willen zu tun, sondern damit, dass die Latte zu hoch gesetzt worden ist. Die Stadt kann nicht mit gutem Gewissen den Organisationen, mit denen Verträge abgeschlossen worden sind und über lange Jahre zusammengearbeitet worden ist, einfach eine Absage erteilen. Der Stadtrat wird aber das Gespräch suchen. Ein Teil konnte bereits eingespart werden. Aber 350'000 Franken plus 100'000 Franken ist mehr als sportlich.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 100'000 mit dem Ziel Spielräume auszunutzen.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 100'000 Franken reduziert auf neu 19'514'516 Franken.

650000 Arbeitsintegration

K. Cometta (GLP/PP): Die Kommission beantragt eine Kürzung des Globalkredits um 80'000 Franken mit der Auflage Effizienzgewinne in der Organisation zu realisieren. Im ursprünglichen Antrag hiess es: Effizienzgewinn, die sich durch die Reorganisation ergeben,

sind zu realisieren. Die Arbeitsintegration wird reorganisiert. Abteilungen werden zusammengelegt und vor allem wird die Arbeitsintegration neu als Hauptabteilung unter den sozialen Diensten geführt. Es ist zu hoffen, dass damit Effizienzgewinne in den Bereichen Sekretariat und Finanzen verbunden sind. Das Zeitfenster ist ideal für die Umsetzung der Reorganisation. In der Geschäftsleitung für Arbeitsintegration stehen zwei Pensionierungen bevor. Die Stelle für die Leitung wurde im Dezember ausgeschrieben und im Frühjahr ist ein weiterer Abgang geplant. Die Organisation Arbeitsintegration ist in Bewegung, deshalb ist der Zeitpunkt optimal für Veränderungen und um Effizienzgewinne zu realisieren.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP hält am Antrag fest und beantragt den Globalkredit in dieser Produktegruppe um 108'800 Franken zu kürzen, mit dem Fokus weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

D. Berger (Grüne/AL): Kürzung von 80'000 Franken aufgrund der Reorganisation: Mit den «effort 14+» Massnahmen wurden bereits 160'000 Franken eingespart. Jetzt wird versucht, den Betrag doppelt einzusparen. Das geht nicht. Wenn man diesen Betrag nicht beim Kader einsparen kann, muss etwas anderes eingespart werden. Dann handelt es sich um eine pauschale Einsparung. Wie der pauschale Sparantrag der GLP in der Höhe von 108'800 Franken umgesetzt werden soll, ist einmal mehr unklar. Es handelt sich um Ausgaben, die praktisch alle refinanziert sind. Übrig bleiben erneut Betriebsmaterial, Porti etc. Es macht keinen Sinn in diesen Konten 20 % des Budgets einzusparen, wenn diese Kosten extern refinanziert werden.

B. Baltensberger (SP) schliesst sich dem Votum von D. Berger an.

K. Cometta (GLP/PP): Mit den «effort 14+» Massnahme werden zwei Abteilungen innerhalb der Arbeitsintegration zusammengelegt. Der Kommissionsantrag bezieht sich auf die Reorganisation. Die Arbeitsintegration wird den Sozialen Diensten unterstellt. K. Cometta ist der Meinung, dass auch im refinanzierten Bereich kostenbewusst agiert werden muss.

Stadtrat N. Galladé: Man soll auch im refinanzierten Bereich kostenbewusst agieren, das ist sicher richtig, aber man muss auch korrekt agieren. Wenn man auf der einen Seite die Aufwendungen senkt, muss man auch die Erträge senken. Damit wird es ein Nullsummenspiel. Die Stadt spart damit für den Kanton. Das kann man machen. Die Kosten bilden sich aber nicht direkt in der Stadtrechnung ab, wenn nur an einem Ort gespart wird. Soviel zum Antrag der Grünliberalen 0,6613 % einzusparen. Die Ausgaben in dieser Produktegruppe sind in einem hohen Mass refinanziert. Damit ist dieser Antrag sozusagen eine Schlaumeierei. Kürzung um 80'000 Franken: Wenn der Stadtrat in der Verwaltung etwas in Bewegung bringen will, sollte er das nicht vor der Budgetdebatte machen, weil das offenbar ein willkommener Anlass ist, das Budget zu kürzen. Die Arbeitsintegration, die bereits eine Hauptabteilung ist, wird den Sozialen Diensten unterstellt. Es sind viele Schnittstellen vorhanden. Man wird prüfen, ob eine Effizienzsteigerung möglich ist. Mit «effort 14+» wurden bereits ambitionierte Vorgaben gemacht. Wenn man die Produktegruppe differenziert anschaut, wird ersichtlich, dass es sich um einen von drei Bereichen in der gesamten Stadtverwaltung handelt, deren Kosten seit 2005 reduziert werden konnten. Zu Beginn der Legislatur musste man das Ende des Römerparks einleiten. Dadurch konnten die Kosten gesenkt werden. Im Rahmen von «effort 14+» wurden bereits 600'000 bis 700'000 Franken eingespart. Das ist ein hoher Beitrag. Jetzt kommen erneut 80'000 Franken plus die Pauschale von 108'800 Franken hinzu. Man kann nicht genau sagen, was das Fass zum Überlaufen bringen wird. Es kann auch einmal zu viel sein. Der Stadtrat wird genau prüfen, wo Optimierungen möglich sind. Man muss aber realistisch bleiben. Gewisse Massnahmen wurden bereits umgesetzt, indem Stellen, auch Kaderstellen, nicht besetzt und Abteilungen zusammengelegt wurden. Es ist eine schlechte Belohnung, wenn jetzt noch mehr Kürzungen befürwortet werden. Eine eingesparte Kaderstelle kann nicht noch ein zweites und drittes Mal eingespart werden. Diese Massnahmen wurden zum Teil bereits umgesetzt, noch bevor der Gemeinderat seine Anträge unterbreitet hat, um die Steuererhöhung zu verhindern. Die Vorgaben in dieser Produkte-

gruppe sind sehr ehrgeizig. Der Stadtrat ist bereits auf einem guten Weg. Stadtrat N. Galladé bittet die Ratsmitglieder, das Fuder nicht zu überladen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 80'000 mit der Auflage Effizienzgewinne in der Organisation zu realisieren.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 108'800. Weniger Anschaffung Mobili-
en, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Prio-
risierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total ef-
fektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 188'800 Franken reduziert auf
neu 1'968'543 Franken.

710000 Stadtwerk

B. Meier (GLP/PP): Die GLP beantragt die Kürzung des Globalkredits um CHF 500'000 zu Gunsten der Betriebsreserve. Weil es keine steuerfinanzierte Produktgruppe ist, kommt das einer Minderbelastung der Betriebsreserven um 500'000 Franken gleich. Abgeleitet vom An-
satz von 0,6631 % hat die GLP das Budget mit Augenmass geprüft und ist zum Schluss ge-
kommen, dass bei Stadtwerk ca. ein Drittel dieser Kürzung angemessen wäre, obwohl das
nicht den steuerfinanzierten Bereich betrifft. Die GLP stellt diesen Antrag aus einem einfa-
chen Grund: Wenn die Stadtverwaltung im steuerfinanzierten Bereich überall den Gürtel en-
ger schnallen muss, soll auch der gebührenfinanzierten Bereich geprüft werden, damit die
Spiesse nicht ganz ungleich lang werden. Stadtwerk hat im Voranschlag 2014 einen Sach-
aufwand von 31 Millionen budgetiert und einen übrigen Betriebsaufwand von 9 Millionen,
zusammen sind das 40 Millionen. Gegenüber dem Voranschlag 2013 sind die Ausgaben um
1 Million gestiegen. Der Anstieg dieses Aufwandes soll auf eine halbe Million begrenzt wer-
den. Aus diesem Grund stellt die GLP diesen Kürzungsantrag von 0,5 Millionen. Der Kür-
zungsantrag, der die Betriebsreserven betrifft, kann den Massnahmen des Stadtrates ge-
genübergestellt werden. Er will die Betriebsreserven von Stadtwerk pauschal um 950'000
Franken reduzieren. Mit dem Kürzungsantrag der GLP wird die Belastung der Betriebsreser-
ven ungefähr halbiert. B. Meier dankt für die Zustimmung.

Stadtrat M. Gfeller stellt einen Ordnungsantrag. Der Referent der BBK für Stadtwerk soll
auch den Beschluss der BBK vortragen. In der BBK wurden zwei Beschlüsse gefasst: Auf
der einen Seite hat sie entschieden, dass die ganze Vergütung von Stadtwerk im steuerfi-
nanzierten Bereich neu geregelt wird. Das ist eine referendumsfähige Vorlage. Damit hatte
die BBK die Möglichkeit die Finanzströme von Stadtwerk im steuerfinanzierten Bereich zu
regeln. Der Antrag der GLP hat direkt nichts damit zu tun. Stadtrat M. Gfeller bittet die Rats-
mitglieder, die Sicht von Stadtwerk und die Sicht der Mitarbeitenden, die gute Arbeit leisten,
zu berücksichtigen. Das Globalbudget beträgt Null Franken. Über die Betriebsreserven ist in
der BBK nicht diskutiert worden. Es ist nicht richtig, dass ein Referent einen Antrag stellt,
wenn die BBK einstimmig etwas anderes beschlossen hat.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Es handelt sich um einen Antrag der GLP, nicht um einen
Kommissionsantrag.

Stadtrat M. Gfeller: Die BBK hat einstimmig ein anderes Budget beschlossen. Der Referent soll zuerst sagen, was die BBK beschlossen hat. Wenn danach ein anderer Antrag gestellt wird, soll dieser von einer anderen Person aus der Fraktion vertreten werden, nicht vom Kommissionsreferenten.

B. Meier (GLP/PP) hat den Antrag im Namen der Fraktion gestellt. Es ist üblich, dass die stadträtliche Vorlage, die im Rahmen des ordentlichen Voranschlags und des Novemberbriefs in den Kommissionen behandelt worden ist, und dabei nicht auf Widerspruch gestossen ist, das heisst es wurden keine entsprechenden Anträge gestellt, weder im Drehbuch steht noch gross im Rat verhandelt wird. Der Referent muss auch nicht in irgendeiner Form dazu Stellung nehmen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier gibt dem Referenten Recht. Es wäre etwas anderes, wenn ein Kommissionsantrag gestellt würde. Dann müsste der Kommissionsantrag vom Referenten begründet werden. Es gibt aber keinen Kommissionsantrag.

Stadtrat M. Gfeller: Die Kommission hat beantragt, dass das stadträtliche Budget angenommen werden soll. Wenn der Referent einen anderen Antrag vertritt, ist das ein Widerspruch in sich, den der Referent selber produziert hat.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier sieht das anders. Es ist zudem nicht ganz klar, was Stadtrat M. Gfeller genau beantragt.

Stadtrat M. Gfeller verzichtet auf eine Abstimmung. Im Namen der BBK müsste der Referent erklären, dass der Antrag der GLP abzulehnen ist. Weil sich die beiden Anträge widersprechen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: B. Meier hat den Antrag als Mitglied der GLP gestellt nicht als Referent der BBK.

Stadtrat M. Gfeller: Die Art und Weise wie das Parlament mit den Kommissionsanträgen umgeht, ist eine Frage von Treu und Glauben. Stadtrat M. Gfeller erwartet, dass ein Beschluss der Kommission vom Referenten oder dem Kommissionspräsidenten vertreten wird. Er erwartet, dass die Position der Kommission im Rat verteidigt wird. Wenn das nicht der Fall ist, muss Stadtrat M. Gfeller zu diesem Mittel greifen. Ein Kommissionsreferent kann sich nicht einfach darauf kaprizieren nur den Parteiantrag zu stellen. Das findet Stadtrat M. Gfeller nicht fair. Die Aufgaben im Rat sind verteilt und es gibt Kommissionsreferenten, die für einen Beschluss der Kommission einstehen müssen. Stadtrat M. Gfeller erwartet vom Parlament, dass die Kommissionsreferenten für die Entscheide der Kommission einstehen. Wenn ein anderer Antrag gestellt wird, der nicht in der Kommission beraten worden ist, müsste die Kommission darüber beraten. Es wäre eine Frage des politischen Comment, dass nicht der Kommissionsreferent den Antrag vertritt. Diese Praxis hat Stadtrat M. Gfeller seit 1986 miterlebt. Das was jetzt passiert, hat er noch nie erlebt. Jemand anderes aus dieser Partei könnte die Grösse haben und diesen Antrag stellen.

Ch. Kern (SVP): Dieser Vorgang ist absurd. Die GLP hat einen Antrag gestellt. Es ist egal welches Mitglied dieser Partei den Antrag stellt, ob jemand Mitglied der BBK ist oder nicht. Es ist naheliegen, dass ein Kommissionsmitglied den Antrag stellt, jemand der bei den Beratungen dabei war und über das entsprechende Hintergrundwissen verfügt. Dass man jetzt versucht, das Mitglied der Partei mundtot zu machen oder abzuwürgen und sogar mit Loyalitätsvorwürfen eindeckt, ist absurd. Über diesen Antrag GLP wird der Gemeinderat abstimmen. Es kann auch ein anderes Mitglied der GLP einen Antrag stellen. Das würde nichts ändern. Was jetzt vor sich geht – Stadtrat M. Gfeller soll die Formulierung entschuldigen – ist eigentlich absurd und ein Theater. Es ist klar, dass in den Kommissionen das Budget besprochen wurde. In anderen Jahren hat die SP nach der Kommissionsabstimmung noch Anträge gestellt. In diesem Jahr sind es andere Parteien. Der Gemeinderat kann über das Budget abstimmen. Es ist egal, wer in welcher Kommission ist. Wer einen Antrag stellen will,

kann das machen. Es ist sonderbar, dass jetzt versucht wird, die GLP mundtot zu machen, nur weil einem die Anträge nicht passen.

L. Bannholzer (EVP): Die EVP lehnt die Kürzung des Globalkredit ab. Dieser Antrag ist nicht budgetrelevant, zudem hat der Rat über die Vergütungen abgestimmt. Es gibt keine Notwendigkeit die Betriebsreserven aufzustocken. Wenn es Stadtwerk für nötig erachtet, die Reserven zusätzlich zu äufnen, liegt das in der Verantwortung von Stadtwerk.

J. Altwegg (Grüne/AL) kann es der GLP nicht verdenken, dass sie gerne im Stadtrat mitreden möchte. Es gibt aber Kompetenzen, die beim Gemeinderat liegen und Kompetenzen, die beim Stadtrat liegen. Im Beschlussteil der Produktegruppe Stadtwerk stehen im Soll 0 Franken. Die GLP will von dieser Null noch eine halbe Million einsparen. Mehr muss man nicht sagen.

F. Landolt (SP) betont, dass das Rechenbeispiel von 0,6631 % bei einem Globalkredit von 0 Franken nicht funktioniert. Deshalb musste die GLP etwas anderes erfinden. Mit diesem Mechanismus sollen in der Produktegruppe Stadtwerk, im gebührenfinanzierten Bereich, die Betriebsreserven aufgestockt werden. Das ist unverständlich.

B. Meier (GLP/PP): Was für die Betriebsreserven relevant ist, das ist auch budgetrelevant. Es betrifft zwar nicht direkt den steuerfinanzierten Bereich aber es ist Budgetrelevant. In allen Profitcentern sind die Betriebsreserven relevant. Im Budget 2014 sind Massnahmen enthalten, die die Betriebsreserven in ausserordentlicher Art und Weise betreffen. Um diesen Mechanismus geht es. Es geht nicht darum, die Betriebsreserven aufzustocken. Es geht darum, dass Stadtwerk die Sachkosten genauso überprüft, wie die anderen Verwaltungsbereiche. Damit werden die Betriebsreserven um 500'000 Franken weniger belastet.

F. Landolt (SP): Natürlich geht es um die Sachkosten. Aber es ist der gleiche Mechanismus. Irgendwelche Sachkonten werden summiert und es wird nicht genau geprüft was diese enthalten. Die SP will wissen was genau eingespart werden soll.

B. Meier (GLP): 0,6631 % vom Gesamtaufwand von Stadtwerk Winterthur ergibt 1,6053 Millionen. In der Fraktion wurde der Antrag diskutiert – vor allem die Grössenordnung der Sachkosten. Dabei wurde geprüft, welche Sachkosten automatisch entstehen, wenn zum Beispiel Wasser- oder Gasrohre verlegt werden. Die GLP ist zum Schluss gekommen, dass, wenn man die Kostenentwicklung der Vorjahre überprüft, eine Einsparung von 500'000 Franken angemessen ist. Diese Kürzung wird von der GLP zugunsten der Betriebsreserven beantragt. Das ist genau das was der Gemeinderat steuert. Es sind nicht die einzelnen Sachkostenpositionen.

Stadtrat M. Gfeller stellt fest, dass die GLP beantragt, die Betriebsreserven zu schonen. Das kann der Rat beantragen. Das war aber nicht die Absicht der BBK. Im Prinzip ist es bei WOV so, dass immer ein Pendant vorhanden ist. Im Beschlussteil ist in Bezug auf die Strompreise festgelegt, dass die Preise statt bei 92 % bei 95 % des Durchschnitts von acht grossen Schweizer Städten liegen sollen. Damit liegen die Strompreise noch immer unter dem Durchschnitt. Bei der Kehrichtverbrennung liegt Winterthur ganz leicht über dem Durchschnitt. Die Verzinsung der neuen Kehrichtverbrennungsanlage kostet Geld. Die Gaspreise liegen bei 92 % des Durchschnitts und die Wasserpreise bei 75 %. Die Wasserpreise sind sehr günstig, weil das Wasser aus dem Tösstal nicht aufbereitet werden muss. Diese Zahlen müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Man kann zwar erklären, dass bei den Sachkosten gespart werden muss. Stadtrat M. Gfeller ist nicht der Meinung, dass er Stadtwerk so detaillierte Vorgaben machen kann. Der Gemeinderat beschliesst ein Globalbudget. Wie soll bei den Sachkosten gespart werden? Man kann weniger Schutzkleidung oder billigeres Kupfer für die Leitungen einkaufen. Das wäre aber nicht angemessen. Es wäre alles andere als eine strategische Entscheidungsfindung. Deshalb findet Stadtrat M. Gfeller diesen Antrag nicht gut. Es wäre ein falsches Zeichen gegenüber Stadtwerk. Stadtrat M. Gfeller kündigt an, dass die Gaspreise erhöht werden müssen, weil die CO₂-Abgabe erhöht wird. Stadtwerk wird die-

se Kosten weitergeben. Es ist auch die Idee einer CO₂-Abgabe, dass die Kundschaft das spürt. Wenn es darum geht einen Rappen auf- oder abzurunden, wird sich Stadtrat M. Gfeller sicher daran erinnern, dass die GLP gesagt hat, dass die Betriebsreserven geschont werden müssen. Die Betriebsreserven könnten durchaus dazu genutzt werden Preisschwankungen für eine gewisse Zeit auszugleichen. Das kann unter Umständen einen Einfluss haben.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 500'000 zu Gunsten der Betriebsreserve.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Saldo bleibt bei null.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Vor der Essenspause möchte die Ratspräsidentin die Funktion der Kommissionsreferenten klarstellen. Wenn die Kommission ein Budget in der betreffenden Produktgruppe grundsätzlich angenommen hat, wird im Rat nicht darüber diskutiert. Falls eine Kommissionsmehrheit eine Änderung in einer Produktgruppe wünscht, wird ein Kommissionsantrag gestellt. Dieser würde vom Referenten oder der Referentin gestellt. Das war in dieser Produktgruppe nicht der Fall, es gab keinen Kommissionsantrag. Deshalb hatte der Kommissionsreferent in diesem Sinne keine Aufgabe. Der Antrag, den B. Meier gestellt hat, ist ein Fraktionsantrag.

732000 FinöV Stadt

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt den Antrag den Globalkredit der Produktgruppe FinöV Stadt um 118'300 Franken zu kürzen.

L. Banholzer (EVP): Die EVP lehnt diese Kürzung ab. In den avisierten Konten sind im Voranschlag lediglich 70'000 Franken eingesetzt. Damit wird auch hier mehr gekürzt als vorhanden ist. Der grösste Teil der restlichen Kosten in dieser Produktgruppe betreffen Zahlungen an den ZVV. Diese können nur mit einer Reduktion von Haltestellenabfahrten beeinflusst werden. Das würde eine Reduktion der Dienstleistungen im öffentlichen Verkehr mit sich bringen. Das will die EVP nicht ohne Not auf sich nehmen. Sie lehnt den Antrag ab.

F. Landolt (SP) schliesst sich dem Votum an. Die SP lehnt diesen Antrag ebenfalls ab. Man hat die Argumentation gehört. Die Kürzungsanträge der Gegenseite werden ohne Argumente vorgebracht. Sie werden emotionslos gestellt, als ob es um nichts gehen würde.

Stadtrat M. Gfeller: Im Konto 731000 Stadtbuss ist ein Globalkredit von 0 Franken eingestellt. Hier gilt die Regelung, wer zahlt befiehlt. Der ZVV bezahlt und kann auch bestimmen wofür das Geld ausgegeben werden soll. Deshalb ist es klug, dass niemand einen Antrag gestellt hat. Die Produktgruppe 732000 FinöV Stadt unterscheidet sich nicht gross von der Produktgruppe Stadtbuss. Grundsätzlich bestimmt der ZVV sehr viel. Der grösste Posten im Konto 732000, Beiträge an den öffentlichen Verkehr, sind die Beiträge, die die Stadt, gestützt auf das kantonale Personenverkehrsgesetz, als Gemeinde dem ZVV schuldet. Die Höhe der geschuldeten Beiträge bemisst sich primär aufgrund der Haltestellenabfahrten. Der ZVV kennt ein zweijähriges Fahrplanverfahren. Vor den Sommerferien 2013 wurde der Fahrplan für 2014 und 2015 beschlossen. Der ZVV bestellt die Leistungen bei Stadtbuss Winterthur. Damit ist der grösste Teil des Globalbudgets bereits definiert. Wenn man die Produktgruppe FinöV Stadt nachhaltig beeinflussen will, müssen Haltestellen gestrichen werden. Bekanntlich hat die Stadt zwar keine Haltestellen gestrichen, aber es werden gewisse Haltestellen nicht mehr von den Bussen bedient, die von Neftenbach, Seuzach oder Wiesendangen in die Stadt Winterthur fahren. Das ist eine minime Einbusse und betrifft ausschliesslich die Überlandlinien, beispielsweise die Linie Seuzach – Winterthur. Die Busse halten nur noch an den

Haltestellen Rosenberg und Kantonsspital. Damit können ca. 100'000 Franken zugunsten der Stadtkasse eingespart werden. Der Stadtrat wollte noch mehr sparen. Der ZVV hat bereits vor den Sommerferien klar Nein gesagt, zudem wurde Opposition aus einzelnen Quartieren laut. Stadtrat M. Gfeller hat zwei Quartiere besucht. Diese Entscheide wurden bereits gefällt. Die Kostenbeiträge werden zudem nicht unbedingt durch die Politik in Winterthur beeinflusst, sondern vor allem durch die kantonale Politik. Bereits 1995 hat die Stadt Winterthur 12 Millionen in den Topf des ZVV bezahlt. Wenn man annimmt, dass diese Ausgaben 100 % entsprechen, ist der Beitrag bis kurz nach der Jahrtausendwende auf fast 50 % gesunken. Weil aber die Fahrleistungen in der Stadt Winterthur stark ausgebaut wurden, liegt die Stadt jetzt bei ca. 111 % des Ursprungsniveaus von 1995. Stadtbuss ist damit etwas günstiger als die Teuerung in dieser Zeit. Die Prognose des ZVV bis ins Jahr 2017 liegt bei ca. 120 %. Diese Zahlen sind vor allem bedingt durch die Limmattalbahn. Diese Leistungen werden nach dem kantonalen Verteilschlüssel über den ganzen Kanton verteilt. Die Stadt Winterthur muss nach diesen Spieregeln ihren Beitrag leisten. Es ist schräg, wenn von diesem Beitrag einfach die 0,6631 % abgezogen werden, die bei den Sachkosten eingespart werden sollen. Die Sachkosten in dieser Produktgruppe sind bedingt durch Buslinien wie die Buslinie 11. Vor drei Jahren hat der Gemeinderat beschlossen, dass für diese Buslinie, die durch das Tössfeld in die Steig fährt, etwas mehr Geld zur Verfügung stehen soll. Selbstverständlich werden auch Sachkosten verursacht. Die Busse fahren nicht ohne Diesel. Stadtrat M. Gfeller möchte beliebt machen, dass dieser Antrag, der zu erheblichen juristischen Problemen mit dem ZVV führen könnte, zurückgezogen oder abgelehnt wird.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 118'300. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 118'300 Franken gekürzt und beträgt neu 16'005'384.

745000 Forstbetrieb

H. Keller (SVP): Stellt im Produkt 2, nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen, der Produktgruppe Forstbetriebe, folgenden Antrag, der in der Kommission gutgeheissen wurde: Reduktion der Nettokosten um CHF 200'000 von 2'707'757 Franken auf 2'507'757 Franken. Begründung: In der Leistungsmenge wird die Jungwaldpflege von 68 ha um einen Drittel auf 45 ha reduziert. Das sind 23 ha weniger. Die Sicherheitsholzerei wird von 2012 auf 2013 um die Hälfte, von 8 auf 4 reduziert. Bei den Leistungen, Planung, Forstanlagen und Erholungsanlagen ist kein Ausbau in Sicht. Die SVP-Fraktion ist erleichtert, dass Pfungen den Wald nicht an die Winterthurer Forstbetriebe übergibt. Es ist gegenüber privaten Unternehmen sehr heikel, dass Winterthur diesen Unternehmen Konkurrenz macht. Der Forstbetrieb wird mit Steuergeldern subventioniert. Die SVP wird weiterhin ein Auge auf das Projekt „Zusammenlegung der Betriebsstützpunkte zwecks Effizienzsteigerung“ halten. Die BBK hat diesem Antrag mit 5 zu 4 Stimmen zugestimmt.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt den Antrag beim Forst 41'700 Franken einzusparen in den Kostenstellen Anschaffung Mobilien, Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie durch die Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. H. Keller hat aufgelistet was im Forstbetrieb anfällt. Die Jungwaldpflege wurde tatsächlich reduziert. Es gibt

aber andere Arbeiten, die aufwändiger sind – zum Beispiel der Wildpark Bruderhaus. Die Familien in Winterthur zählen darauf, dass der Wildpark attraktiv bleibt. R. Werren, die im Publikum sitzt, war lange Zeit für die FDP im Rat und hat sich für den Wildpark eingesetzt. Es würde der FDP gut anstehen, diesen Antrag nicht zu unterstützen. Es sind ungefähr 10 %, die der Forst im neuen Jahr weniger ausgeben soll. 10 %, das ist kein Pappenstiel. Die Leistungen müssen spürbar reduziert werden. Zu den Aufgaben des Forstbetriebes gehören auch Umweltbildung, Exkursionen, Führungen und Vorträge. Es geht darum den Kindern den Wald näher zu bringen. Das bedeutet auch Umweltschutz. J. Altwegg erinnert die GLP an das G im Namen der Partei. Wenn es um die Sicherheitsholzerei geht, kann man nicht einfach zuwarten bis ein Unglück passiert. Diese Leistungen dürfen nicht abgebaut werden. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt beide Anträge ab.

K. Bopp (SP) Es gibt gute Gründe für die Schwankungen bei der Jungwaldpflege und der Sicherheitsholzerei. Bei der Jungwaldpflege rühren diese daher, dass Kantonsbeiträge ausbezahlt werden, die nicht immer gleich hoch sind. Es gibt einen Indikator für die Anzahl Sicherheitsholzschnitte, dieser sagt aber nichts darüber aus, wie gross diese Holzschnitte sind. Sie können grösser oder kleiner sein. Das sind alles Aspekte, die einfach zu verstehen sind. Die Schwankungen können begründet werden. Die SVP scheint das nicht zu interessieren. K. Bopp irritiert die Faktenresistenz der bürgerlichen Seite. Die SP lehnt den Antrag ab. Der Antrag der GLP ist klassisch und zeigt die Sinnlosigkeit dieser Anträge exemplarisch. Der Forstbetrieb muss zurzeit die gebundenen Kosten einer Sanierung verzinsen. Das erhöht den Bruttokredit. Mit dem Sparantrag wird der Forstbetrieb dafür bestraft, dass er Zins entrichten muss. Dieser Sparantrag ist sinnlos, irrational und ideologisch. Der Forstbetrieb hat keine Anschaffungen von Mobilien und keine Informatikprojekte budgetiert. Sparen bei der Sicherheit kommt sicherlich auch für die bürgerliche Ratsseite nicht in Frage. Davon geht K. Bopp aus. Die Sicherheitsbekleidung ist für Forstarbeiter notwendig. Die Sachkosten dort zu reduzieren, wo sie zu einer Ertragssteigerung beitragen, macht keinen Sinn. Schlussendlich müsste der Forstbetrieb bei den Tieren im Wildpark sparen. Es gäbe keinen zweiten Luchs und möglicherweise müssten gewisse Gehege geschlossen werden. Das ist die Realität. K. Bopp sieht keine anderen Möglichkeiten für Einsparungen. Die SP lehnt die Anträge ab.

L. Banholzer (EVP): Diese Kürzungen schiessen über das Ziel hinaus. Der Ansatz, aufgrund der gepflegten Jungwaldfläche und der Sicherheitsholzerei darauf zu schliessen, dass man 200'000 Franken weniger braucht, ist mehr als Handgelenk mal Pi. Darum lehnt die EVP diese Kürzung ab.

W. Langhard (SVP): Die SVP will 200'000 Franken sparen. Der Antrag wurde in der Kommission gestellt. Stadtrat M. Gfeller hat zwei Tage später per Mail geschrieben, dass 100'000 Franken eingespart werden könnten. Er hat relativ schnell herausgefunden, dass man 100'000 Franken einsparen könnte. Die SVP will aber 200'000 Franken einsparen. W. Langhard ist überzeugt, dass Einsparungsmöglichkeiten für die nächsten 100'000 Franken ebenfalls gefunden werden können. Die Ratsmitglieder können Mitglied des Wildparkvereins werden und den Wildpark unterstützen. Das empfiehlt W. Langhard dem Gemeinderat. Der Wildpark braucht dann weniger Geld von der Stadt.

H. Keller (SVP): Seit Jahren verlangt die SP, dass die SVP sagen soll, wo die Stadt sparen soll. Im Budget des Forstbetriebs ist aufgeführt, dass nicht mehr 68 km Waldrand jedes Jahr abgeholzt werden müssen, sondern nur die Hälfte. Damit kann Geld eingespart werden. Es ist klar, dass kein Amt deshalb auch das Budget reduziert. Die SVP will aufgrund der Leistungsreduktion auch das Budget reduzieren. Wenn weniger nicht verrechenbare Arbeit geleistet wird, haben die Mitarbeitenden mehr Zeit, um verrechenbare Arbeit zu leisten. Das gibt Geld. Deshalb kann hier klar gespart werden. Nach dem Antrag in der Kommission hat Stadtrat M. Gfeller ein Mail versandt und erklärt, dass es möglich ist 100'000 Franken zu sparen. Deshalb muss man jetzt nicht so tun, als ob das ein Weltuntergang wäre.

Stadtrat M. Gfeller: Im Gegensatz zu den Anträgen bei Stadtwerk ist hier die Behandlung in der BBK transparent. Die 100'000 Franken, die der Stadtrat angeboten hat, bedeuten das

äusserste Limit. Der Forstbetrieb hat geprüft, was sich machen lässt. Sicher kann man immer noch mehr und noch mehr einsparen. Stadtrat M. Gfeller hätte gerne seine Position in der BBK vertreten. Er war aber nicht eingeladen. Das tut ihm Leid, er nimmt das so zur Kenntnis. Wenn man bei der Jungwaldpflege noch mehr einsparen will, ist das nicht unbedingt nachhaltig. Man kann jeden Jungwald drei, vier oder fünf Jahre sich selber überlassen. Das wird sich irgendwann rächen. Der Aufwand ist dann umso grösser. Man könnte mehr holzen und das Holz als Holzschnitzel verbrennen. Das hat der Forstbetrieb durchaus im Sinn. Er würde aber lieber etwas zu warten, bis die Holzpreise steigen. Die sind international nicht sehr hoch. Das Holz, das als Schnitzelholz in Winterthur verbrannt wird, kann Einnahmen generieren. Wenn man das umsetzen will, kann nicht gleichzeitig bei den Sachkosten gespart werden. Wenn der Forstbetrieb gezwungen wird 10 % des Budgets in einem Jahr einzusparen, werden diese Einsparungen nicht bei der Sicherheit erfolgen und auch nicht bei der Holzwirtschaft, die Erträge generiert. Damit werden die Einsparungen nicht spurlos am Wildpark vorbeigehen. Der Wildparkverein leistet sehr viel ehrenamtliche Arbeit. Der Wildpark benötigt zum Beispiel immer wieder einen Tierarzt. Das sind Dienstleistungen Dritter. Zudem muss Tierfutter eingekauft werden. Mit den 100'000 Franken ist der Stadtrat an die Grenze gegangen. Wenn der Gemeinderat diese Grenze überschreitet, kann der Stadtrat nicht versprechen, dass es nicht auch Bereiche trifft, die den Leuten ans Herz gehen. Stadtrat M. Gfeller dankt für die Kenntnisnahme.

W. Langhard (SVP): In der Regel spricht man nicht nach dem Stadtrat. Aber W. Langhard muss nachhaken, was Pfungen anbelangt. Er will wissen, ob der Forstbetrieb tatsächlich mehr Leute eingestellt hätte, wenn die Stadt den Wald von Pfungen übernommen hätte. Diese Sache geht nicht ganz auf. W. Langhard ist der Ansicht, dass der Forstbetrieb nicht mehr Leute eingestellt hätte. Damit bleibt genügend Luft, um zu sparen. Wenn die Stadt mehr Leute benötigt hätte, dann wäre das der falsche Weg gewesen. Die SVP ist froh, dass die Stadt den privaten Betrieben die Arbeit nicht wegnimmt.

Stadtrat M. Gfeller: Die Stadt hat lange mit Pfungen verhandelt. Der SVP dominierte Gemeinderat von Pfungen hat diese Übernahme gewünscht. Die Stadt hat der Gemeinde Pfungen ein sehr differenziertes Angebot gemacht. Der Gemeinderat von Pfungen hätte damit die Waldbewirtschaftung nicht einfach aus der Hand gegeben. Er hätte Leistungen bestellt, die etwas mehr als kostendeckend verrechnet worden wären. Das wäre ein willkommener Kostendeckungsbeitrag für den Forstbetrieb Winterthur gewesen. Die Stadt hätte einen oder zwei Lehrlinge übernommen, die mit den zusätzlichen Einnahmen von Pfungen hätten bezahlt werden können. Es wäre eine sinnvolle Sache gewesen. Die Gemeindegrenzen sind im Wald nicht sichtbar. Es spielt keine Rolle, ob die Arbeit von einem Förster erledigt wird, der von Winterthur angestellt ist oder von Pfungen. Zwei Förster, die jetzt für Winterthur arbeiten, haben ihre Lehre in Pfungen absolviert und kennen den Wald von Pfungen sehr gut. Wenn man das Know-how nicht ausschöpft, macht man einen Fehler. Es wäre für die Stadt Winterthur mehr als kostendeckend gewesen. Der Kostendeckungsgrad hätte ca. 105 oder 108 % betragen. Stadtrat M. Gfeller respektiert den Volksentscheid von Pfungen, das ist klar. Es ist aber bedauerlich, dass die Synergien nicht genutzt werden.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Reduktion um CHF 200'000, mit dem Ziel der Verkleinerung der gepflegten Flächen.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 41'700. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektiven Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 241'700 Franken auf neu 2'263'954 Franken reduziert.

750000 Stadtgärtereie

K. Bopp (SP): Die Kommission stellt den Antrag den Globalkredit um 400'000 Franken zu kürzen. Zurück auf den Stand 2011 heisst die Devise der SVP, die den Antrag in der Kommission gestellt hat. Der Antrag wurde mit 5 zu 4 Stimmen angenommen. Die SVP sieht Sparpotential bei diversen Projekten. Eines davon ist die 750 Jahr Feier der Stadt. Im Weiteren soll beim Grünflächenmanagement, bei der Parkpflege, den Blumenbeeten und der Platzgestaltung gespart werden. Die Vergabe der Unterhaltsarbeiten an Externe soll geprüft werden. Die Kommission hat dem zweiten Antrag der SVP ebenfalls zugestimmt: Verpflichtungskredite, Eulachpark, Umsetzung: Streichung des Betrages von CHF 700'000 aus dem Programm 2014. Spätere Fertigstellung möglich. Damit kann die vierte Etappe des Eulachparks um 4 Jahre verschoben werden. Die SVP ist der Ansicht, dass die vierte Etappe noch nicht realisiert werden soll. Die Halle, die auf dem Gelände steht, wird noch vom Gewerbe genutzt. Das Gewerbe kann nicht so schnell einen Ersatz finden. Die GLP stellt den Antrag, den WOV-Indikator zu ändern. Der Prozentsatz der naturnah, extensiv gepflegten Flächen soll von 26 auf 30 % erhöht werden. Der Antrag wurde mit 9 zu 0 Stimme angenommen.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt den Antrag 134'800 Franken in der Produktgruppe Stadtgärtereie einsparen, aus den gleichen Gründen wie bei den anderen Anträgen.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Stadt Winterthur ist ein Betrieb mit rund 3'000 Angestellten. In diesem speziellen Fall geht es um die Stadtgärtereie, die Stellen anbietet für die kein Hochschulabschluss notwendig ist. Das ist in diesem Zusammenhang wichtig. J. Altwegg zeigt einen Rückblick ins Jahr 1996. Damals arbeiteten rund 106 Angestellte in der Stadtgärtereie. Der neue leitende Angestellte der Stadtgärtereie hatte sich zum Ziel gesetzt, die Arbeit besser und effizienter zu organisieren. Innerhalb von wenigen Jahren wurde der Personalbestand auf 86,4 Stellen abgebaut. Er hat bewiesen, dass das geht und hat einen Effizienzgewinn realisiert. Ab dem Jahr 2000 hat die Stadtgärtereie neue Aufgaben erhalten, der Eulachpark muss gepflegt werden, der Laubholzbockkäfer muss bekämpft werden etc. Das sind Arbeiten, die getan werden müssen. Mit all diesen Aufgaben müsste die Stadtgärtereie eigentlich auf 107 Stellen aufgestockt werden, damit die Arbeit mit der gleichen Effizienz erledigt werden kann. Das war aber nicht der Fall. Die Stadtgärtereie kommt mit gut 95 Stellen aus. Damit werden über 10 Stellen eingespart. Damit ist bewiesen, dass effizient gearbeitet wird. Für diesen guten Willen soll die Stadtgärtereie abgestraft werden, indem das Globalbudget gekürzt wird. Damit sendet man das Signal an die leitenden Angestellten der Stadt Winterthur, dass es egal ist, wie viel Mühe sie sich geben, das Budget wird so oder so gekürzt. Das kann es nicht sein. Der Gemeinderat muss differenzierter vorgehen. Die pauschale Geschichte der GLP, die mit dem Rasenmäher einfach 0,6631 % kürzen will, das sind bei der Stadtgärtereie 134'800 Franken, ist auch in dieser Produktgruppe schwierig umzusetzen. Die vierte Etappe des Eulachparks soll verschoben werden. Im Gemeinderat wurde erklärt, dass der Volkswille respektiert werden muss. Über den Eulachpark wurde abgestimmt. Das Volk hat dem Bau zugestimmt und zwar allen vier Etappen. Das Volk jetzt einfach warten zu lassen, ist nicht statthaft. Die Stadt muss das realisieren, was sich das Volk gewünscht hat.

W. Langhard (SVP): Der Globalkredit soll um 400'000 Franken gekürzt werden auf 12'025'858 Franken. Der Nettoglobalkredit 2010 betrug rund 11 Millionen und 2011 betrug er 12'019'979 Franken. Die SVP will den Globalkredit auf das Niveau von 2011 reduzieren. Für das Jahr 2014 sind 12'425'858 Franken vorgesehen. Die Kürzung um 400'000 Franken entsprechen 3,2 % des Globalkredits. Man kann bei verschiedenen Projekten Einsparungen realisieren. Ein Projekt betrifft den Blumenschmuck und andere Arbeiten für die 750 Jahr Feier. Das Budget für die Feier beläuft sich auf 1,5 Millionen. Hier müssten Einsparungen

Platz haben. Das Grünflächenmanagement kann optimiert werden. Es gibt einen Leitfaden zur Weiterentwicklung der Gartenstadt, der schrittweise umgesetzt werden soll. Die SVP steht hinter der Gartenstadt. Sie glaubt aber nicht, dass sie verloren geht, indem gespart und in die Grün- und Erholungsräume etwas weniger Geld, beziehungsweise weniger Zeit investiert wird. In den letzten Jahren sind einige Parks mit viel Geld erneuert und verschönert worden. Auch der Eulachpark, der vom Volk gut angenommen worden ist. Die dritte Etappe ist ausgeführt. Zur dritten Etappe gehört die Kunst am Bau. Es handelt sich um eine Eisenschildkröte, die man leider nicht gut sieht, vor allem wenn die Blumenwiese wächst. Das findet die SVP unsinnig, damit wurde Geld hinausgeworfen.

Im Weiteren ist die Allee W. Langhard aufgefallen. Wenn man auf der St. Gallerstrasse von Rätterschen her Richtung Winterthur fährt, beginnt bereits vor dem Bahnhof Hegi eine Allee mit Säuleneichen, die neu gesetzt worden ist. Die Bäume mussten intensiv gewässert werden. Einige Bäume sind bereits abgestorben. Die Allee wurde neu bestückt, die abgestorbenen Bäume wurden ersetzt. Eine wunderbare Baumallee wurde bis fast zur Kehrlichtverbrennungsanlage gepflanzt. Die Säuleneiche kostet ca. 3'000 Franken und gehört damit zu den teuersten Bäumen. Zudem kommt sie nicht aus der Schweiz, das trifft auch auf die Bäume an der Allee in Neuhegi zu. Es sind nicht Bäume von hier. Wahrscheinlich werden sie weniger vom Laubholzbockkäfer befallen, damit kann die Stadtgärtnerei sparen. Die SVP ist der Meinung, dass die Stadtgärtnerei auf grossem Fuss lebt und viel Geld investieren kann. Sie kann, ohne dass bei den Mitarbeitenden gespart wird, einiges zurückfahren. W. Langhard weiss nicht warum so viele Alleen gepflanzt werden und in welchem Projekt diese versteckt sind. Es ist aber noch Speck vorhanden. Die Stadtgärtnerei kann gut reduzieren.

K. Bopp (SP): Die Wahl der Jahre 2011 und 2012 als Referenzjahre ist ziemlich willkürlich und unsinnig. Seither haben sich die Aufgaben und Leistungen der Stadtgärtnerei massiv erhöht. Das hat J. Altwegg eindrücklich aufgezeigt. Die Effizienz konnte gesteigert werden. Die erwähnten Projekte für die 750 Jahr Feier bieten leider nicht das gewünschte Sparpotential. Es sind keine grossen Investitionen vorgesehen. Es handelt sich hauptsächlich um Leistungen in Form von Arbeitsstunden. Das Grünflächenmanagement an sich verursacht kaum Kosten, es dient der Optimierung der Parkpflege. Hier kann man vielleicht etwas einsparen, indem man die Grünflächen weniger pflegt. Die Blumenbeete können zwar weggespart werden. Es werden aber lediglich drei Blumenbeete als Wechselflora betrieben. Das kostet weniger als 50'000 Franken. Die Vergabe von Unterhaltsarbeiten an Dritte soll geprüft werden. Kann man einen Sparantrag mit einer Prüfung begründen? Was, wenn sich herausstellt, dass der Kontroll-, Ausschreibungs- und Planungsaufwand die Einsparungen übersteigt? Dann kann der Sparauftrag nicht umgesetzt werden. Das ist keine seriöse Art und Weise einen Sparauftrag aufzugleisen. Die SP befürchtet einen Stellenabbau bei der Stadtgärtnerei. Sie lehnt den Antrag ab. Die vierte Etappe Eulachpark wurde an der Volksabstimmung genehmigt. Das Volk hat einem Rahmenkredit, der alle vier Etappen umfasst, zugestimmt. Der Ausbau folgt einer Gesamtlogik. Der Park hat eine Auszeichnung erhalten und er war bereits teilweise erstellt bevor die gesamte Besiedelung stattgefunden hat. Das wurde zu recht gelobt. Auf die Bedeutung von Neuhegi will K. Bopp heute nicht eingehen. Man soll aber nicht in finanziell schwierigen Zeiten zukunftsweisende Gesamtkonzepte ändern. Letztendlich übersteigen die Folgekosten die Einsparungen. Die Hiobsbotschaft aus dem Block konnte man in der Zeitung lesen. Aus sportlicher und jugendpolitischer Sicht ist es ganz wichtig, dass eine Anschlusslösung für den Skaterpark gefunden wird. Die Stadt kann nicht warten. Im Gegenteil, der Park muss so schnell wie möglich realisiert werden. Es ist wichtig, dass man den Jugendlichen Raum gibt, dass sie nicht einfach auf den Strassen herumsitzen, sondern Platz haben um sich zu bewegen. Die SP lehnt auch diesen Antrag ab. Die Argumentation zu den Kürzungsanträgen der GLP wiederholt sich. Die Stadtgärtnerei hat fast kein Büromobiliar im Budget eingestellt, kaum Beratungshonorare und keine Informatikprojekte. Es wird gezwungenermassen Ausgaben treffen, die für die Bevölkerung spürbar sind. K. Bopp erwartet von der GLP, dass sie die Verantwortung übernimmt und hin steht, wenn unpopuläre Sparmassnahmen notwendig werden. Die SP lehnt den Antrag ab.

L. Banholzer (EVP): Die Parteien, die der Stadtgärtnerei das Budget um mehr als 500'000 Franken kürzen wollen, haben mit einer Motion den Verzicht auf die Stadtgärtnerei als ei-

genständige Organisationseinheit gefordert. Bevor die Antwort zur dieser Motion vorliegt, wird die Stadtgärtnerei über das Budget so geschwächt, dass sie bereits auf einen Teil der Aufgaben und/oder des Personals verzichten muss. Das Vorgehen findet die EVP absolut unzulässig und ungerecht. Die EVP wird die Kürzungsanträge ablehnen.

D. Oswald (SVP): Es ist interessant, wie auf den Volksentscheid gepocht wird. D. Oswald bittet die Ratsmitglieder, konsequent zu sein. Bei der Polizei hat das Volk ebenfalls entschieden. Dieser Entscheid wurde vom Gemeinderat hinausgeschoben. In Bezug auf den Eulachpark soll die Umsetzung des Volksentscheids ebenfalls hinausgeschoben werden. Der Zeitplan soll verändert werden. Mit dem Kommissionsantrag wird nicht verlangt, dass die vierte Etappe gestrichen wird. Ein wichtiger Punkt ist das Ausbauniveau, das beliebig erweitert werden kann. Es gibt noch andere Bauprojekte, die viel zu teuer sind. Die Stadt könnte auf einem ganz anderen Niveau einkaufen. Es werden sogar Ausrüstungsgegenstände eingebaut, die von der Bevölkerung nicht gewünscht werden. Sie wäre mit etwas günstigerem zufrieden. Das ist ein Punkt, den D. Oswald nicht versteht. Das hat nichts mit einer politischen Position zu tun, sondern damit, ob man die finanzpolitische und finanzielle Realität der Stadt sieht oder nicht. Die linke Ratsseite will diese Realität nicht sehen. Das ist das Tragische an der Situation. Das Geld wird einfach ausgegeben. Das ist verantwortungslos. Aber es ist die Fortsetzung der letzten Jahre. Auch zum Thema Stadtgärtnerei kann man jammern. D. Oswald zieht den Vergleich mit der Polizei. Die Polizei erfüllt eine zwingende Aufgabe der Stadt. Das Gewaltmonopol ist in der öffentlichen Hand und nicht bei Privaten. Die Polizeiaufgaben kann nur der Staat wahrnehmen. Es ist eine Hauptaufgabe. Eine Stadtgärtnerei zu führen, gehört nicht zu den Hauptaufgaben der Stadt. Es gibt viele Gärtnereien in der Stadt Winterthur. Das hat nichts damit zu tun, ob man das Gefühl hat, dass die Stadtgärtnerei gut arbeitet oder nicht. Eine Gärtnerei zu führen, gehört nicht zu den Aufgaben der Stadt. Wenn das Risiko minimiert werden soll, dann muss man eingestehen, dass die Stadt für eine Gärtnerei kein unternehmerisches Risiko tragen kann. Ausserdem, wenn die andere Ratsseite überzeugt ist, dass effizient gearbeitet wird, braucht niemand Angst zu haben, dass Leute abgebaut werden, wenn die Stadtgärtnerei privatisiert wird.

M. Zeugin (GLP/PP): In den «effort 14+» Massnahmen sind Projekte in Millionenhöhe enthalten, die nicht genau quantifiziert sind. Es ist nicht sicher, wie viel gespart werden kann. M. Zeugin kann nur immer wieder auf diese Tatsache verweisen. Die Anträge der GLP sollen wenigstens mit den gleichen Ellen gemessen werden. Die Sachkosten sind vorhanden. Die Millionen werden irgendwie auf die Stadt verteilt. Vielleicht werden die Einsparungen von der GLP nicht ganz korrekt den einzelnen Produktgruppen zugewiesen. Die GLP hätte die Verteilung gerne dem Stadtrat überlassen. Das war nicht möglich. Faktisch sind die Ausgaben vorhanden. Für Dienstleistungen Dritter sind 52 Millionen vorgesehen und für Informatikausgaben 21 Millionen. Die Ausgaben für Betriebs- und Verbrauchsmaterial und für die Anschaffung von Mobilen sind stark gestiegen. Vielleicht sind in einer bestimmten Produktgruppe die Kosten nicht so stark angestiegen. Insgesamt sind die Ausgaben in diesen Kostenarten aber sehr stark gewachsen. Wenn man behauptet, dass die Stadt zusammenbricht, würde man auch behaupten, dass man auf dem Level von 2011 in der Steinzeit war. So ist es nicht. Die Stadt hat auch 2011 durchaus funktioniert. Das müsste man zur Kenntnis nehmen.

W. Langhard (SVP): Die neuen Baumalleen verursachen wiederkehrende Kosten. Die Stadtgärtnerei muss die Bäume pflegen und das Strasseninspektorat muss das Laub von den Strassen entfernen. Für die Verkehrsteilnehmer, seien das Velos oder Autos, wird es kritische Situationen geben, wenn das Laub nass ist. Die Mitarbeitenden der Stadtgärtnerei können am Strassenrand nicht richtig mähen, weil sie um die Bäume herum mähen müssen. Damit werden Mehrausgaben generiert. Die SVP hat den Antrag, den Investitionskredit von 700'000 Franken für den Eulachpark zurückzustellen, in die Kommission eingebracht. Ursprünglich sollte die vierte Etappe um 4 Jahre verschoben werden. Diese Zeitangabe wurde in der BBK gestrichen. Der Bau soll um mindestens 1 Jahr verschoben werden. Die ersten drei Etappen sind fertiggestellt. Man hat gemacht, was das Volk will. Die vierte Etappe wird ebenfalls realisiert, aber einfach verzögert. Sie muss nicht auf die 750 Jahr Feier hin fertig sein, wie das die Stadtgärtnerei und Stadtrat M. Gfeller gerne hätten. Auch die Brücke, die

von der ZHAW zusätzlich gebaut werden soll und ein Teil der Feier sein soll, kann man sich im Moment sparen. Die Brücke muss nicht bereits 2014 gebaut werden. Die Initianten haben zudem noch nicht genügend Geld gesammelt. Der Park kann noch etwas warten. Es befinden sich zudem noch Lagerhallen auf dem Gelände. Die Betriebe haben Mühe, die Hallen rechtzeitig zu leeren. Im Frühjahr will die Stadt mit dem Bau beginnen, damit die Fertigstellung noch in die 750 Jahr Feier passt. Die Ratsmitglieder müssen auch auf die Betriebe achten, sonst werden diese ganz aus der Stadt vertrieben.

D. Berger (Grüne/AL): Es gibt einen Unterschied zwischen den Anträgen in den Produktgruppen Stadtpolizei und Stadtgärtnerei. Bei der Polizei wurde die Aufstockung um 1 Jahr verschoben. Damit waren Einsparungen möglich. Wenn der Bau der vierten Etappe des Eulachparks hinausgeschoben wird, kann das Mehrkosten zur Folge haben. Das macht einen Unterschied.

F. Landolt (SP): D. Oswald hat erklärt, dass die Stadt nicht einfach Geld ausgeben kann, das sie nicht hat. Der Stadtrat hat 47 Millionen eingespart. Das stadträtliche Budget wurde um 47 Millionen verbessert. Wenn man das kein Sparbudget nennt, weiss F. Landolt nicht was ein Sparbudget ist. Die grossen Beträge bei den Dienstleistungen Dritter, im Sachaufwand und bei den Informatikkosten sind F. Landolt ebenfalls aufgefallen. Aber man muss die Ausgaben im Detail prüfen. Diese Mühe muss man sich nehmen. Man muss sagen, wo bei den Informatikprojekten, bei den Mobilien oder den Dienstleistungen Dritter gespart werden soll. Es geht nicht, dass global über alles dieser ominöse Prozentsatz gekürzt wird.

Stadtrat M. Gfeller will die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung separat abhandeln. Das wurde vermischt und trägt nicht unbedingt zur Transparenz bei. Zuerst weist der Stadtrat auf zwei nicht ganz ernst gemeinte Punkte hin. Er ist erstaunt, weil er heute gehört hat, dass das Tessin nicht zur Schweiz gehört. Die Eichen, die an der Sulzerallee gepflanzt wurden, kommen genetisch aus dem Tessin. Aus welcher Baumschule sie kommt, ist nicht so wichtig, wichtig ist die genetische Herkunft. Das wichtigste ist, dass diese Bäume mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht vom asiatischen Laubholzbockkäfer befallen werden. Vielleicht haben sich einige Ratsmitglieder gewundert warum Stadtrat M. Gfeller bereits zum dritten Mal ein Gilet mit Blumenmuster trägt. Das ist ganz einfach, das ist vielleicht noch der Blumenschmuck, der übrig bleibt, wenn alles andere eingespart wurde. Es gibt kaum einen Betrieb in der Stadtverwaltung, der Leute einstellt, die sich ganz am Rande des Arbeitslebens befinden. Leute, die nur 10 bis 20 % arbeiten können. Die Stadtgärtnerei beschäftigt diese Leute. Stadtrat M. Gfeller will die Gärtnereien sehen, die diese Leuten anstellt und ihnen damit einen geordneten Alltag bietet. Die Stadtgärtnerei beschäftigt sehr versierte Leute, die vom Fach sind und wissen, wie man mit sozial schlecht gestellten Leuten, die sich am Rand der Gesellschaft befinden, umgehen kann. Das ist sehr wertvoll. Das kann man nicht in Franken und Rappen ausdrücken. Es ist aber eine sehr ernste Sache. Aus diesem Grund ist die Leistung der Stadtgärtnerei im sozialen Bereich sehr wichtig für die Stadt.

Der asiatische Laubholzbockkäfer verursacht tatsächlich Probleme. Glücklicherweise erhält die Stadt ca. 600'000 Franken für das Jahr 2014 für die Bekämpfung des Schädlings. Die Gesamtkosten belaufen sich aber auf 900'000 Franken. Damit bleiben 300'000 Franken an der Stadt Winterthur hängen. Das bezahlt sonst niemand. Die Stadt muss diese Arbeiten sehr genau ausführen. Sie wird vom Kanton und vom Bund kontrolliert. Die 300'000 Franken sind weg. Jetzt sollen zusätzlich 400'000 Franken eingespart werden. Das geht so nicht, diese Rechnung geht nicht auf. Die Stadtgärtnerei darf nicht dazu gezwungen werden, die Verordnungen betreffend Biosicherheit zu missachten. Man wird sicher eine Lösung finden, vielleicht führt das dazu, dass nicht viele Blumen gepflanzt werden. Jemand hat gesagt, dass keine Stellen abgebaut werden sollen. Wenn diese Anträge angenommen werden, dass müssen die Stellen nicht nur deutlich reduziert werden, die eine oder andere Person wird man entlassen müssen.

Eulachpark: Es ist ein eigenartiger Vorgang. Jetzt probiert man mit einem Handstreich ein Projekt, das seit Jahren in der Investitionsrechnung steht und klar deklariert und mit einem #, sprich der Gemeinderat kann über das Projekt noch befinden, zu verschieben. Offenbar soll der Stadtrat keine Weisung ausarbeiten. Der Stadtrat könnte unter Umständen eine Lösung

ausarbeiten, die es erlaubt, dass eine der beiden Hallen umgenutzt werden kann. Gewisse Elemente aus dem Block könnten in diese Hallen verlegt werden. Das würde deutlich weniger kosten als 700'000 Franken. Stadtrat M. Gfeller bittet die Ratsmitglieder zu bedenken, dass von der Investitionsrechnung nur 10 % die laufende Rechnung direkt belasten und dass der Stadtrat eine Lösung für den Block suchen muss. Mit einer Übergangsweisung für den Eulachpark kann den Jugendlichen, die den Skatepark vermissen, ein Angebot gemacht werden. Das bedingt, dass man klar trennt zwischen den Interessen der Stadt Winterthur am Eulachpark und den Interessen der Industrie, die Hallen weiter zu nutzen. Diese Trennung muss jeder Parlamentarier und jede Parlamentarierin für sich selber machen. Stadtrat M. Gfeller ist froh, dass die Interessen offengelegt wurden. Den Eulachpark hat die Stadt geschenkt erhalten, damit dichter gebaut werden kann. In diesem Gebiet wird die erlaubte Verdichtung auch umgesetzt. Es wäre schräg, wenn die Stadt Winterthur die Aufgabe, die sie auf sich genommen hat, nämlich die Fläche des Eulachparks der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, nicht mehr wahrnehmen würde. Soll in diesem Fall die Freihalteziffer in diesem Gebiet erhöht werden? Das entspricht nicht Treu und Glauben. Stadtrat M. Gfeller bittet die Ratsmitglieder, dem Stadtrat die Gelegenheit zu geben, eine Weisung auszuarbeiten und auf sein Augenmass zu vertrauen. Vom Grundsatz her ist der Stadtrat aufgrund des Volksentscheids und der vertraglichen Situation mit der damaligen Grundeigentümerin verpflichtet, den Park ganz herzurichten. Stadtrat M. Gfeller ist stolz auf Winterthur und auf die Stadtgärtnerei, aber auch auf die privaten Landschaftsarchitekturbüros, die in Winterthur arbeiten und zum zweiten Mal eine Auszeichnung erhalten haben. Der Eulachpark hat nach dem Brühlgutpark einen goldenen Hasen erhalten. Wenn diese Auszeichnung schnöde ignoriert und das Projekt nicht fertiggestellt wird, rückt das Winterthur in ein schlechtes Licht. Das will der Stadtrat vermeiden. Deshalb bittet Stadtrat M. Gfeller die Ratsmitglieder, keinen Antrag zur Investitionsrechnung zu stellen, im Wissen, dass eine Weisung vorgelegt wird. Dem Antrag, die Zielvorgaben zu ändern, schliesst sich der Stadtrat an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Kürzung des Nettoglobalkredits um CHF 400'000, mit dem Ziel den Stand von 2011 beibehalten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 134'800. Weniger Anschaffung Mobiliën, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektiven Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Änderung der Zielvorgaben: Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen: Indikator von 26% auf 30% anheben. Dieser Antrag ist einstimmig genehmigt.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Verpflichtungskredite, Eulachpark: Umsetzung Projektwettbewerb: Streichung des Betrages von CHF 700'000 aus dem Programm 2014. Spätere Fertigstellung möglich.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit der Stadtgärtnerei wurde um 534'800 Franken reduziert und beträgt neu 11'891'058 Franken.

810000 Stadtkanzlei

S. Stierli (SP): Dieser Antrag wurde vom Stadtrat in die Aufsichtskommission eingebracht. Der Stadtrat will freiwillig auf einen Teile des Lohnes verzichten und beantragt, das Budget um 225'000 Franken zu reduzieren. Die AK hat diesem Antrag zugestimmt. Der Grosse Gemeinderat ist befugt, dem Stadtrat den Lohn zu kürzen. Dem städtischen Personal kann der Lohn aber nicht einfach gekürzt werden. Der Lohn des Stadtrates legt der Grosse Gemeinderat fest, dazu gibt es einen Gemeinderatsbeschluss. Ob dieser Beschluss geändert werden muss, weiss S. Stierli nicht. Er weiss auch nicht, ob es sich um eine Kürzung handelt oder um einen freiwilligen Verzicht für das Jahr 2014 oder für mehrere Jahre. Die Kommission hat den stadträtlichen Antrag zur Kenntnis genommen.

Verpflichtungskredite: Erweiterung Archivraum. Der Archivraum im Stadthaus wird knapp. Das Stadthaus ist nicht voll unterkellert. Man will den Keller ausweiten, damit zusätzlicher Archivraum geschaffen werden kann. Mit einer Machbarkeitsstudie soll abgeklärt werden, ob das möglich ist. Es wäre Vorteilhaft, wenn der Sperrvermerk für den Projektierungskredit gestrichen werden könnte. Dieser Vermerk steht irrtümlich im Budget. Die 2,7 Millionen für die Ausführung stehen irrtümlich im Budget. Heute geht es ausschliesslich um den Planungskredit von 300'000 Franken.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt den Antrag den Globalkredit um 77'700 Franken zu kürzen. In dieser Produktgruppe wird der angekündigte Antrag gestellt, den Stadtratskredit aufzustocken. Die CVP verzichtet auf den Antrag, den Stadtratskredit um 200'000 Franken zu kürzen. Die GLP beantragt, dass der Stadtratskredit um 500'000 Franken erhöht wird. Der Stadtratskredit wird damit um 700'000 Franken erhöht. Insgesamt beträgt der Stadtratskredit letztendlich 1,5 Millionen. Die GLP hat bereits erklärt, dass die Verteilung der Kürzungen nicht optimal ist. Mit der Erhöhung des Stadtratskredits können die schlimmsten Fehler ausgemerzt werden. Die Verteilung ist nicht ideal. Der Gemeinderat hat in den genannten Kontenarten Einsparungen vorgenommen. 2010 hat die Stadt im Sachaufwand 91 Millionen ausgegeben, 2011 waren es 95,1 Millionen. 2012 wurde die Stadt vom Kanton in die Freiheit entlassen. Die Stadt hat in der Folge weitere 5 Millionen mehr ausgegeben. Im Jahr 2013 ist das Budget im Sachaufwand auf 100 Millionen angestiegen. Der Stadtrat wollte das Budget für 2014 auf 103,5 Millionen erhöhen. Die Kürzungsanträge der GLP belaufen sich insgesamt auf 3,6 Millionen, inklusive Ausgleich, der jetzt mit dem Stadtratskredit beantragt wird. Wenn man die Ratsdebatte verfolgt hat, musste man den Eindruck erhalten, dass die Stadt zu Tode gespart wird und dass sie ins Steinzeitalter zurückfällt. 2011 sind die Bäume den Einwohnern nicht auf den Kopf gefallen, 2011 hat der Wildpark bereits existiert, 2011 gab es Blumenschmuck in der Stadt etc. Die Kürzungen entsprechen nicht einmal ganz der Kostensteigerung zwischen 2011 und 2012. Das zu den Relationen. Der Gemeinderat muss das Gesamte ins Auge fassen und sich nicht in Details verlieren. Die GLP findet diesen Sparkurs auch nicht lustig. Einige Kürzungen sind schmerzhaft. Eine Privatperson muss sparen, wenn sie merkt, dass zu wenig Geld hereinkommt. Eine Firma muss Sparmöglichkeiten suchen, wenn weniger Geld hereinkommt. Es kann nicht sein, dass die Stadt vorletztes Jahr 88 Millionen mehr ausgegeben hat und vor einem Jahr 55 Millionen mehr, als die Stadt aus der Knechtschaft des Kantons entlassen wurde. Jetzt sollen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Rechnung tragen. Das will die GLP/PP-Fraktion nicht. Die Finanzsituation ist nicht rosig. Aber die Stadt kann die Steuern nicht auf Vorrat erhöhen. Zuerst muss sie die Finanzen in den Griff bekommen. Die Steuern können für 2014 um 5 % erhöht werden, sie können 2015 um 5 % erhöht werden, sie könne jedes Jahr erhöht werden. Das wird nichts bringen, wenn man nicht zuerst die Finanzen in den Griff bekommt. Erst dann kann über Steuererhöhungen gesprochen werden. Die GLP stellt den Antrag, den Stadtratskredit um 500'000 Franken auf 1,5 Millionen zu erhöhen.

M. Wenger (FDP): Die FDP stellt folgenden Antrag: Kredit von 50'000 Franken für die juristische Beratung des Gemeinderates im Falle eines Rechtsstreits. Auf verschiedenen Ebenen wurde der Gang an den Bezirksrat angekündigt. Die Gemeinderäte müssen sich wehren

können. Dafür gibt es kein Budget. Also muss sich das Parlament ein Budget bewilligen lassen. Es ist klar, wenn es keinen Rechtsstreit gibt, entstehen auch keine Kosten.

N. Gugger (EVP) ist doch etwas irritiert. An drei Abenden hat er gehört, dass der Stadtratskredit um 1 Million erhöht werden soll. Jetzt sind es noch 500'000 Franken. Stadtrat St. Fritschi wäre als fünfter Stadtrat an die Reihe gekommen, die Million in die Schulreisen zu investieren. Die GLP will offenbar das Gewissen mit einem Zuckerguss besänftigen und will neu 1,5 Millionen einsetzen für den Stadtratskredit. Sieben Stadträte müssen sich jetzt diese zusätzlichen 500'000 Franken teilen. Das ergibt knapp 74'000 Franken für jeden Stadtrat. Der CVP-Antrag, der im Drehbuch steht, wird offenbar zurückgezogen. Er wurde nicht gestellt. Die Abstimmung wird aber wie gewohnt ablaufen. Damit man heute Abend das Gewissen beruhigen kann, wird der Gemeinderat dem Stadtratskredit von 1,5 Millionen zustimmen. Der Stadtrat selber will aber keine Erhöhung des Stadtratskredits. Er hat in der Aufsichtskommission gesagt, dass er 1 Million beantragt. In der AK wurde ein Antrag gestellt, den Kredit um 200'000 Franken zu kürzen. Dieser Antrag wurde in der Folge zurückgezogen. Dementsprechend wird der Gemeinderat heute Abend 1,5 Millionen durchwinken. Die EVP-Fraktion wird aber diesen Antrag nicht unterstützen und zwar rein um konsequent zu sein. Die pauschalen Kürzungen von 0,6631 sollen jetzt mit der Erhöhung des Stadtratskredits etwas gelindert werden. Das ist schwer zu verstehen.

Ch. Ulrich (SP): Wenn der Kredit von 1 Million auf 1,5 Millionen erhöht wird, beträgt die Verbesserung nicht 700'000 Franken sondern 500'000 Franken. Das Geschenk soll nicht grösser gemacht werden, als es ist. Es ist eine halbe Million. In der Debatte wurde jedoch immer davon gesprochen, dass der Stadtratskredit um 1 Million erhöht werden soll. Der Rat hat eine halbe Million Stadtrat St. Fritschi zugesprochen. Jetzt bleibt noch eine halbe Million übrig. Das ist die Art und Weise wie im Gemeinderat in den letzten Wochen Politik gemacht worden ist – ein wenig so oder auch anders. Es werden Zahlen präsentiert, die zwar nicht unbedingt falsch sein müssen. Die Frage ist, was steht dahinter. Es ist die Aufgabe des Gemeinderates als Budgetorgan zu fragen, welche Mehrkosten entstanden sind. Einfach Kosten auflisten ist eines. Der Gemeinderat muss aber genauer prüfen, was passiert ist. Es gibt Leistungen, die von der Stadt erbracht werden müssen und die ihr unter anderem von den Kantonsräten eingebrockt worden sind. Zudem wurden Leistungen vom Bund an die Gemeinden delegiert. Die Stadt kann nichts machen, diese Leistungen sind gesetzlich vorgeschrieben, auch im Sachaufwand, bei der Infrastruktur und in der Informatik. Wenn die Stadt alles selber entscheiden könnte, würde die Situation anders aussehen. Das ist aber leider nicht der Fall. Die Kostensteigerungen müssen hinterfragt werden. Die Aufgabe des Gemeinderates ist es, zu hinterfragen und dort wo es nötig ist, die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen. Das ist relevant.

Kreditantrag von 50'000 Franken für eine juristische Beratung: Es gibt verschiedene Gewalten – die Exekutive und Legislative. Diese müssen nicht immer gleicher Meinung sein. Dass jetzt ein Kredit eingestellt werden soll für eine juristische Beratung ist ein Armutszeugnis sondergleichen. Ch. Ulrich glaubt, dass das nicht nötig ist. Der Gemeinderat muss zusammen mit dem Stadtrat Lösungen finden. Es ist die Aufgabe sowohl der Exekutive wie auch der Legislative, dass Lösungen innerhalb des Korsetts, das sich Recht nennt, gefunden werden. In diesem Rahmen bewegen sich die Entscheidungen. Die Lösungen müssen im Dialog gefunden werden. Der Gang zum Richter ist nicht sinnvoll und kostet Geld. Diese 50'000 Franken möchte Ch. Ulrich den Bürgerinnen und Bürgern von Winterthur nicht auferlegen. Dieses Geld ist zum Fenster hinausgeworfen. Das Geld soll der Stadtkasse zur Verfügung stehen. Es ist besser, wenn sich alle an einen Tisch setzen, um Lösungen zu finden.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es ist notwendig, den Antragsalat in dieser Produktgruppe Punkt für Punkt durchzugehen. Es sind Anträge gestellt worden, zu denen nur zum Teil Stellung genommen wurde. Die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für den freiwilligen Lohnverzicht. Sie nimmt zur Kenntnis wie ernst die Lage ist. Verpflichtungskredit, Erweiterung Archivmagazin, Antrag auf Streichung des Sperrvermerks #. Umwandlung in einen Budgetkredit B. Es ist sicher richtig, dass das keine gebundene Ausgabe ist. Es braucht einen Kredit, um das Magazin zu erweitern, das an seine Grenzen stösst. Deshalb ist die Grüne/AL-

Fraktion dafür, dass dieser Projektierungskredit gesprochen wird. Die Erweiterung des Stadtratskredits lehnt die Grüne/AL-Fraktion ab. Er wäre nicht nötig, wenn die Grünliberalen ihre Anträge nicht so gestellt hätten. Die Grüne/AL-Fraktion ist nicht bereit, den Grünliberalen einen Rettungsanker zu schenken. Man sollte den Stadtratskredit nicht leichtfertig erhöhen. Der Gemeinderat muss sich gut überlegen, ob er das will. Das geht nicht in einer Hauruckübung. Den pauschalen Kürzungsantrag der GLP lehnt die Grüne/AL-Fraktion ab. Die grössten Posten sind auch in dieser Produktgruppe Porti, Post- und Bankgebühren. Wenn etwas gestrichen werden kann, dann ist das wohl die Jungbürgerfeier oder die Stadt kann darauf verzichten, bei Einbürgerungen einen Betreibungsregistrauszug einzuholen. Den Antrag der FDP, einen Kredit von 50'000 Franken für juristische Beratung zu sprechen, lehnt die Grüne/AL-Fraktion ab. Dieses Geld kann sich der Gemeinderat bei Bedarf holen. Jetzt soll abgewartet werden, was weiter passiert.

A. Steiner (GLP/PP) ist in einem Punkt mit Ch. Ulrich einig. Der Stadtratskredit wurde nicht um 700'000 Franken erhöht, es sind nur 500'000 Franken. Aber Ch. Ulrich muss erklären, warum dem Gemeinderat ein Jahr lang beigebracht worden ist, dass 63 Millionen gespart werden und im Budget stehen 250'000 Franken.

M. Zeugin (GLP/PP): Man muss sich überlegen, was passiert – das hat Ch. Ulrich gesagt. Das ist ein guter Ansatz. Was passiert mit der beantragten Steuererhöhung von 5 %. Es ist leider so, wenn diese Steuererhöhung umgesetzt wird, sendet die Stadt ein sehr starkes negatives Signal nach aussen. Wenn das für einen Teil der guten Steuerzahler zu viel ist, werden sie von Winterthur wegziehen. Vielleicht bleibt ein Teil in der Stadt aber es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, die die Stadt dringend benötigt. Diese 5 % müssen hinterfragt werden. Dazu muss der Gemeinderat bereit sein. Man muss sich überlegen, welche Auswirkungen eine Steuererhöhung hat. Mit der Abwanderung von guten Steuerzahlern kann eine Steuererhöhung wirkungslos werden. Um diese Einnahmen zu kompensieren, müssten weitere Massnahmen ergriffen werden. Das ist auch eine Realität. Kredit von 50'000 Franken für die juristische Beratung des Gemeinderates im Falle eines Rechtsstreits: Der Gemeinderat wurde seit Beginn der Budgetberatung in den Kommissionen vom Stadtrat in die rechtliche Geiselhaft genommen. Er hat erklärt, dass dieses nicht geht, und jenes nicht geht. Während der Budgetdebatte hat M. Zeugin mehrere Beispiele vorgebracht. Der Stadtrat hat gegen den Willen des Gemeinderates gehandelt – ein Beispiel sind die Parkplatzgebühren für städtische Mitarbeitende. Man könnte diese Liste beliebig verlängern. Im Bereich Stadtentwicklung wollte der Gemeinderat im vorletzten Jahr nicht mehr ausgeben – der Stadtrat hat trotzdem mehr ausgegeben. Der Stadtrat hat es im Griff. Wenn er zu Protokoll gibt, dass er den Rechtsweg nicht beschreiten wird, muss der Gemeinderat nicht dafür sorgen, dass er annähernd über gleiche Spiesse verfügen kann. Der Stadtrat hat viel mehr juristische Ressourcen. Die Drohung, dass der Rechtsweg beschritten wird, wurde mehrfach geäussert. Es ist nur recht und billig, wenn das Konsequenzen nach sich zieht.

D. Berger (Grüne/AL) weiss nicht, ob die Ratsmitglieder bereits einmal selber ein Budget erstellt haben. Ein Budget bedeutet, dass man pro Jahr einen gewissen Betrag ausgibt. Wenn zu wenig Geld vorhanden ist, muss das Budget an die realistischen Umstände angepasst werden. Wenn jetzt erklärt wird, der Stadtrat habe nicht 63 Millionen gespart, sondern lediglich 250'000 Franken, ist das unverständlich. Mit dem Budget wirft man einen Blick in die Zukunft. Der Stadtrat hat gespart. Wenn jetzt behauptet wird der Stadtrat habe nicht 63 Millionen gespart, sondern nur 250'000 Franken, ärgert das D. Berger masslos. Man kann nur von den ursprünglichen Ausgaben ausgehen.

Stadtpräsident M. Künzle: Die Budgetdebatte ist auf der Zielgeraden. Zur Diskussion steht die Stadtkanzlei. Der Stadtpräsident dankt für den Dank der Grünen, die anerkennt, dass der Stadtrat auf einen Teil des Lohnes verzichtet. Es handelt sich nicht um eine Eintagsfliege. Der Stadtrat wird im Jahr 2014 die entsprechenden Grundlagen anpassen. Der Lohn wird definitiv reduziert. Aufgrund der freiwilligen Erklärung kann die Reduktion bereits ab Januar 2014 umgesetzt werden. Der Stadtratskredit soll um 500'000 Franken erhöht werden. Im Budget ist ein Stadtratskredit von 1 Million beantragt. Ein Kredit von 1,5 Millionen ist zu klein,

um alle Ungereimtheiten abzudecken. Das hat man während der Debatte einige Male gehört. Mit dem neuen Finanzausgleich habe die Stadt die Knechtschaft abgelegt, wurde in der Debatte erklärt. Das stimmt. Leider ist die Mitgift zu klein ausgefallen. Dann ist der Begriff Geiselhaft gefallen, im Zusammenhang mit dem Kredit von 50'000 Franken für juristische Beratung. Der Stadtrat nimmt seine Aufgabe ernst. Er muss die rechtlichen Grundlagen prüfen. Wenn der Gemeinderat 50'000 Franken erhält, müsste der Stadtrat ebenfalls einen Antrag stellen, damit er 50'000 Franken für eine Beratung erhält. Die Stadtkanzlei soll weitere 77'700 Franken einsparen. Mit «effort 14+» hat die Stadtkanzlei bereits 205'000 Franken eingespart. Die Hälfte der Sachkosten betrifft das Porto für den Wahlversand. Die Wahlen können nicht abgesetzt werden. Diese Ausgaben bleiben bestehen. Die 77'700 Franken, die die GLP einsparen will, machen 22 % Prozent des Budgets aus. Diese Kürzung hätte Folgen. Das Projekt ERMS würde verlangsamt. Es könnte nicht mehr planmässig fortgesetzt werden. Die Jungbürgerfeier müsste stark vereinfacht werden. Der Betrag wurde für das Jahr 2014 bereits halbiert. Das wird mit Sicherheit Änderungen zur Folge haben. Die Kosten für das Wahlzentrum im Stadthaus werden ebenfalls aus diesem Budget bestritten. Dafür müsste der Stadtrat eine andere Lösung finden. Er findet sicher für alles eine Lösung. Der Kundenservice muss aber abgebaut werden. Das wäre zu bedauern. Die Stadtkanzlei unterstützt den Stadtrat und auch den Gemeinderat und bietet juristische Beratung. Stadtpräsident M. Künzle möchte beliebt machen, dass die Stadtkanzlei so belassen wird, wie sie der Stadtrat beantragt hat.

Ratspräsidentin Ch. Benz: Der Antrag des Stadtrates, Lohnkürzung um 225'000 Franken, wurde in der AK gestellt. Der Stadtrat bleibt dabei. Es wurde kein Ablehnungsantrag gestellt. Damit ist der Antrag angenommen.

Ratspräsidentin Ch. Benz lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 77'700. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Aufstockung des Stadtratskredits um 500'000 Franken auf 1,5 Millionen.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der FDP abstimmen: Kredit von 50'000 Franken für die juristische Beratung des Gemeinderates im Falle eines Rechtsstreits.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen. Verpflichtungskredite, Erweiterung Archivmagazin, Projektierung 300'000 Franken, Streichung des Sperrvermerks #. Umwandlung in einen Budgetkredit B.

Der Rat nimmt den Antrag mit 28 zu 26 Stimmen an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit der Produktgruppe Stadtkanzlei wurde um 244'300 erhöht und liegt neu bei 10'330'816 Franken.

860000 Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt den Antrag in dieser Produktgruppe den Bruttoaufwand um 3'100 Franken zu kürzen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es handelt sich lediglich um 3'100 Franken. Ch. Griesser möchte aber erneut seine Vorstellungen einer Gemeinderatsdebatte in Erinnerung rufen. Im Rat wird ein Antrag gestellt, der begründet und debattiert wird. Der Gemeinderat fällt dann einen Entscheid. Wenn die Ratsmitglieder ihre Anträge nicht begründen und auch nicht darüber debattieren wollen, muss sich Ch. Griesser fragen, warum sie im Parlament sitzen.

Stadtpräsident M. Künzle setzt sich dafür ein, dass der Globalkredit nicht um diese 3'100 Franken gekürzt wird. Es handelt sich um eine Produktgruppe, die sehr effizient arbeitet. Diese Kürzung um 3'1000 Franken wird letztendlich die Kundschaft zu spüren bekommen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 3'100. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 3'100 reduziert und beträgt neu 335'346 Franken.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Die Bereinigung der Produktgruppen ist abgeschlossen, mit Ausnahme der Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich. Über die beiden Anträge in den Zielvorgaben, die den Steuerfuss betreffen, wurde noch nicht abgestimmt. Als erstes wird deshalb Antrag 4 der Weisung, Festsetzung des Steuerfusses, behandelt. Wenn der Steuerfuss festgelegt ist, werden die Anträge in der Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich behandelt. Danach werden die übrigen Anträge der Weisung behandelt.

Stadträtin Y. Beutler: Als erstes hat D. Oswald in seinem Brief an den Stadtrat geschrieben, dass er sachlich informiert werden will. Das will die Stadträtin auch. Im Rat wurde verschiedentlich erklärt, dass der Stadtrat nicht gespart habe, der Aufwand sei lediglich um 240'000 Franken geringer als im letzten Jahr. Diese Aussage stimmt, zumindest der zweite Teil. Der Aufwand ist tatsächlich 240'000 Franken tiefer. Was hat der Stadtrat gemacht? Er hat die 30 Millionen kompensiert, die die Stadt weniger an Ressourcenausgleich erhält. Er hat auch 11,3 Millionen kompensiert, die mutmasslich bei der individuellen Unterstützung mehr anfallen werden. Um 5,1 Millionen werden Pflegefinanzierung und um 3,1 Millionen die Zinskosten ansteigen. Im Weiteren hat er 2,7 Millionen Arbeitgeberbeiträge für die Pensionskassen-Sanierung, die Mehrkosten im Departement Schule und Sport in der Höhe von 10 Millionen und von 1 Million bei der Sonderschulung kompensiert. Der Stadtrat hat gespart. Ohne diese Einsparungen würde ein Defizit von rund 50 Millionen resultieren. Es wurde gesagt, dass der Stadtrat den Gemeinderat vom ersten Moment an in die juristische Geiselhaft genommen habe. Seit längerem beschliesst der Kantonsrat regelmässig pauschale Kürzungen und der Regierungsrat erklärt ebenso regelmässig, dass diese Kürzungen nicht rechtsgültig sind. Für den Stadtrat ist es wichtig, dass in Winterthur Klarheit herrscht, damit nicht jedes Jahr die gleichen Diskussionen geführt werden müssen. Das war der Grund, warum Stadträtin Y. Beutler bei Professor Dr. iur. Tobias Jaag ein Rechtsgutachten eingeholt hat. Zum einen ist Professor Jaag eine Koryphäe in Bezug auf das öffentliche Recht und zum anderen ist er bekannt, dass er keine Gefälligkeitsgutachten macht. Stadträtin Y. Beutler war diese Abklärung wichtig. Sie hätte sich gewünscht, dass es nicht soweit kommt. Als in der Aufsichtskommission angekündigt wurden, dass in bestimmten Kostenarten Millionenbeträge

eingespart werden sollen, war klar, dass diese Kompetenzdelegation vom Gemeinderat an den Stadtrat nicht zulässig ist. Daraufhin sind diese Kürzungen auf die einzelnen Produktgruppen verteilt worden.

Der Gemeinderat hat Anträge im Umfang von 12'892'900 Franken gutgeheissen. Gewisse Differenzen zwischen dem Finanzamt und M. Wäckerlin können sicher noch ausgemerzt werden. Von diesen 12,892 Millionen betreffen etwas mehr als 800'000 Franken die städtischen Betriebe. Damit bleiben noch rund 12'070'000 Franken übrig. Das würde bedeuten, wenn die Steuerhöhung nicht genehmigt wird, dass das Defizit um rund 900'000 Franken höher wäre. Das würde zu den 1,3 Millionen hinzukommen. Die Stadt wäre damit 550'000 Franken unter der magischen Grenze von 10 % des Eigenkapitals, die als Defizit budgetiert werden dürfen. Wenn die Steuererhöhung nicht genehmigt wird, hat der Gemeinderat heute Abend ein rechtsgültiges Budget beschlossen. Er hat Beträge im Umfang von knapp 13 Millionen aus dem Budget gestrichen. Bereits jetzt ist bekannt, dass Posten im Budget enthalten sind, die so nicht umgesetzt werden können, weil sie dem Personalrecht widersprechen, weil sie dem Recht an sich widersprechen, weil sie gebundene Ausgaben betreffen, weil sie den refinanzierten Bereich betreffen oder weil die Beträge für ein ganzes Jahr gerechnet wurde, zum Beispiel bei gewissen Personalmassnahmen, obwohl bereits jetzt absehbar ist, dass eine Kündigung nicht per 1. Januar 2014 wirksam ist. Der Stadtrat wird sehr bemüht sein, diese Anträge umzusetzen. Aber es wird in diesem Umfang nicht gelingen – bei allem guten Willen nicht. Wenn bereits jetzt absehbar ist, dass das Defizit über 10 % des Eigenkapitals betragen wird, wird es die Aufgabe des Bezirsrates sein, hier Einzugreifen. Es ist sinnvoll verschiedene Anträge zu überprüfen. Es geht nicht darum wer Recht hat, sondern um eine Auslegeordnung. Der Stadtrat will wissen, was eigentlich zulässig ist. Die Stadträtin will nicht, dass im Gemeinderat Jahr für Jahr die gleichen Diskussionen geführt werden. Die einen sagen, man darf das, die anderen erklären, das geht nicht. Das kann es nicht sein. Es ist wichtig, dass eine rechtliche Grundlage vorhanden ist, an der sich sowohl der Gemeinderat wie auch der Stadtrat orientieren können. Es gibt noch keine Präzedenzfälle. Das wird sicher den Stadthalter noch beschäftigen oder allenfalls den Regierungsrat. Man weiss nicht genau, wer zuständig ist. Es dient sicher allen und wird für die nächste Budgetdebatte für mehr Sachlichkeit sorgen, wenn die rechtlichen Grundlagen bekannt sind.

Im Rat wurde erklärt, dass eine Steuererhöhung ein schlechtes Zeichen ist. Zwei Dinge sind für die Stadt ebenfalls entscheidend. Zum einen, wie steht Winterthur als Stadt da. Der Finanzierungsbedarf für die nächste Zeit ist sehr hoch. Das hat mit der Umschuldung der Pensionskasse zu tun. Für eine Stadt in einem budgetlosen Zustand oder mit einem unsoliden Budget besteht die Gefahr, dass sich das auf das Rating niederschlägt. Für Winterthur bedeutet das, dass jedes zusätzlich Promille Risikoaufschlag 500'000 Franken mehr kostet. Das ist ebenfalls ein Argument, das beachtet werden muss. Die Stadt Winterthur führt Gespräche mit dem Kanton, um eine Anpassung des Zentrumslastenausgleichs zu erreichen oder zumindest eine gesonderte Regelung für die Sozialhilfeleistungen. In diesem Punkt muss Stadträtin Y. Beutler der GLP Recht geben. Die Stadt kann sparen und sparen und Fachstellen schliessen und schliessen, nach zwei Jahren werden die Einsparungen durch die Mehrausgaben im sozialen Bereich und in der Bildung kompensiert. So ist keine Finanzplanung möglich, weil die Stadt immer hinterherrennen wird. Stadträtin Y. Beutler nimmt an, dass das ein Grund ist, warum die Behördeninitiative an den Kantonsrat lanciert wurde. In dieser Beziehung müssen alle zusammenstehen über alle Grenzen hinweg – egal ob Wahlkampf ist. Winterthur hat ein Problem mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz. Genau das ist der Grund, warum die Zahlen im Jahr 2011 noch anders ausgesehen haben als ab dem Jahr 2012, nach dem Wechsel des Finanzausgleichs. Alle müssen zusammenstehen, damit eine Änderung erwirkt werden kann. Stadträtin Y. Beutler wünscht sich, dass spätestens ab dem 10. Februar 2014 in diesem Punkt alle zusammenstehen können und gemeinsam signalisieren, dass eine andere Regelung notwendig ist. Der Regierungsrat erwartet von der Stadt Winterthur eine Steuererhöhung. Das ist ein Fakt. Der Regierungsrat verlangt, dass die Stadt alles unternimmt und einen Beitrag zur Verbesserung der Situation leistet. Stadträtin Y. Beutler weiss nicht wie motiviert der Regierungsrat ist, einzugreifen, wenn der Steuersatz der Stadt Winterthur 2 % unter dem kantonalen Maximum liegt. Das wird die Verhandlungsposition der Stadt nicht vereinfachen. Aber der Stadtrat wird versuchen eine Änderung herbeizuführen und die Finanzen auf eine solide Basis zu stellen.

A. Steiner (GLP/PP), persönliche Erklärung: Die präsentierten Zahlen zeigen die Entwicklung der letzten Jahre. A. Steiner zeigt auf, was die Stadt vom Kanton erhalten hat. 2011 hat die Stadt vom Kanton 110 Millionen erhalten. Danach trat der neue Finanzausgleich in Kraft. Die Stadt hat im Folgejahr 17 Millionen Übergangszahlungen erhalten. Im Jahr 2013 hat die Stadt zusätzlich 30 Millionen aufgrund des Glencoreeffekts erhalten. Im Rat herrschte vor einem Jahr die gleiche Verweigerungshaltung auf der linken Seite. Sie wollte keinen Franken sparen. Die Gewitterwolken waren aber bereits deutlich zu sehen. Man hat aber noch immer die Verweigerungshaltung beibehalten und wollte nicht sparen. Der Gemeinderat hat es gewusst. A. Steiner stimmt mit Stadträtin Y. Beutler überein – die Stadt hat zusätzliche Kosten zu tragen. Aber die Stadt hat auch etwas mehr Geld erhalten als im Jahr 2011. Es ist nicht so, dass der Kanton weniger bezahlt, er bezahlt mehr. Die Stadt muss zusätzliche Kosten tragen, deshalb ist A. Steiner einverstanden, dass die Stadt beim Kanton vorstellig wird. Die GLP hat einen entsprechenden Vorstoss eingereicht, damit in Bezug auf die Sozialkosten eine fairere Lösung gefunden werden kann.

Stadträtin Y. Beutler möchte wissen, was A. Steiner alles in die von ihr präsentierten Zahlen aufgenommen hat. Was ist alles im Finanzausgleich, den sie gezeigt hat, enthalten. 2011 waren es 155 Millionen und A. Steiner hat 110 Millionen erwähnt. Diese Zahlen müssen genauer überprüft werden. Welche Zahlen hat A. Steiner genommen und wie umfassend ist der Vergleich.

A. Steiner (GLP/PP) hat die Zahlen dem Voranschlag entnommen.

Stadträtin Y. Beutler: Vieles hat sich geändert. Die Berechnungen haben gewechselt, der indirekte Finanzausgleich hat sich geändert. Aus diesem Grund kann man aus den richtigen Zahlen die falschen Schlüsse ziehen, wenn man die Änderungen nicht berücksichtigt.

Steuerfuss

Ratspräsidentin Ch. Benz bittet die Ratsmitglieder zuerst alle Anträge zu stellen. Der stadt-rätliche Antrag sieht eine Erhöhung um 5 Prozentpunkte auf 127 % vor. Es sind zwei Gegenanträge gestellt worden.

N. Gugger (EVP): Stadträtin Y. Beutler hat erklärt, dass 12'070'000 Franken gespart worden sind. Das sind aber nicht reelle 12'070'000 Franken. 4 Millionen betreffen die Rückstellungen für Dienstaltersgeschenke. Das wird zu Diskussionen führen. Damit liegen die Einsparungen noch bei 8 Millionen. Auch in anderen Bereichen sind die Möglichkeiten, die Kürzungen umzusetzen, noch unklar. Die EVP hat sich seit dem Sommer für ein Budget ausgesprochen. Sie hat sich nie der Diskussion über eine Steuererhöhung verweigert. Sie hat sich aber dezidiert dafür ausgesprochen, dass darüber nachgedacht werden muss. Eine Erhöhung um 5 Prozentpunkte kann aber nicht die Lösung sein. Heute Abend wird die Frage erneut gestellt. Wenn man die 4 Millionen von den Einsparungen abzieht und die übrigen Kürzungen belässt, würde eine Steuererhöhung um 3 Prozentpunkte auf 125 %, wie sie im Drehbuch von der EVP beantragt werden, über diese Hürde hinweghelfen. Die bürgerlichen Stadträte haben erklärt, dass sie nicht so viel einsparen können. Die FDP-Fraktion hört nicht auf ihre Stadträte. Deshalb steht N. Gugger hin und stellt den Antrag den Steuerfuss auf 125 % zu erhöhen. Die FDP Stadträte haben sich im Kollegialsystem mit einer Erhöhung des Steuerfusses auf 127 % einverstanden erklärt. Jetzt wird moniert, dass die linke Mehrheit im Stadtrat diese Steuererhöhung befürwortet. N. Gugger bittet die Ratsmitglieder, über ihren Schatten zu springen und den Steuerfuss um 3 Prozentpunkte zu erhöhen, das wären 7,2 Millionen. Damit könnte eine Million ins Eigenkapital fliessen. Das Eigenkapital der Stadt Winterthur würde um eine Million aufgestockt. Das ist nicht sehr viel, würde aber Stadträtin Y. Beutler unterstützen. Der Regierungsrat erwartet, dass Winterthur die Steuern erhöht. Ob der Stadtrat die Steuern um 5 Prozentpunkte erhöht oder um 3 Prozentpunkte, wird den Regierungsrat kaum stark interessieren. Er wird registrieren, dass die Steuern erhöht wurden,

dementsprechend können auch die Verhandlungen geführt werden. In diesem Sinne beantragt die EVP die fehlenden 5 bis 6 Millionen heute Abend zu ergänzen. Damit könnte die Budgetberatung mit einem ausgeglichenen Budget abgeschlossen werden. Die EVP dankt allen für ihre Unterstützung auch denen, die sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten werden.

R. Harlacher (CVP): Die AK stellt folgenden Antrag: Steuerfuss auf 122% festsetzen (gleichet einer Reduktion des Globalkredits um CHF 13 Mio.).

Ch. Ulrich (SP): Der Gemeinderat hat eine bewegte Debatte hinter sich. Netto wurden 12,1 Millionen eingespart, das sind sehr schmerzliche zusätzliche Kürzungen. Die Finanzsituation ist düster, das kann nicht wegdiskutiert werden. Der Gemeinderat muss sich als verantwortungsbewusstes Parlament überlegen, wie mit dieser Situation umzugehen ist. Kürzungen von rund 12 Millionen stehen im Raum. Die Frage ist, was macht man mit den Steuern. Für die SP-Fraktion ist klar, dass der stadträtlichen Antrag beibehalten werden muss. Die bürgerliche Ratsseite hat 12 Millionen gespart. In diesen Einsparungen sind diverse Punkte enthalten, die sehr unsicher sind. Stadträtin Y. Beutler hat es bereits erwähnt. Um 4 Millionen sollen die Rückstellungen für noch nicht bezogene Dienstaltersgeschenke, Ferien und Überstunden reduziert werden. Es ist erstrebenswert, dass diese Reduktion erreicht wird und es handelt sich um eine Führungsaufgabe. Die Reduktion kann aber nicht garantiert werden. Was macht die Stadt, wenn nur eine Million eingespart wird und drei Millionen fehlen? Was ist, wenn andere Ausgaben nicht eingespart werden können, weil sie gebunden erklärt werden? Was ist, wenn andere Kürzungen nicht umgesetzt werden können, weil eine Rechtsgrundlage verletzt würde? Was soll der Stadtrat machen? Soll er das Recht brechen? Es wird Nachtragskredite geben und gewisse Ausgaben wird der Stadtrat als gebunden erklären. Das Resultat wird ein Defizit sein. Das kann sich die Stadt in der jetzigen Finanzsituation nicht leisten. Wenn man den IAFP anschaut, wird deutlich, dass die Situation nicht besser wird. Die Wolken, die bereits jetzt düster sind, werden sich nicht verziehen. Sie bleiben. Der Himmel ist düsterer denn je. Es geht nicht darum ein schönes Budget zu verabschieden. Das Risiko muss dabei in Betracht gezogen werden, das bedeutet, dass an der Steuererhöhung von 5 Prozentpunkten festgehalten werden muss. Das ist wichtig. Es geht um eine Risikoabwägung und nicht um eine Steuererhöhung auf Vorrat. In Anbetracht des IAFP will die SP nicht damit beginnen das Eigenkapital zu reduzieren. Es gibt Kosten, die nach wie vor explodieren. Die Stadt kann wenig bis nichts dagegen unternehmen. Das heisst die Stadt wird auch im nächsten Jahr wieder vor der gleichen Situation stehen. Sie muss unglaublich hohe Einsparungen realisieren. Wenn das Eigenkapital noch weiter schmilzt, wird es immer schwieriger. Es gibt zudem Vorgaben bezüglich der Höhe des Defizits. Deshalb ist es ganz wichtig, dass der Gemeinderat heute, trotz den Einsparungen, die von der SP nicht unterstützt wurden, den Steuerfuss erhöht. Einige Referenten haben erklärt, dass die Erhöhung des Steuerfusses dem Image der Stadt Winterthur schaden würde. Die Steuern sind aber nur einer von verschiedenen Standortfaktoren. Wenn Winterthur attraktiv bleiben soll, muss die Stadt lebendig bleiben, dazu sind gewisse Finanzmittel notwendig. Der Comic im Tagesanzeiger spricht eine deutliche Sprache. Ch. Ulrich bittet die Ratsmitglieder, der Stadt nicht die Mittel zu entziehen, die sie braucht und einer Steuererhöhung zuzustimmen. Das ist das, was der Stadt nachhaltiger helfen wird, als auf Teufel komm raus zu sparen und die Stadt zu Tode zu sparen, nur damit man sagen kann, die Steuern wurden nicht erhöht. Ch. Ulrich bittet die Ratsmitglieder, der Steuererhöhung zuzustimmen, als Zwischenschritt mindestens um 3 Prozentpunkte. Die SP ist der Meinung, dass 5 Prozentpunkte notwendig sind.

M. Wackerlin (GLP/PP): Vor einem halben Jahr, als die Steuererhöhung diskutiert wurde, konnte man die gleichen negativen Bilder in den Medien sehen zum Thema Steuererhöhung. Jetzt hat die Stadt quasi einen doppelten Nachteil. Die GLP/PP-Fraktion will sicherstellen, dass das Budget der Stadt stimmt. Jeder einzelne Budgetposten kann abweichen. Was macht die Stadt, wenn die Steuereinnahmen um 1 Prozent höher oder tiefer ausfallen? Was passiert, wenn die Steuereinnahmen höher sind, das konnte man bereits feststellen. Wenn man auf die Homepage der Piratenpartei Winterthur geht, zeigt ein Banner die aktuellen Beiträge zur Finanzsituation. M. Wackerlin analysiert in einem Beitrag die Finanzmisere der

Stadt Winterthur. Die Graphik zeigt die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben von 2006 bis 2012 auf. Wenn der Stadtrat mehr eingenommen hat als budgetiert worden ist, hat er genau diesen Betrag mehr ausgegeben, statt zu sparen. Offensichtlich ist es kein Problem, wenn die Einnahmen höher oder tiefer sind als budgetiert. Der Stadtrat wird sich dem anpassen.

B. Meier (GLP/PP): Es ist interessant wie kurz vor dem Abschluss dieser Debatte neue Argumente vorgebracht werden. B. Meier hört zum ersten Mal, dass die Steuererhöhung notwendig sei, weil der Regierungsrat das erwartet. Winterthur ist eine eigenständige Stadt und kann über die Finanzen bestimmen. B. Meier ist überrascht, dass jetzt die Comic-Zeichner Jaermann und Schaad den Kopf hinhalten müssen. Es handelt sich um begnadete Zeichner. B. Meier musste über den Comic schmunzeln, obwohl ihm die Aussage nicht gefällt. Es geht aber um grössere Zusammenhänge. In den letzten zwei Jahren konnten ausserordentliche Einnahmen verbucht werden, 17 Millionen Übergangsausgleich und 30 Millionen vom Börsengang der Glencore. Wenn die Stadt diese knapp 50 Millionen nicht verkonsumiert hätte, wäre das Eigenkapital um 50 Millionen höher. Der Gemeinderat müsste nicht über diese Art von Sparen oder Steuererhöhung diskutieren. Vor einem Jahr hat der Gemeinderat mit grösstem Aufwand den Voranschlag des Stadtrates von einem Plus von 1 Million auf ein Plus von 8 Millionen verbessert. B. Meier ist diesen Sommer erschrocken, als die Kaskade von Sanierungszielen von 35 Millionen auf 55 und schliesslich auf 62 Millionen gestiegen ist. Die letzten 7 Millionen wurden durch den Verlauf des aktuellen Jahres begründet. Das heisst B. Meier musste zu Kenntnis nehmen, dass in der Rechnung 2013 voraussichtlich 7 Millionen fehlen werden. Was er aber nicht zur Kenntnis nehmen konnte, war ein sofort eingeleitetes Notsanierungsprogramm für das laufende Jahr, um das zu verhindern. Das nicht geplante Defizit wurde einfach auf den Voranschlag 2014, in das Sanierungsziel, aufgenommen. Werden die 28 Millionen Eigenkapital, die Ende letztes Jahr vorhanden waren, um 8 Millionen vermehrt oder ist dieser Betrag nicht mehr vorhanden? Wird die Stadt mit 36 Millionen Eigenkapital das Jahr 2014 beginnen oder mit 28 Millionen oder spielt das keine Rolle, weil eine neue Bilanzierung aufgrund von HRM2 bevorsteht?

Wenn man vorausschaut und abwägt, ob eine Steuererhöhung notwendig ist, dann ist es wichtig festzuhalten, dass eine Steuererhöhung keine statische Massnahme ist. Es geht nicht nur darum, ob diese 12 bis 13 Millionen zusätzliche Einnahmen zur Verfügung stehen oder nicht. Die natürlichen Personen werden entweder in Winterthur bleiben oder nicht, sie werden entweder nach Winterthur ziehen oder nicht. Die Steuerkraft von Winterthur konnte in den letzten Jahren verbessert werden. Darauf kann man stolz sein, das war ein Ziel. Im Vergleich zum kantonalen Mittel konnte die Steuerkraft aber nicht verbessert werden. Die Stadt vermocht ungefähr parallel zum kantonalen Mittel hinterherzuhinken. Das heisst, das Ziel eine Verbesserung im kantonalen Quervergleich zu erreichen, hat die Stadt nicht zustande gebracht. Zudem sind nicht nur die natürlichen Personen zu berücksichtigen, sondern auch die juristischen. Bezüglich der Zusammensetzung des Steuersubstrats, was die juristischen Personen anbelangt, ist die Stadt extrem schmalbrünstig. 20 bis 25 % der Steuereinnahmen kommen von Firmen. Es ist das deklarierte Ziel, auch des Stadtrates, eine Verbesserung zu erreichen. Das ist in den letzten zwei Jahren gelungen. Es handelt sich aber um einmalige Effekte. Die Frage ist, wie nachhaltig das ist. Die GLP nimmt zur Kenntnis, dass endlich aktuelle Zahlen zur Arbeitsplatzentwicklung in Winterthur vorliegen. Winterthur liegt im Vergleich zu den übrigen Schweizer Städten in Bezug auf die Arbeitsplätze pro Einwohner auf Platz 17, knapp vor Köniz. Winterthur entwickelt sich Richtung Schlafstadt. Die neuesten Zahlen deuten darauf hin, dass sich das verschlechtert hat. Wenn Winterthur zur Schlafstadt werden soll, müssen die Steuern erhöht werden. Wenn das für das Jahr 2014 verhindert werden kann, dann ist das für Winterthur und für die Zukunft ein Vorteil und dient einer lebendigen Stadt, die auch Arbeitsplätze bietet.

M. Wenger (FDP): Die Debatte geht nicht nur weiter. Lohnkürzungen wurden von A bis Z abgelehnt. Auch die Anträge, die angekündigt waren, wurden nicht gestellt. Der Steuerfuss soll beibehalten werden. Als kurzfristige Massnahme wurden die Ausgaben reduziert. Die FDP stellt unter Ziffer 8 einen Antrag zur Verselbständigung von städtischen Leistungen. Ein weiterer Punkt, Ziffer 9, betrifft die Einsetzung einer Spezialkommission, die mithelfen soll,

die Finanzen nachhaltig in den Griff zu bekommen. Das sind die Schritte die notwendig sind. Heute wurde der erste Schritt getan, indem die Kosten reduziert wurden.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ein Steuerfuss von 127 % ist innerhalb des Kantons tatsächlich hoch. Winterthur bietet dafür auch etwas. Die Stadt kann sich nicht mit der Agglomeration, mit dem Speckgürtel, vergleichen und messen. Weil es dort häufig so ist, dass die einzige kulturelle Veranstaltung das samstägliche Rasenmäher-Konzert der Einfamilienhausbesitzer ist. Winterthur ist Ch. Griesser etwas wert. Er hat einen Steuervergleich der 10 grössten Städte in der Schweiz gemacht. Grundlage ist ein Ehepaar mit einem steuerbaren Einkommen von 100'000 Franken und einem Vermögen von 300'000 Franken, Konfession reformiert: Zum Erstaunen von Ch. Griesser ist Lugano absolut top mit rund 1'600 Franken weniger Staats- und Gemeindesteuern. Auf gleicher Höhe befinden sich die Städte Zürich, Luzern und Winterthur und weit abgeschlagen Bern, Biel, Lausanne, St. Gallen, Genf und Basel. Ch. Griesse weiss nicht, was es zu kritisieren gibt. Die Fraktion Grüne/AL hat nicht das Problem, dass sie den Wählern versprochen hat, die Steuern nie zu erhöhen. Sie hat auch nicht von Steuersenkungen geredet. Das ist das Problem der Parteien, die das immer wieder gemacht haben. Seit 1999 bezahlen die Bewohnerinnen und Bewohner massiv weniger Steuern. Für ein Ehepaar mit einem steuerbaren Einkommen von 100'000 Franken beträgt die Reduktion rund 2'000 Franken pro Jahr. Hinzu kommt, dass seit 1999 unzählige Abzüge neu eingeführt oder erhöht worden sind. Von den erwähnten 10 grössten Städten in der Schweiz sehen die meisten entweder eine Steuererhöhung für das Jahr 2014 vor oder ein Budget mit einem Verlust. Sparen tut weh und muss wehtun. Das hat Ch. Griesser bereits zu Beginn der Budgetdebatte erklärt. Deshalb ist es richtig, dass die Steuern erhöht werden. Diese Erhöhung ist richtig als Zeichen für das Personal, das bereits einen grossen Beitrag leisten musste. Es ist ein Zeichen für die Menschen, die durch die Kürzungen stark betroffen sind. Die Grüne/AL-Fraktion wird an der Steuererhöhung auf 127 % festhalten.

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion wird den Antrag auf einen gleichbleibenden Steuerfuss von 122 % unterstützen. Der Vergleich mit den Gemeinden des Speckgürtels hinkt und ist nicht zulässig. Die Stadt spielt in einer anderen Liga. Der Steuerfuss ist nicht irgendwo bei 90 %. Sie ist auch nicht an einem sinnlosen Steuerwettbewerb beteiligt. Der Steuerfuss ist auf dem höchsten Niveau. Wenn man mit dem Budget 2013 vergleicht, sind die Steuereinnahmen für 2014 etwa in der gleichen Höhe budgetiert, wenn man von einer Steuererhöhung absieht. Dieser Punkt bestätigt, dass eine Steuererhöhung nicht die richtige Massnahme ist. Nicht die Höhe der Kosten für den Einzelnen ist wesentlich. Es ist gefährlich mit kleinen Beträgen zu operieren und auszurechnen, wie hoch die Kosten pro Tag sind. Man muss die Gesamtsumme pro Jahr ausrechnen. Dann sieht es meist anders aus. Es ist Bauernfängerei. Wenn der Steuerfuss bei 122 % belassen wird, werden auch die Steuereinnahmen gleich hoch sein wie im Jahr 2013. Das ist der richtige Weg. Langfristig gesehen, schmerzt sparen immer. D. Oswald hofft nicht, dass die Stadt in der Vergangenheit Geld ausgegeben hat für unwichtige Dinge. Deshalb tut sparen weh. Es führt aber kein Weg daran vorbei. Die Jahre 2015 und 2016 sehen nicht viel besser aus. Sollte sich wirtschaftlich die Situation verändern, dann hat die Stadt gar keinen Spielraum mehr. Es ist falsch einen Steuerwettbewerb an die Wand zu malen. Wenn der Steuerfuss auf dem bisherigen Niveau bleiben kann, ist das ein gutes Zeichen nach aussen und wird vor allem für Firmen, die nach Winterthur ziehen wollen, ein positives Signal sein. D. Oswald ist der Meinung, dass es gegenüber dem Kanton ein positives Zeichen ist, wenn das Kostenwachstum gedämpft werden kann und Winterthur die Hausaufgaben gemacht hat. Die Stadt kann damit zeigen, dass sie sorgsam mit dem Geld umgeht. Gerade damit hat Winterthur eine Chance, wenn es gewisse Sachen auszuhandeln gibt. Bezüglich den übergeordneten Aufgaben, die vom Gesetz vorgeschrieben sind, werden genau diese Angebote von der linken Seite gefordert und lanciert. Diese Forderungen werden sowohl auf kantonaler, wie auch auf eidgenössischer gestellt. Es wird immer mehr nach dem Staat gerufen. Dem Staat werden immer mehr Aufgaben aufgehalst. Dort kann man die Ausgaben zurückbinden. Dann gibt es weniger Vorgaben.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion wird den Steuerfuss von 122 % unterstützen. In der Steuerdiskussion gibt es eine kurzfristige Sicht auf das Jahr 2014, die an den letzten Aben-

den diskutiert wurde. Es ist die Sicht, die für das nächste Jahr ein ausgeglichenes Budget fordert. In den letzten drei Wochen hat der Gemeinderat gezeigt, dass das gelingt, dass gespart werden kann. Daneben gibt es eine langfristige Sicht. Die Beurteilung der Ausgangslage wird von allen Ratsmitgliedern geteilt. Der IAFP zeigt, dass die Aussichten nicht rosig sind. Für die Jahr 2015 und 2016 sieht es nicht gut aus. Zudem stellt sich die Frage, ob noch weitere Ausgaben notwendig werden. In den letzten Jahren hat eine Ausgabenexplosion stattgefunden. Es kann noch weitere Steigerung geben. Über die Ausgangslage sind sich die Ratsmitglieder einig. Wie dem entgegengewirkt werden kann, darüber gehen die Meinungen auseinander. Dahinter stehen politische Ansichten. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt die finanzielle Lage nur dann in den Griff bekommt, wenn langfristig Arbeitsplätze geschaffen werden können, wenn Firmen in die Stadt ziehen, die entsprechend hohe Steuern zahlen. Das ist nur zu schaffen, wenn Steuerfuss stimmt. Das ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen. In den letzten Jahren hat es die Stadt nicht geschafft, massenhaft Unternehmen nach Winterthur zu holen mit einem Steuerfuss von 122 %. Wenn dieser auf 127 % gesetzt wird, kann man nicht so naiv sein und glauben, dass dann die Firmen nach Winterthur ziehen. Es gibt genug andere Gemeinden, die bessere Rahmenbedingungen bieten als Winterthur. Niemand kann im ernst fordern, dass der Steuerfuss erhöht wird und gleichzeitig glauben, dass Winterthur in Zukunft mit mehr Arbeitsplätze rechnen kann. Die Erhöhung der Anzahl Arbeitsplätze ist ein strategisches Ziel, das sich der Stadtrat gesetzt hat. Die CVP sieht keine realistischen Erfolgsaussichten, wenn jetzt dieses Zeichen nach aussen gegeben wird und die Steuern um 5 Prozentpunkte erhöht werden. Wenn man langfristig eine attraktive Stadt erhalten will, braucht es Arbeitsplätze. Die Firmen können nicht mit hohen Steuern angezogen werden. Deshalb kann die CVP-Fraktion der Steuererhöhung um 5 Prozentpunkte nicht zustimmen. Der Gemeinderat hat gespart. R. Harlacher hofft, dass der Stadtrat für die Jahr 2015 und 2016 die Hausaufgaben machen wird. Er muss strukturelle Probleme angehen. Wenn er das nicht macht, muss in einem Jahr diese Debatte wiederholt werden. Das kann es nicht sein. Das gibt auch keine Sicherheit für Unternehmen, die langfristig planen wollen. Wie sollen sie nach Winterthur ziehen, wenn sie nicht wissen, ob in zwei oder drei Jahren die Steuern erneut erhöht werden? R. Harlacher bittet die Ratsmitglieder, auch zum Wohl von Winterthur, die Steuererhöhung nicht zu akzeptieren und sich für einen Steuerfuss von 122 % einzusetzen.

Stadträtin Y. Beutler: Die Statistik zeigt, wie viel die Stadt Winterthur in die soziale Wohlfahrt investiert und wie viel die umliegenden Nachbargemeinden. Man kann diese Ausgaben pro Kopf ausrechnen und eine Hochrechnung machen, wie hoch der Steuerfuss der umliegenden Gemeinden wäre, wenn sie die gleichen pro Kopf Ausgaben tragen müssten wie Winterthur. Viele Gemeinden sind zudem Nehmergemeinden und nicht Gebergemeinden im Finanzausgleich. Im Vergleich mit dem Umfeld ist die Stadt Winterthur extrem steuergünstig. Der IAFP wurde angesprochen. Dieser sieht tatsächlich nicht rosig aus. Mit diesem Budget wird der IAFP für das Jahr 2015 um rund 5 Millionen verschlechtert. Von den rund 12 Millionen, die aus dem Budget gestrichen wurden, sind 5,5 Millionen auf Einmaleffekte zurückzuführen, die im Jahr 2015 nicht mehr anfallen werden. Es ist so wie B. Meier es gesagt hat, seit dem Jahr 2012 hat die Stadt ein Problem. Die Stadt hätte die zusätzlichen 50 Millionen nicht einfach sparen können. Das Geld wurde benötigt, damit all das was weggefallen ist, ersetzt werden konnte. Die Stadt hat 14 Millionen weniger indirekten Finanzausgleich erhalten, die der Kanton an die Lehrerlöhne gezahlt hat. Diese Entwicklung hat von 2005 bis 2012 stattgefunden. Deshalb konnten die 50 Millionen nicht einfach in die Kasse gelegt werden. Man hätte aber früher beginnen können zu sparen. Das hätte allen das Leben einfacher gemacht. Das hat Stadträtin Y. Beutler mehrmals betont. Es nützt aber letztlich nichts, sich auf diesen Punkt zu fokussieren. Die Probleme sind waren bereits am 1. Januar 2012 vorhanden. Die grossen Probleme haben mit dem neuen Finanzausgleich zu tun. Die Hochrechnung für das Jahr 2013 hat der Stadtrat gemacht. Er hat auch Massnahmen ergriffen. In der Aufsichtskommission hat Stadträtin Y. Beutler rapportiert. Es sieht so aus, dass 6 Departemente unter Budget abschliessen können, 1 Departement wird das Budget überschreiten aufgrund von gebundenen Kosten.

Die Entwicklung der Steuerkraft wurde erwähnt. Wenn man die grössere Entwicklung anschaut, zeigt sich, dass im Jahr 2002 die Steuerkraft 32,1 % unter dem kantonalen Mittel lag.

Im Jahr 2012 lag sie 19 % unter dem kantonalen Mittel. Das ist noch immer zu wenig. In den letzten 10 Jahren konnte in dieser Hinsicht aber viel erreicht werden. Die Steuererträge steigen, aber die Stadt hat nicht sehr viel davon, weil der Ressourcenausgleich im gleichen Umfang abnimmt. Solange die Steuerkraft unter dieser magischen Grenze liegt, heisst das, dass pro Einwohner rund 4'000 Franken bleiben. Die Steuerkraft müsste um rund 20 % gesteigert werden, bis die Stadt über dieser magischen Grenze liegt. Stadträtin Y. Beutler wünscht sich eine Änderung. Aber im Moment ist es so. Sicher sind alle realistisch genug, um zu wissen, dass dieser Anstieg nicht von heute auf morgen gelingen wird. Es lässt sich hochrechnen, wie viele zusätzliche Firmen, respektive zusätzliche Steuerzahler notwendig sind, bis die Stadt 13 Millionen einnehmen kann. Stadträtin Y. Beutler kann nur an den Gemeinderat appellieren. Auf dem Papier geht das Budget ungefähr auf. Letztlich ist aber die Rechnung entscheidend und nicht das Budget. Es sind Planwerte. Es gibt seriösere Planwerte und es gibt Planwerte, die auf wackligen Füßen stehen. Wenn der Stadträtin Y. Beutler gesagt wird, dass dafür bei der Rechnungsabnahmen nicht so genau hingeschaut werde, dann entspricht das nicht den Vorstellungen von einer ehrlichen und nachhaltigen Finanzpolitik. Deshalb appelliert Stadträtin Y. Beutler an den Gemeinderat, dieser Steuererhöhung zuzustimmen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier stellt den Antrag der Aufsichtskommission, Festsetzung des Steuerfusses auf 122 % dem Antrag dem Antrag der EVP, Erhöhung des Steuerfusses um 3 Prozentpunkte auf 125 % gegenüber. Der obsiegende Antrag wird dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Aufsichtskommission zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier stellt den Antrag der Aufsichtskommission, Festsetzung des Steuerfusses auf 122 % dem Antrag des Stadtrates, Erhöhung des Steuerfusses um 5 Prozentpunkte auf 127 % gegenüber.

Der Rat stimmt dem Antrag der Aufsichtskommission zu. Der Steuerfuss bleibt bei 122 %.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Damit ist auch die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich abschliessend behandelt.

Schlussabstimmung

Ch. Ulrich (SP): Im Gemeinderat wurde lange über das Budget diskutiert – vor allem über Zahlen und leider weniger über Leistungen. Die Bürgerlichen haben auf Biegen und Brechen gespart, egal wo, Hauptsache keine Steuererhöhung. Das Resultat ist für die SP schlicht eine Katastrophe. Eine Katastrophe für die Verwaltung und für die Mitarbeitenden, die jetzt aufgrund einer buchhalterischen Berechnung Kürzungen umsetzen müssen, oft ohne konkreten Auftrag vom Gemeinderat. Es ist eine Katastrophe für den Gemeinderat, weil er keine konkreten Aufträge an die Verwaltung erteilt hat und sich somit der Verantwortung entzieht. Das ist eine Katastrophe auch für die Institution Gemeinderat, der an Glaubwürdigkeit verloren hat. Der Gemeinderat hat nicht sachlich über die einzelnen Budgetposten zu beraten. Es ist aber vor allem eine Katastrophe für die Bevölkerung. Es sind massiv Leistungen gestrichen worden, zusätzlich zu den Einsparungen des Stadtrates. Beispiele sind die kürzeren Öffnungszeiten der Museen, der Elternbrief der Pro Juventute, der nicht mehr verschickt wird, die Alte Kaserne wird die Gebühren erhöhen müssen für die lokalen Vereine, die Toiletten werden nicht mehr gereinigt, die Beiträge an die Volksschule an den Tierpark Bruderhaus, an die Spitex, die Alters- und Pflegezentren etc. werden gekürzt. Die Liste ist lang. Junge Familien, alte Menschen, Sportler, Gewerbetreibende, Vereine, Kulturinteressierte, Stadtangestellte und viele mehr müssen in Zukunft mit massiv weniger Leistungen von der Stadt leben.

Zudem wurden Einsparungen vorgenommen, die rechtliche nicht einwandfrei sind. Was soll der Stadtrat jetzt machen. Das Recht verletzen? Ein Defizit in Kauf nehmen oder mit Nachtragskrediten arbeiten? Das ist unseriös. Die SP bedauert, dass mit dieser Debatte nicht über Leistungen oder Leistungskürzungen gesprochen wurde. Es wäre der richtige Ort ge-

wesen, im Rat und in den vorberatenden Kommissionen, für eine Diskussion. Stattdessen haben die Buchhalter überhandgenommen und mit der Unzahl von 0,6631 %, die von den Grünliberalen beantragten Kürzungen vorgenommen. Die Stadtfinanzen sind kein buchhalterisches Spiel. Es geht um Menschen, es geht um Arbeitsplätze, es geht um viel. Die Damen und Herren von der bürgerlichen Seite haben den Dialog über die Leistungen leider nur teilweise führen wollen. Das muss die SP akzeptieren. Ebenso muss sie akzeptieren, dass die Mehrheit des Parlaments das Budget zurechtgeschustert hat. Das ist Teil der Demokratie. Aber die Verantwortung für diese Entscheide muss die bürgerliche Seite allein tragen, nicht der Gemeinderat als Ganzes und schon gar nicht der Stadtrat. Die bürgerliche Seite trägt die Verantwortung für die Kürzungen, die in den letzten zweieinhalb Wochen beschlossen wurden. Das bedeutet einen weiteren Leistungsabbau, der die Bevölkerung schmerzen wird. Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte hatten die Chance, dem Stadtrat genaue Anweisungen zu geben, wo er sparen soll. Diese Möglichkeit hat die bürgerliche Seite aus der Hand gegeben. Ch. Ulrich bittet die Bürgerlichen konsequent zu sein und die Entscheide des Stadtrates zu akzeptieren. Im Nachhinein zu erklären, dass man das so nicht gewollt hat, gilt nicht mehr. Konkrete Vorschläge hätten in die Debatte eingebracht werden sollen oder wie man an anderen Orten jeweils sagt: „Sprechen Sie jetzt und sonst schweigen sie für immer“. Die bürgerlichen Ratskolleginnen und Kollegen müssen die Verantwortung für dieses Budget übernehmen. Sie müssen heute, morgen und übermorgen den Frauen und Männern in dieser Stadt, den Jungen und Alten ins Gesicht sehen und ihnen sagen, dass sie das Budget beschlossen haben und diese oder jene Leistung gestrichen haben. Ch. Ulrich fordert die bürgerliche Ratsseite auf, diese Verantwortung zu tragen. Die SP ist nicht bereit die Verantwortung für dieses Budget zu übernehmen. Die zusätzlichen Leistungskürzungen gehen massiv zu weit. Das Personal, die Bevölkerung und die Stadt als Ganzes müssen zu viele Opfer bringen und das nur damit eine Steuererhöhung auf Teufel komm raus abgewendet werden kann. Das ist nicht die Politik der SP, nicht der Weg für Winterthur, deshalb wird die SP das Budget ablehnen. Ch. Ulrich fordert die Ratsmitglieder auf, auf das Herz zu hören und nicht auf das Parteibuch und das Budget abzulehnen.

A. Steiner (GLP/PP): So einfach, wie Ch. Ulrich meint, geht das Spiel nicht, vor allem was die Verantwortung anbelangt. Vor zwei Jahren hat die jetzige Stadträtin anlässlich der Budgetdebatte zu Protokoll gegeben: „Ich kann die blinde Sparwut des interfraktionellen Trios aus SVP, FDP, CVP und leider auch von Mitgliedern der GLP nicht ganz nachvollziehen.“ A. Steiner hat es aufgezeigt. Wenn die Stadt früher reagiert hätte, das hat die Stadträtin bestätigt, müsste jetzt nicht in diesem Ausmass gespart werden. Die SP hat auch damals jede Kürzung verweigert. Sie war nicht bereit Verantwortung zu übernehmen. Die GLP, CVP, FDP und SVP mussten jetzt die Verantwortung übernehmen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Fraktion Grüne/AL bereiten vor allem zwei Dinge Mühe. Einerseits der Antrag der FDP betreffend Rückstellungen für Dienstaltersgeschenke, Ferienguthaben und Überzeit. Es geht darum, wie viel ins andere Jahr übernommen werden darf. Dieser Antrag bringt, ohne Änderung des Personalstatuts vor allem Unsicherheit. Ch. Griesser geht davon aus, dass das Personal teilweise eher keine Dienstaltersgeschenke, respektive nur noch die Hälfte davon als Ferien beziehen werden und sich den Rest auszahlen lässt. Das wird nicht zu Einsparungen, sondern zu Mehrausgaben führen. Die GLP hat unzählige Anträge gestellt, die Globalbudgets der Produktgruppen um 0,6631 % zu kürzen, weniger Mobilien, Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial. Soweit so gut. Die Mehrheit im Rat hat immer wieder darüber debattiert, was passiert, wenn in einem Tram 8 Leute sitzen, eine Haltestelle kommt und 10 Leute aussteigen. Sie haben sich gefragt, wie viele Leute an der nächsten Station einsteigen müssen, damit niemand mehr im Tram sitzt. Winterthur hat kein Tram. Diese Gedankenspiele lohnen sich nicht. Deshalb lohnt es sich auch nicht darüber zu diskutieren, wie viel Material eingespart werden kann, wenn gar nicht so viel Material vorhanden ist. Ch. Griesser ist noch immer der Ansicht, dass Porti, Post-, Bank- und Betreibungsgebühren nicht verhandelbar sind. Teilweise wurden auch gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen gekürzt. Darum sind die Anträge der GLP rechtlich fragwürdig. Die Grüne/AL-Fraktion kann diese mit der Schlussabstimmung nicht mittragen. Die GLP betont immer wieder, sie sei die Meinungsführerin in Bezug auf die Finanzpolitik. Ist

das jetzt die Genialität, die Winterthur braucht oder ist es eine Selbstüberschätzung? Anlässlich der Rechnungsabnahme 2014 wird man sich wieder sehen. In der Zwischenzeit wird der Stadtrat ab und zu eine Gebundenheitserklärung vorlegen. Auch die Grüne/AL-Fraktion lehnt das Budget ab.

N. Gugger (EVP): Heute haben die Ratsmitglieder immer wieder erlebt, dass auf dem Buckel von Menschen gespart wird. Es ist nicht ehrlich, wenn gesagt wird, dass keine Lohnkürzungen vorgenommen wurden. Ja, es sind keine Lohnkürzungen beantragt worden. Es wurden einfach Menschen knallhart und eiskalt auf die Strasse gestellt. Es ist bekannt, spätestens am 30. Juni 2014 werden einige Mitarbeitende gehen müssen, andere müssen bereits früher gehen. Zusätzlich hat der Stadtrat bereits im Oktober und November 2013 Stellen gekündigt. N. Gugger hat wie einst Don Quichotte immer wieder darauf hingewiesen, dass heute Abend nicht 12,1 Millionen gespart werden konnten, sondern lediglich etwas mehr als 6 Millionen. Der Stadtrat wird die Kürzungen versuchen umzusetzen. Ehrlicher muss man eingestehen, dass es nur darum ging, das Gesicht derjenigen zu wahren, die im Sommer erklärt haben, dass die Steuern nicht erhöht werden. Nächstes oder übernächstes Jahr wird Winterthur nicht um eine Steuererhöhung herumkommen. Der Regierungsrat wird das der Stadt unter Umständen noch schriftlich mitteilen. Jetzt hat Stadträtin Y. Beutler das nur angekündigt. Die EVP ist zutiefst konsterniert, ohnmächtig und frustriert von diesem Verhalten. Die bürgerliche Seite hat keinen Millimeter nachgegeben, nur im Bereich Schule hat sie die Kürzung um 500'000 Franken reduziert. Die EVP ist enttäuscht, weil gewisse Fraktionen nicht auf ihre Stadträte hören wollten und weil die Hausaufgaben nicht gemacht wurden. Der Kurs wurde eiskalt fortgesetzt. N. Gugger hat heute Abend versucht das winterliche Eis aufzuweichen. Man hat klar gesagt, es bleibt Eiszeit, wir zeigen der ganzen Welt, wir können das. Es sind 6 Millionen, die nächstes Jahr in der Rechnung aufscheinen werden, die jetzt eingespart wurden. Die Ratsmitglieder konnten nicht aufeinander zugehen und einen Mittelweg suchen. Das Parlament konnte auch nicht einer gemässigten Steuererhöhung zustimmen. Damit hätte man im nächsten Jahr statt 28 Millionen 29 Millionen in der Kasse gehabt, also eine Million mehr. Die Stadt wird im nächsten Jahr ein klares Minus ausweisen. Dementsprechend weist die EVP in Bezug auf den Finanzplan für das Jahr 2015 darauf hin, dass eine Steuererhöhung unumgänglich sein wird. Ehrlicher wäre es gewesen, wenn bereits heute ein salomonischer Mittelweg gewählt worden wäre, damit das Eigenkapital aufgebaut werden kann. Jetzt wird mehr als nur eine rote Null resultieren. Die EVP wird in diesem Sinne die Zustimmung zu einer Steuererhöhung erneut unterstreichen. Sie wird aber eine öffentliche Absagt an die Beibehaltung des Steuerfusses von 122 % erteilen.

M. Wenger (FDP): Die FDP wird dem Steuerfuss von 122 % zustimmen. Das Drehbuch zur Budgetdebatte umfasst 50 Seiten. Darin ist genau ein Antrag der SP enthalten. Man muss sich fragen, wie man so grossartig von Mitarbeit sprechen kann, wenn nur ein Antrag zustande gebracht wird.

Ch. Ulrich (SP): Das stadträtliche Sparpaket wurde dem Gemeinderat vorgelegt. Das ist ausbalanciert. Es hat Kürzungen enthalten, die bereits geschmerzt haben. Als Gegenpol hat der Stadtrat eine Steuererhöhung von 5 Prozentpunkten vorgesehen. Das hat die SP unterstützt. Sie hat sich mit den Stadträten immer wieder unterhalten und klare Forderungen gestellt. Das heisst nicht, dass die Stadträte immer die Forderungen der Fraktion umsetzen. Aber der Dialog wurde geführt. Die SP ist zum Schluss gekommen, dass bei einer Güterabwägung zwischen Steuererhöhung und Kürzungen, das Paket die beste Lösung darstellt. Die SP hat sich entschieden, dass sie das Paket, so wie es der Stadtrat vorschlägt, unterstützt, inklusive Steuererhöhung. Das heisst mitnichten, dass die SP nicht spart, in diesem Paket sind Sparanträge in Millionenhöhe enthalten. Diese Kürzungen schmerzen. Sie treffen das Personal und gewisse Leistungen werden abgebaut. Es kann niemand sagen, dass die SP nicht sparen will. Die Stadt muss sparen. Das Paket, das der Stadtrat vorgelegt hat, ist ausbalanciert. Der Stadtrat hat seine Aufgaben erledigt. Die SP anerkennt die Leistung des Stadtrates und hat die stadträtlichen Anträge unterstützt. Sie will keine weiteren Sparmassnahmen, weil sie dem Griff in den berühmten Giftschränk gleichkommen. Die bürgerliche Seite hat diesen Giftschränk geöffnet. Solange die Steuern nicht erhöht werden, scheint alles

möglich zu sein. Die SP wollte das Gift im Schrank lassen und dafür die Steuern erhöhen. Das wäre eine Art und Weise gewesen, um das Gleichgewicht zu wahren. Jetzt stimmt die Balance nicht mehr.

M. Zeugin (GLP/PP): Eigentlich möchte M. Zeugin nicht die Position von anderen kommentieren, notabene wurde das zur Genüge von anderen Ratsmitgliedern gemacht. Aber ein Punkt muss kommentiert werden. Es ist nicht verständlich, wie eine Partei im Rat versuchen kann sich zu profilieren mit dem Antrag, den Steuerfuss um 3 Prozentpunkte, statt um 5 Prozentpunkte zu erhöhen. Dafür hat diese Fraktion keinen einzigen Antrag und auch sonst nichts Substanzielles zum Budget beigetragen, während eine Mehrheit das Stadtbudget ins Lot bringen wollte. Jetzt spricht diese Fraktion davon, dass auf dem Buckel von anderen etwas passiert. Diese reduzierte Steuererhöhung von 3 Prozentpunkten, die sich die EVP geleistet hat, ist nichts anderes als auf den Buckel von anderen Fraktionen grosse Worte zu führen. Nachhaltigkeit hat drei Dimensionen. Die Zahlen der vergangenen Jahre zeigen, dass die wirtschaftliche Nachhaltigkeit nicht ausser Acht gelassen werden darf. Der dritte Einwand von M. Zeugin hängt auch ein Stück weit mit der Verantwortung zusammen. Er erinnert an einen Artikel im Landboten mit der Überschrift: „Die neue Diktatur“. Diese Überschrift sagt viel über den Schreibenden aus. Eine Demokratie wird plötzlich zur Diktatur erklärt. Man könnte aber einfach sagen, dass in Winterthur neue Mehrheiten gebildet wurden. Auf diesem Hintergrund sollte man sich vor Augen halten, dass Winterthur in den letzten zehn Jahren drei Sparprogramme formuliert hat. Das jetzige Sparprogramm ist mit einer neuen Zusammensetzung der Mehrheiten im Gemeinderat zustande gekommen. Die Grünliberalen wollen, dass die Finanzprobleme der Stadt, gelöst werden und die Berg und Talfahrt der letzten Jahre beendet wird. Es ist wirklich unangenehm, wenn es ständig bergauf und bergab geht. Um die finanziellen Probleme zu lösen, wurde ein Beschlussantrag eingereicht. Eine Spezialkommission soll sich dem Problem annehmen. Ch. Ulrich hat einen Runden Tisch vorgeschlagen. Die GLP ist der Meinung, dass eine Spezialkommission genügend Biss haben wird. Es braucht kein Forum, um sich über die Probleme zu unterhalten. Es braucht eine Spezialkommission. Es ist schade, dass die SP den Antrag nicht unterstützt.

N. Gugger (EVP): Die EVP hat das Gespräch gesucht. N. Gugger als Fraktionspräsident hat die GLP bereits im Frühherbst darauf angesprochen, dass die EVP einer Steuerfusserhöhung von 5 Prozentpunkten nicht zustimmen wird. M. Zeugin hat sich heute Abend enerviert, das ist sein Recht. Aber der substantielle Beitrag der GLP ist folgender: Die GLP hat entschieden, dass sie sich missbrauchen lässt. Sie hat die Anträge gestellt, den Globalkredit der Produktgruppen um 0,6631 % zu kürzen. Zudem war bekannt, dass noch andere bürgerliche Sparanträge gestellt werden. N. Gugger kann viel besser mit einem Sparantrag leben, der bei einem Restaurant Einsparungen vorsieht. Das hat die EVP unterstützt. Es war ein substanzieller Antrag. Es geht nicht um Menschen. Die Anschuldigungen von M. Zeugin weist N. Gugger zurück. Es ist fast ein Zeugnis von Ohnmacht, wenn M. Zeugin auf die EVP losgehen muss. Die EVP nimmt auch das entgegen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier bittet die Ratsmitglieder um kurze Voten. Der Gemeinderat muss noch über 8 Anträge abstimmen.

D. Schneider (FDP) übernimmt die Verantwortung für dieses Budget. Er hat sich lediglich über die WC-Häuschen geäußert, während der 20stündigen Debatte. Aber es gibt noch andere Gründe, warum D. Schneider die Sparanträge unterstützt hat. Es geht weniger um den Steuerfuss und um das Sparen. Die Sicht von D. Schneider auf Winterthur ist längerfristig. Die Stadt hat sich über vier Jahrzehnte zu einer Wohnstadt und einer Kulturstadt entwickelt. Die Kinder von D. Schneider sind in Winterthur aufgewachsen. Es ist ein Privileg in der Stadt zu wohnen, das ist alles gut. Aber es gibt eine Trendwende, eine Richtungsänderung ist notwendig. Neuhegi ist ein Beispiel. Es gibt einen Mechanismus, der die Anzahl Einwohner und die Anzahl Arbeitsplätze, die geschaffen werden müssen, betrifft. Wenn keine Firmen angesiedelt werden können, kann sich das Gebiet nicht wirklich weiterentwickeln. Es ist wichtig eine langfristige Perspektive zu beachten, wenn Winterthur keine Schlafstadt werden soll. Die Stadt muss innovativ sein und ein Umfeld schaffen, das für Unternehmungen attrak-

tiv ist. Das Signal, das von einer Steuererhöhung ausgeht, ist denkbar schlecht. Es ist klar, dass die Einsparungen schmerzhaft sind und einzelne trifft. D. Schneider hat aber eine weitere Sicht auf die Zukunft im Blick. Die Stadt muss eigenständig werden und eine starke Wirtschaft fördern. Die Diskussionen haben sich zum Teil um Details gedreht und aufgrund der Sparanträge schlägt man sich die Köpfe ein. Dabei geht um Zukunftsaussichten und um eine Vision für Winterthur. Deshalb haben die Bürgerlichen diese Anträge gestellt. Es geht nicht einfach um blindes Sparen. Es geht um Zukunftsaussichten für die Stadt.

Ch. Baumann (SP) bezieht sich auf zwei Begriffe. M. Zeugin hat von wirtschaftlicher Nachhaltigkeit gesprochen. Jetzt ist immer wieder der Begriff längerfristige Finanzpolitik zu hören und von Perspektiven. Ch. Baumann muss feststellen, dass mit diesem Budget einmalige Einnahmen dazu verwendet werden, das Budget zu verbessern. 1,4 Millionen werden den Parkhausreserven entnommen. 4 Millionen sollen bei den Dienstaltersgeschenken, den Ferienguthaben und Überstunden eingespart werden. Niemand weiss, ob das den rechtlichen Grundlagen entspricht etc. Insgesamt sind für das nächste Jahr 8 Millionen Defizit bereits vorhanden. Ch. Baumann glaubt nur eines in Bezug auf die Perspektive und Nachhaltigkeit, nächstes Jahr wird der Gemeinderat die gleiche Debatte in der gleichen Härte zu führen haben. Das ist eine politische Kultur, die gesät worden ist und die von der SP nicht mitgetragen wird.

R. Diener (Grüne/AL): Der Vorwurf die Grüne/AL-Fraktion handle nicht nachhaltig, kann R. Diener nicht stehen lassen. Nachhaltigkeit bezieht sich auf die drei Begriffe Wirtschaft, Ökologie und Soziales. Das sind die Eckpunkte eines Dreiecks. In den letzten drei Wochen wurde von der bürgerlichen Seite ausschliesslich gespart. R. Diener hat nur die wirtschaftlichen Komponenten gesehen von diesem Dreieck, das zur Nachhaltigkeit gehört. Die sozialen Aufgaben wurden einfach weggewischt und von den ökologischen Aspekten hat niemand gesprochen. Als R. Diener Kontakt mit den Bürgerlichen aufgenommen hat, um über einen Kompromiss zu diskutieren, wollte niemand mitmachen. Das war typisch. Es wurde nicht einmal das Gespräch gesucht über einen Kompromiss. Der Sparkurs wurde einfach knallhart durchgezogen. Das ist nicht nachhaltig. Damit werden die sozialen und die ökologischen Komponenten weggespart. Eine lebendige Stadt ist etwas anderes. Die Bürgerlichen wollten kein Jota von ihrem Kurs abrücken. Die Grüne/AL-Fraktion rückt auch nicht von ihrer Entscheidung ab. Sie kann das Budget nicht mittragen. Der Stadtrat hat ein nachhaltiges Budget vorgelegt, das alle drei Komponenten berücksichtigt hat. Das hätte die Grüne/AL-Fraktion unterstützt. Sie wäre auch bereit gewesen über Änderungen zu diskutieren. Aber es haben keine Gespräche stattgefunden. Man wollte nicht darüber diskutieren. Es ging ausschliesslich darum, eine Steuererhöhung zu verhindern, die eine soziale Komponente gesichert hätte. Die Leistungen wären gesichert gewesen, für diejenigen, die nicht so viel bezahlen können. Diejenigen, die bezahlen könnten, wollten die Steuern nicht erhöhen. So läuft das mit diesem Budget.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier bittet erneut um kurze Voten.

W. Langhard (SVP): Ein riesen Gejammer auf der linken Seite. Die SVP will seit Jahren sparen. Sie hat das Budget mehrmals abgelehnt. Die linke Ratsseite hat nicht auf die SVP gehört. Das Budget wurde ständig erhöht. Die linke Ratsseite hat ständig Mehrausgaben bewilligt. Die CVP hat früher mitgeholfen. Sie wollte ebenfalls nicht sparen. Die SVP war die einzige Fraktion, die sparen wollte. Wenn man auf die SVP gehört hätte, wäre die Stadt nicht in dieser Lage. Jetzt konnte ein Budget erreicht werden, das akzeptabel ist, ohne Steuererhöhung. W. Langhard hofft, dass das die nächsten zwei bis drei Jahre so weiter geht.

Ch. Ulrich (SP): Wenn man einen Rückblick macht, müssen die Mehrheitsverhältnisse seit 2010 berücksichtigt werden. Sie sind genauso, wie sie heute sind. Es wird immer wieder erklärt, dass die SVP sparen wollte, sie hätte einfach mehrheitsfähige Anträge stellen müssen. Das war offenbar nicht möglich. Nur der SP den Vorwurf zu machen, sie hätte nicht sparen wollen, ist kurzgegriffen. Aber schlussendlich muss keine Vergangenheitsbewältigung gemacht werden, sondern man muss in die Zukunft schauen. In der Zukunft liegt noch einiges

vor uns. Sowohl die 5 Millionen Einmaleffekt müssen aufgeholt werden, als auch das Defizit im IAFP etc. Es sind einige Probleme zu lösen. Ch. Ulrich hofft, dass sich der Gemeinderat wieder zusammenraufen kann und wieder eine Gesprächskultur erreicht, die es erlaubt vor der Budgetdebatte einen Weg zu finden, wie Winterthur aus diesem Finanzschlamassel geholt werden kann. So wie es jetzt gelaufen ist, ist es nicht lustig.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag 1 abstimmen: Der Voranschlag der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2014 wird genehmigt.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag 2 abstimmen: Der Voranschlag der Stadt Winterthur über die Aufwendungen und Erträge in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2014 wird genehmigt.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Stadtpräsident M. Künzle, persönliche Erklärung: Bevor der Rat über die Ziffer 3 abstimmt, ist es dem Stadtpräsidenten ein Anliegen, den Beitrag des Personals zu würdigen. Mit dieser Ziffer 3 verzichtet das Personal auf Lohnmassnahmen in der Höhe von rund 7 Millionen. Die Mitarbeitenden haben mit «effort 14+» bereits sehr viel zu tragen. Sie werden 2014 jeden Monat 0,95 % weniger in der Lohntüte haben. Das wird das Personal spüren. Die Stimmung ist bekanntlich nicht die beste. Der Stadtrat unternimmt das Möglichste, um das Schiff weiterhin mit einer guten Stimmung voranzutreiben. Es ist aber richtig, dass der Stadtpräsident vor der Abstimmung zu Ziffer 3 dem Personal dankt.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag 3 abstimmen: Gestützt auf § 46 Abs. 2 lit. a) und b) Personalstatut wird auf die Erhöhung der Lohnstufen (Erfahrungsanteil) und eine Quote für Leistungsanteile verzichtet.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Antrag 4 wurde bereits besprochen. Der Form halber lässt die Ratspräsidentin über den Antrag 4, in der veränderten Form, abstimmen: Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 % (2013: 122%) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (CHF 24.- pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.

Der Rat nimmt den Antrag in der veränderten Form an.

B. Meier (GLP/PP) stellt den Antrag auf Ablehnung der Ziffer 5: Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Winterthur (IAFP) der Jahre 2015 bis 2017 wird zur Kenntnis genommen. Die GLP hat bereits vor einem Jahr den IAFP abgelehnt, obwohl die zuständige Stadträtin erklärt hat, dass eine Ablehnung nicht vorgesehen sei, der Gemeinderat könne den IAFP lediglich zur Kenntnis nehmen. Trotzdem hat eine Mehrheit im Gemeinderat den IAFP abgelehnt. Bedauerlicherweise hat diese Mehrheit Recht behalten. Der IAFP vom letzten Jahr hat ein Defizit von 35 Millionen für das Jahr 2014 vorausgesehen. Der Stadtrat musste das Defizit mehrfach nach oben korrigieren bis auf 62 Millionen. Die GLP/PP-Fraktion beantragt auch heute die Ablehnung der Ziffer 5, beziehungsweise die ablehnende Kenntnisnahme des IAFP. Warum: Der Stadtrat hat ein Papier vorgelegt, auf dem IAFP draufsteht, aber nicht eigentlich IAFP drin ist. Es gibt inhaltliche aber auch politische Gründe. Inhaltlich ist der IAFP ein separates Dokument, das eine Auswahl von Produktgruppen enthält, insgesamt sind 20 von 47 Produktgruppen dargestellt mit den möglichen Veränderungen gegenüber dem Voranschlag 2014. Die Auswahl selber ist nicht nachvollziehbar. Es ist nicht klar was alles weggelassen wurde. Durch die Loslösung vom Budget sieht man die Fortschreibung nicht im Zusammenhang mit den Vorjahren und auch der Bezug zum laufen-

den Jahr 2013 ist unklar. Noch weniger ist klar, welche Leistungen in welchem Umfang erbracht werden sollen. Formal sagt die Verordnung über den Finanzhaushalt, dass der IAFP die Entwicklungen der parlamentarischen Zielvorgaben mit fortschreiben muss. Das ist im vorliegenden IAFP nicht enthalten.

Zwei konkrete Beispiele zeigen, dass der IAFP ungenügend ist: 1. Bei Stadtwerk ist das was der Gemeinderat vor 2 Wochen beschlossen hat aufgeführt, nämlich die zusätzliche Entnahmen, die zusätzliche Vergütung von Stadtwerk in der Höhe von 14,1 Millionen, die der Gemeinderat ausserordentlich für das Budgetjahr 2014 beschlossen hat. Für die Folgejahre geht der IAFP davon aus, dass diese Vergütung gleichbleibt, obwohl die Weisung des Stadtrates eine Abnahme vorsieht. In zwei Jahre steht Null im IAFP und im dritten Planjahr 2017 steht die Zahl minus 1'000. Wenn die stadträtliche Weisung ernst zu nehmen wäre, müsste eine Abweichung von mindestens 3 Millionen stehen, das heisst die Auswirkung auf das Eigenkapital in diesen Jahren in der Grössenordnung von 3 Millionen. 2. Projekt Fokus, Immobilien: In der Volksabstimmung hat man zur Kenntnis genommen, dass das Projekt jährlich Einsparungen in der Höhe von 2,6 bis 3,7 bringen soll. Jetzt nimmt B. Meier zur Kenntnis, dass das gemäss IAFP 2015 Mehrkosten von 4,4 Millionen verursachen wird, aufgrund von Leerständen und Umbauten. Das wurde auch in der Abstimmungsweisung angedeutet. Der Umfang überrascht aber doch. Von den angekündigten Einsparungen von 2,6 bis 3,7 Millionen steht in den Jahren 2015, 2016 und 2017 nichts. Das sind zwei Beispiele, die mit der bisherigen Planung und mit dem Ausblick relativ inkonsistent sind.

Politische Wertung: Stadtpräsident M. Künzle hat vor einem Jahr, oder bereits im Oktober 2012, versprochen, dass der IAFP als Finanz- und Planungsinstrument genauer unter die Lupe genommen werden muss, um die Zukunft im finanziellen Bereich besser in den Griff zu bekommen. Das wurde auch mehrfach vom Stadtrat, von verschiedenen Seiten bestätigt. Was jetzt aber vorliegt, erfüllt nicht nur die formalen Anforderungen nicht, sondern wird auch der Verantwortung gegenüber dem Parlament und schlussendlich der Bevölkerung nicht gerecht. Anstelle von dringenden Verbesserungen wird vereinfacht, statt einen Schritt nach vorne gibt eher einen zurück. Die Folge ist, dass der Stadtrat und damit auch das Parlament und schlussendlich Winterthur immer noch teilweise im Blindflug unterwegs sind und zwar über das Jahr 2014 hinaus. Die Stadt braucht endlich Instrumente, die der Stadt die Möglichkeit geben, die finanzielle Zukunft eigenständig in die Hand zu nehmen und zwar unabhängig davon, was der Regierungsrat wünscht. Winterthur braucht einen Stadtrat, der sich nicht reflexartig gegen entsprechende Instrumente wehrt, wie er das zum Beispiel bei der Motion „Schuldenbremse“ gemacht hat oder bei der Motion „zur Einführung einer Priorisierung der Investitionen“.

Ch. Baumann (SP): Winterthur braucht eine Verwaltung, die über genügend Ressourcen verfügen kann, damit die Arbeit bewältigt werden kann, die gefordert wird.

Stadträtin Y. Beutler: Die Äusserung vom letzten Jahr hat darauf abgezielt, dass es nicht geht, etwas nicht zur Kenntnis zu nehmen, wenn man es bereits zur Kenntnis genommen hat. Man kann aber etwas im ablehnenden Sinn zur Kenntnis nehmen. Der Gemeinderat hat den IAFP im ablehnenden Sinn zur Kenntnis genommen. Das sind Wortklaubereien. Der IAFP ist kein Wunschprogramm mehr. Der Stadtrat jede Mehrausgabe diskutiert, die in den IAFP aufgenommen worden ist. Er hat sich darauf beschränkt, die wesentlichen Veränderungen, die im heutigen Zeitpunkt zu erwarten sind, abzubilden, damit sich der Gemeinderat auf die wesentlichen Informationen konzentrieren kann. Stadträtin Y. Beutler nimmt Beträge von 20'000 oder 30'000 Franken nicht in den IAFP auf. Das bringt weder dem Stadtrat noch dem Gemeinderat etwas. Die Ratsmitglieder müssen über die wesentlichen Veränderungen informiert sein, weil das letztlich die Würdigung des Gesamten erlaubt. Der IAFP, wie er vorliegt, entspricht nicht den gesetzlichen Gegebenheiten, das ist klar. Bis im Jahr 2015 weist der IAFP ein Defizit von 15,4 Millionen aus, aufgrund des negativen Abstimmungsergebnisses in Bezug auf die Zeughauswiese. Nach heute Abend werden es einige Millionen mehr sein. Das ist bereits jetzt bekannt. Für Stadträtin Y. Beutler ist klar, dass das nicht das Budget für 2015 sein wird. Im Budget 2014 ist kein Defizit von 35 Millionen geplant. Es ist nicht die Aufgabe der von Stadträtin Y. Beutler die Erträge so zusammenzupanschen damit eine Null resultiert. Der vorliegende IAFP wurde vom Stadtrat durchgearbeitet und er enthält die mögli-

chen Ausgaben, die voraussichtlich auf die Stadtkasse, zumindest auf der negativen Seite, zukommen werden. Der Stadtrat hat den IAFP nach besten Wissen und Gewissen erstellt. Wenn offensichtlich ist, dass die Erträge ansteigen werden, hat der Stadtrat diese Zahlen ebenfalls in den IAFP aufgenommen. Die Stadträtin wird aber keinen unrealistischen IAFP vorlegen, mit Angaben, die offensichtlich nicht stimmen können. Der IAFP ist nicht mehr selbstverständlich die Grundlage für die kommende Budgetierung, sondern er soll das abzeichnen, was zu erwarten ist. Stadträtin Y. Beutler ist Finanzministerin und nicht der liebe Gott. Sie kann die Zukunft von Winterthur nicht grossartig ändern. Sie kann einzig dafür sorgen, dass dem Gemeinderat ein Budget vorgelegt werden kann, das mindestens zum Zeitpunkt der Verabschiedung den rechtlichen Grundlagen entspricht. Stadträtin Y. Beutler hat der AK angeboten über die Gestaltung des IAFP zu diskutieren. Sie hat ihr Möglichstes getan. Sie ist noch nicht sehr lange im Amt. Die Stadträtin freut sich auf die Diskussion mit den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Der IAFP soll so gestaltet werden, dass er dem Gemeinderat hilft. Zurzeit sind die Vorstellungen noch etwas vage. Die Stadträtin weiss nicht genau, was der Gemeinderat will. Das kann diskutiert werden. In Bezug auf die Motion „Schuldenbremse“ ist allen bekannt, dass das neue Gemeindegesetz über das hinausgeht, was sich die Ratsmitglieder unter einer Schuldenbremse erträumen. Auch die Investitionsplanung wurde bereits gemacht. Der Stadtrat hat die Investitionsplanung gründlich überarbeitet und priorisiert. Er hat Projekte für über 100 Millionen aus der Investitionsplanung herausgenommen. Die Planung ist realistisch. Aus der Investitionsplanung geht hervor, wo die Schwerpunkte in den nächsten Jahren liegen werden. Auch das wird Stadträtin Y. Beutler gerne in der AK diskutieren. Der Gemeinderat kann den IAFP im ablehnenden Sinn zur Kenntnis nehmen. Das wird die Zukunft von Winterthur leider nicht ändern. Der IAFP ist kein Wunschprogramm, sondern aus der Sicht des Stadtrates eine realistische Einschätzung der Zukunft.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Antrag des Stadtrates: Der integrierte Aufgaben - und Finanzplan der Stadt Winterthur (IAFP) der Jahre 2015 bis 2017 wird zur Kenntnis genommen. Die Ratspräsidentin lässt über den Antrag auf negative Kenntnisnahme abstimmen.

Der Rat nimmt den IAFP im negativen Sinn zur Kenntnis.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag 6 abstimmen: Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktegruppe „Städtische Allgemeinkosten/ Erlöse“ eingestellte Reduktion der Personalkosten um den voraussichtlichen Rotationsgewinn im definitiven Budget den Lohnkonti der einzelnen Produktgruppen zu belasten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag 7 abstimmen: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die «effort 14+» Massnahmen im vorliegenden Budgetantrag pauschal bei den Sachkosten und Vermögenserträgen eingestellt sind. Der Stadtrat wird ermächtigt, die Verteilung der pauschal pro Produktgruppe eingestellten «effort 14+» Sparbeiträge im definitiven Budget vorzunehmen.

Der Rat nimmt den Antrag an.

F. Helg (FDP): Das Fazit der Budgetdebatte wurde gezogen, die Beratung ist fast zu Ende. Nicht fertig ist aber der Blick in die Zukunft. Im Rat war vielfach die Rede, dass es beim heutigen Budgetbeschluss nicht sein Bewenden haben kann. Man muss auch in die Zukunft schauen. Der Fraktionskollege D. Schneider hat von Perspektiven gesprochen, die man im Auge behalten muss, damit man nicht schon bald wieder am gleichen Ort steht. Mit diesem Budget wird im Wesentlichen nur das Jahr 2014 beeinflusst. Das Überdenken der Strukturen der Stadt wurde mehrfach gefordert. Der Landbote hat im Kommentar vom Samstag 7. Dezember 2013 geschrieben: „Es braucht eine öffentliche Debatte über die Leistungen der Stadt. Die Impulse sollten auch aus den Parteien kommen.“ Es geht darum für die Zukunft grundlegende Reformprojekte anzustossen. Die Gefahr besteht, dass lange nichts mehr

passiert, darum legt die FDP-Fraktion einen Antrag vor, der sich in zwei Teile unterteilt, eine Ziffer 8 als Ergänzung zum Budgetbeschluss. Es geht darum, dass der Stadtrat dem Gemeinderat bis im September 2015 einen Bericht vorlegt, der organisatorische Reformprojekte behandelt, zum Beispiel Organisationsmodelle ausserhalb der Stadtverwaltung, Verselbständigungen. Es gibt verschiedenen Organisationseinheiten in der Stadtverwaltung, die nicht zwingend in der Verwaltungsstruktur der Stadtverwaltung beheimatet sein müssen. Es gibt durchaus Möglichkeiten, Verwaltungsaufgaben ausserhalb der Stadtverwaltung wahrzunehmen, zum Beispiel öffentlich rechtliche Anstalten. F. Helg erinnert an die Asylorganisation der Stadt Zürich. Das ist eine öffentlich rechtliche Anstalt. Es gibt aber auch privatrechtliche Organisationsformen, an denen sich die Stadt beteiligen kann, oder privatrechtliche Organisationsformen ohne Beteiligung der Stadt, aber mit einem Leistungsauftrag. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen erste Schritte zu machen. Im Fokus stehen Verwaltungseinheiten für die andere Organisationsmodelle bereits früher diskutiert worden sind, teilweise auch in parlamentarischen Vorstössen. Sie Verwaltungseinheiten sind im Antrag aufgeführt. Mit dem Wort „namentlich“ ist die Liste nicht abschliessend. Der Antrag lässt dem Stadtrat die Freiheit, diese Liste noch weiter zu fassen. Verlangt wird, mit dem zweiten Teil des Antrags, Buchstabe b), ein Bericht, der die Auswirkungen nicht nur auf den städtischen Haushalt aufzeigt, sondern auch die Folgen für das betroffene Personal und die Auswirkungen auf die Dienstleistungsqualität. Nach der Vorlage dieser Berichte soll eine umfassende Beurteilung der Reformprojekte möglich sein. Das Vorgehen ist zweistufig konzipiert. Die Berichte, die bis Ende September 2015 vorliegen sollen, ermöglichen eine politische Würdigung, was als Folge einer zeitlichen Vorlage dieser Berichte einen Vergleich über verschiedene Organisationseinheiten hinweg erlaubt. In der Folge soll eine schnelle Realisierung möglich werden, weil die rechtliche Umsetzung bereits vorgezeichnet ist, wenn dafür die entsprechenden Mehrheiten im Rat vorhanden sind. F. Helg bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen und die Chance zu nutzen, damit der Gemeinderat bald eine Entscheidungsgrundlage hat und so die Stadt Winterthur in Zukunft erfolgreich organisieren kann.

D. Schraft (Grüne/AL): Es ist nicht ganz ersichtlich, warum dieser Antrag als Ziffer 8 in den Voranschlag 2014 aufgenommen werden soll. Es ist zudem relativ bemühend, dass D. Schraft vor 2 Minuten erfahren hat, dass dieser Antrag heute gestellt wird. Wie soll der Gemeinderat über diesen Antrag diskutieren, wenn keine Beratung möglich war.

N. Gugger (EVP) fragt sich, ob das überhaupt rechtens ist. Dieser Antrag hat mit dem Budget 2014 nichts zu tun. Zu diesem Anliegen kann eine Motion eingereicht werden. Das kann nicht über den Budgetantrag beschlossen werden. In diesem Sinne ist es nicht rechtens, diesen Weg zu beschreiten.

S. Stierli (SP): Die SP lehnt diesen Antrag der FDP ab und zwar inhaltlich und formell. Inhaltlich ist es zynisch. Heute Abend hat der Gemeinderat die städtischen Mitarbeitenden vom Forstamt und von der Stadtgärtnerei dazu verpflichtet sehr grosse Einsparungen zu realisieren. Jetzt setzt die FDP noch eins drauf. Im nächsten Jahr müssen diese Mitarbeitenden ihre Abschaffung planen. Verselbständigung ist ein zynischer Ausdruck. Die SP ist gegen die Verselbständigung dieser Bereiche. Formell ist S. Stierli ebenfalls erstaunt, dass der Chefjurist der FDP diese Anträge stellt. Traktandiert ist heute Abend der Voranschlag 2014 und die Festsetzung des Steuerfusses. Das ist traktandiert. Jetzt kann man nicht einfach ausserhalb der Traktandenliste eine Verselbständigungsvorlage bringen, auf die sich niemand vorbereiten konnte und die völlig handstreichartig vorgelegt wird. Es leuchtet jedem ein, dass das nicht geht.

B. Meier (GLP/PP): Ob das geht oder nicht, ist vielleicht die eine Ebene, die andere ist die Frage, ob das in dieser Form sinnvoll ist. Die GLP/PP-Fraktion unterstützt die Stossrichtung. Die Stadt soll in dieser Richtung weitergehen. Den Antrag lehnt die Fraktion aber aus folgenden Gründen ab: Es werden 5 Verwaltungseinheiten namentlich genannt. Die GLP/PP-Fraktion hat einen Vorstoss zur Verselbständigung des Theaters aufgelegt. Sie hat auch einen Vorstoss unterstützt in dem es um neue Formen bei der Stadtgärtnerei geht. Zudem ist die GLP/PP-Fraktion an Diskussionen beteiligt, die sich mit der Organisation im Bereich Alter

und Pflege befasst. Das heisst 3 von den genannten 5 Punkten sind bereits aufgegleist. Es bleiben noch Stadtwerk und Stadtbus. Auch bei diesen Organisationseinheiten lohnt eine Überprüfung, ob die Stadt mit der jetzigen Rechtsform auf dem richtigen Weg ist oder ob es bessere Alternativen gibt. Die GLP/PP-Fraktion erachtet aber die Zusammenfassung von den 5 Einheiten in einem Fahrplan, mit einem Termin parallel nebeneinander, als nicht zielführend, vor allem nicht einzig unter dem Titel „ausgeglichener Haushalt“. Das ist nicht die einzige Optik. Wenn man andere Organisationsformen in Betracht zieht, sind Einsparungen ein mögliches Kriterium. Man kann aber auch Privatisierungen vornehmen, die nicht zu Einsparungen führen und nicht sinnvoll sind. Man kann umgekehrt auch ohne Privatisierungen Einsparungen vornehmen, die sinnvoll sind. Man sollte das etwas entkoppeln. Der die 5 Privatisierungsanträge kommen etwas stark neoliberal daher. Die GLP/PP-Fraktion würde gezieltere Vorstösse, die zum Beispiel Stadtwerk und Stadtbus betreffen, sorgfältig diskutieren. Diese Themen sollen durchaus aufgegleist werden aber nicht heute und nicht mit der Brechstange.

F. Helg (FDP): Es wird vieles in diesen Antrag hineininterpretiert, das gar nicht beantragt wird. Privatisierung steht nicht im Antrag. Die rechtliche Zulässigkeit wurde angezweifelt. Der Antrag steht im Zusammenhang mit dem vorliegenden Budget. Der Gemeinderat hat verschiedentlich beschlossen einen Zusatzantrag zu einem Geschäft zu stellen. F. Helg hat eine entsprechende Liste vor sich. Beispiele sind der Werkhof Scheidegg, der Gemeinderat hat im Kreditantrag den Stadtrat aufgefordert, eine Vorlage zur Nutzung von Sonnenenergie auf dem Dach auszuarbeiten. Es gibt viele Beispiele dafür, dass Zusatzanträge gestellt werden können. Man kann deshalb nicht einfach sagen, das geht nicht. Es wäre schade, wenn der Gemeinderat diese Gelegenheit nicht nutzen würde, auf ein bestimmtes Datum entsprechende Berichte einzufordern, um Entscheidungsgrundlagen zu erhalten.

D. Berger (Grüne/AL): So wie es aussieht, findet dieser Antrag keine Mehrheit. Das ist beruhigend. Das ist langsam der Gipfel der Unseriosität. Dieser Antrag kommt überfallartig. Die FDP hat wohl die Gunst der Stunde nutzen wollen. Die allgemeine Sparallianz ist jetzt stark. Es stimmt D. Berger positiv, dass es nicht so weit kommen wird. Der Gemeinderat wird in Zukunft darüber diskutieren können. Es sind in diesem Bereich einige Vorstösse geplant. Die Ansicht von D. Berger ist klar, er ist eher nicht dafür. Wenigstens kann konkret darüber diskutiert werden. Es braucht genügend Zeit, um darüber zu sprechen. Im Handstreich Verselbständigungen anzustossen ist keine gute Idee.

Stadtpräsident M. Künzle: Der Stadtrat muss ins gleiche Horn blasen, wie diverse Votanten. Es ist nicht rechtens dieses Geschäft mit dem Budget zur verknüpfen. Heute wird über das Budget 2014 diskutiert. Wenn man Tür und Tor öffnen würde, und wenn das rechtens wäre, dann könnten bei der nächsten Budgetdebatte 10 Vorstösse angehängt werden. Damit könnte man sich die Diskussionen in den Kommissionen sparen. Es mag zwar einen sachlichen Zusammenhang haben. Stadtpräsident M. Künzle ist trotzdem überzeugt, dass dieser Antrag nicht rechtens ist. Er will aber die Ratsmitglieder etwas beruhigen. Der Stadtrat hat im Rahmen von effort14+ auch ein Teilprojekt 5 statt 7 propagiert und aufgegleist. 5 statt 7 heisst nicht nur lapidar, dass 2018 nur noch 5 Stadträtinnen und Stadträte gewählt werden sollen und nicht mehr 7, sondern das bedeutet eine totale Überprüfung der Strukturen und der Prozesse in der Verwaltung. Insofern kann Stadtpräsident M. Künzle beruhigen. Auch wenn dieser Antrag nicht angenommen wird, der Stadtrat ist bereits an der Arbeit. Über einzelne Organisationseinheiten wird man diskutieren müssen. Diese Diskussionen wird der Stadtrat nicht allein führen, sondern mit Sicherheit zusammen mit dem Gemeinderat.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der FDP, Ziffer 8, abstimmen:

a) Der Stadtrat legt dem Grossen Gemeinderat bis zum 30. September 2015 Berichte vor, in denen er zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts organisatorische Reformprojekte behandelt (zum Beispiel Organisationsmodelle ausserhalb der Stadtverwaltung, Verselbständigungen). Diese Projekte beziehen sich namentlich auf folgende Organisationseinheiten: Stadtwerk, Stadtbus, Stadtgärtnerei, Alters- und Pflegezentren, Stadttheater. b) Die Berichte umfassen eine Darstellung der Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, auf das

betroffene Personal und auf die Dienstleistungsqualität. Ausserdem enthalten die Berichte die notwendigen rechtlichen Umsetzungsregelungen in den Grundzügen und einen konkreten Umsetzungsplan.

Der Rat lehnt den Antrag deutlich ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über die Abnahme des Voranschlags 2014 abstimmen, mit allen Änderungen, die der Gemeinderat beschlossen hat.

Der Rat nimmt das Budget mit der gewohnten Mehrheit an.

Stadtpräsident M. Künzle, persönliche Erklärung: Nach diesen drei Montagen braucht einen kleinen präsidentialen Abschluss. Der Stadtpräsident konnte bereits aussergewöhnlich den Reigen eröffnen. Er will es sich nicht nehmen lassen, diese Beratung auch abzuschliessen. Der Stadtrat dankt dem Parlament für das Budget. Ein budgetloser Zustand wäre noch schlechter gewesen. Das hätte die Verwaltung massiv umgetrieben, auch das Gewerbe hätte darunter gelitten. Aus diesem Grund dankt der Stadtrat für das Budget. Es muss aber allen klar sein, dass diese Budgetdebatte in den letzten Wochen alles andere als vorbildlich war. Noch nie war eine Budgetdebatte in den letzten 20 Jahren Gegenstand von so grossen Medienberichten, von einer Demonstration und sogar von einem Comic. Stadtpräsident M. Künzle ist überzeugt, dass es niemandem richtig wohl war im Rat, weder der Legislative noch der Exekutive. Der Gemeinderat hat erfahren wie schwierig es ist, zu sparen. Auch in den Diskussionen im Rat ist das zum Ausdruck gekommen. Damit wurde auch für den Gemeinderat ersichtlich, dass es eine Herkulesaufgabe war, ein 50 Millionen Paket zu schnüren. Der Stadtrat und der Gemeinderat werden im nächsten Jahr über den Budgetprozess und über das Budget 2015 diskutieren müssen. Das Ziel, ein nachhaltiges machbares und rechtlich korrektes Budget zu erarbeiten, führt nur über den Dialog innerhalb des Parlaments aber auch über den Dialog zwischen Exekutive und Legislative. Der Stadtrat muss dem Gemeinderat die Informationen zur Verfügung stellen, die notwendig sind, um eine seriöse Diskussion über die einzelnen Budgetposten zu führen. Das sieht der Stadtrat ein. Der Gemeinderat muss in den Kommissionen Fragen stellen können, um das Budget zu verstehen und er muss bereit sein in das Budget einzutauchen. Die Sachkommissionen und die Aufsichtskommission müssen miteinander reden. Der Stadtrat wird das vorliegende Budget analysieren. Er wird sich Gedanken machen, wie das Budget umgesetzt werden kann. Er hat den Willen, das Budget umzusetzen. Es wird aber auch Punkte geben, die genauer geprüft werden müssen, weil der Stadtrat in den kommenden Jahren nicht immer über die gleichen Punkte diskutieren will. Das heisst, dass die eine oder andere Frage wahrscheinlich rechtlich geprüft werden muss.

Der Stadtrat geht davon aus, dass man sich auch im nächsten Jahr erneut über das Sparen und über das Thema Steuererhöhungen wird unterhalten müssen, das zeigt der IAFP. Aber, und das wird der grosse Unterschied sein zu diesem Jahr, Winterthur wird bei weitem nicht die einzige Stadt sein. In einem Jahr werden sehr viele Städte und Gemeinden ihre Eigenkapitale aufgebraucht haben und am gleichen Punkte stehen, wie Winterthur im Jahr 2013. Das wird ein anderes Umfeld geben. Stadtpräsident M. Künzle ist gespannt auf die Diskussionen. Tatsache ist, dass das Budget für die Stadt nur gemeinsam erreicht werden kann. Tatsache ist, dass nur gemeinsam eine gute Zukunft für die Stadt angepeilt werden kann. Stadtpräsident M. Künzle ist überzeugt, dass das gelingt, aber es braucht den Dialog.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Damit die Hierarchien gewahrt bleiben, erlaubt sich die Ratspräsidentin ein kurzes präsidentiales Schlusswort. Sie bedankt sich herzlich für das Ausharren. Der Gemeinderat hat über 16 Stunden im Rat am Budget gearbeitet. Das war zum Teil nicht ganz einfach und zum Teil strittig. Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier wünscht den Ratsmitgliedern, trotzdem oder erst recht, schöne Festtage und alles Gute für das neue Jahr. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 20. Januar statt.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

Ch. Benz-Meier (SP)

B. Günthard Fitze (EVP)

M. Wenger (FDP)